

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Günther Moewes **3** Von der Megalomanie des Geldes zur Megalomanie der Architektur
- Ulrich Busch / Ulrike Busch **15** Die Brakteaten des Mittelalters – ein Phänomen von aktueller Bedeutung?
- Dirk Löhr **24** Die Freiwirtschaftstheorie als Theorie der sozialen Asymmetrie
- Christof Lützel **36** Eine Initiative auf dem Weg – Die Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken (GLS)
- Roland Geitmann **41** Wozu Bürgerstiftungen ?
- 43** Bericht – Bücher – Veranstaltungen

Liebe Leserin und lieber Leser,

mit dem ehemaligen Gewerkschafter Luis Ignacio "Lula" da Silva hat Brasilien erstmals einen Präsidenten gewählt, der nicht zu den alten Eliten des Großgrundbesitzes, der Geschäftswelt und des Militärs gehört. Auf ihm ruhen nun die großen Erwartungen der Reformkräfte des Landes. Wird es Lula gelingen, die extreme Polarisierung von Reichtum und Armut in seinem Land zu stoppen und die Kluft zwischen ihnen wenigstens etwas zu verringern? Wird er die Lage der Landlosen und Straßenkinder verbessern können? Oder werden ihn die Großgrundbesitzer, das Militär und die internationalen Gläubiger das Fürchten lehren? Man kann nur hoffen, dass Lula trotz der Auslandsverschuldung Brasiliens von über 300 Mrd. US-Dollar Zeichen des sozialen Wandels zu setzen versteht und dass ihn nicht eines Tages ein Schicksal wie das des Chilenen Salvador Allende ereilt. –

In den Vereinigten Staaten wie auch im Euro-Raum stagniert die Wirtschaft. Zu beiden Seiten des Atlantiks werden die Geldmengen in bemerkenswert hohen Raten erweitert. Hüben wie drüben wird die monetäre Expansion mit einer "ausgeprägten Liquiditätspräferenz der Marktakteure" begründet. (Thorsten Polleit, Zuviel Geld im Umlauf, in: FAZ vom 2.9.2002) Von den bisherigen Senkungen der Leitzinsen in Amerika gingen jedoch keine Konjunkturimpulse aus. Ein Teil der Experten befürchtet, dass die derzeitige Geldpolitik einer zukünftigen Inflation Vorschub leisten könnte, während der andere Teil der Experten vor der Gefahr einer Deflation wie in Japan warnt. Gemeinsam sehen sie den Schlüssel zu einer Konjunkturbelebung in Strukturreformen insbesondere des Arbeitsmarkts, welche die Angebotsbedingungen für das Kapital verbessern. Mögen die finanziellen Spielräume für die Gesundheit und das Alter der Menschen sowie

für die Natur auch noch enger werden und mögen die Auseinandersetzungen um Sparmaßnahmen, Neuverschuldungen oder Steuererhöhungen auch noch so widersinnige Züge annehmen – die "ausgeprägte Liquiditätspräferenz" des Kapitals wird bei alledem wie ein Heiligtum respektiert. Offenbar denkt niemand in der Fachwelt an die Möglichkeit, den Geldfluss mit Hilfe "künstlicher Durchhaltekosten des Geldes" (Keynes) zu verstetigen, dadurch soziale Blockaden sozial- und umweltverträglich aufzulösen und die Geldmenge ohne Inflations- und Deflationsgefahren stabilitätsgerecht zu steuern.

Mithin bleibt es unsere ebenso wichtige wie undankbare Aufgabe, immer wieder auf die destruktiven Wirkungen der bestehenden Geldordnung aufmerksam zu machen, wie dies in diesem Heft durch Günther Moewes für den Bereich der Architektur und des Städtebaus geschieht. Zur Arbeit an einer Reform der Geldordnung gehört auch die Bereitschaft, offen zu bleiben für sachliche Einwände wie diejenigen von Ulrich und Ulrike Busch und, wie es Dirk Löhr in seinem Beitrag unternimmt, den eigenen Denkansatz für einen Dialog mit der Fachökonomie aufzubereiten. Und nicht zuletzt gehört es wegen ihrer Größe und ihrer Langfristigkeit zu dieser Aufgabe, in die richtige Richtung weisende kleinere Schritte zu gehen und zu unterstützen, wie sie die Gemeinschaftsbank Leihen und Schenken in Bochum und andere Alternativbanken unternehmen.

Bei alledem hoffen wir, dass die Dämme der Gewalt und Gegengewalt durch die Doktrin der Präventivkriege nicht noch weiter brechen, damit es möglich bleibt, den Sprengstoff der sozialen Ungerechtigkeit zu entschärfen, bevor er sich in einem globalen Inferno entlädt.

Ihr Werner Onken

"Geld arbeitet nicht. Arbeiten müssen immer Menschen."

"'Wie die meisten Menschen unterschätzen Sie, was Zinseszins und Zeit gemeinsam ausrichten können.' John schwante etwas, etwas Atemberaubendes. ‚Und nun‘, lächelte Christoforo Vacchi, ‚geht es wie in der Geschichte mit dem Schachbrett und den Reiskörnern. Vier Prozent Zinsen bedeuten nämlich, dass sich mit Zins und Zinseszins das Kapital alle 18 Jahre verdoppelt.' (...)

Frage: Wie vermehrt sich Geld? Antwort: Überhaupt nicht. Was für eine Idiotie, etwas anderes zu glauben. Und doch – von frühester Kindheit an wurde es einem gepredigt, unablässig wiederholt wie ein frommes Mantra, inbrünstiger als das Vaterunser, man kannte es überhaupt nicht anders: dass Geld sich vermehre auf einem Sparkonto. Die Werbung wiederholte es gebetsmühlenhaft, Eltern, Lehrer, Freunde, alle plapperten es nach: Bring dein Geld auf die Bank, damit es mehr wird. Aber Geld arbeitet nicht. Arbeiten müssen immer Menschen. Und Geld vermehrt sich nicht. Jeden Dollar, jeden einzelnen Cent, um den ein Konto anwächst, hat irgendjemand erarbeitet. Jemand, der Schulden hat und deshalb von dem Geld, das er verdient, abgeben muss an den, bei dem er diese Schulden hat.

Schulden und Zinsen waren ein riesiger, raffinierter Mechanismus, der Geld von denen, die wenig davon besaßen, zu denen transportierte, die viel davon besaßen. Dieser Transport erfolgte in homöopathisch kleinen Dosen, die den meisten nicht wehtaten, und mit mathematischer, kalkulierbarer Präzision.

So war sein Vermögen entstanden. Bis auf das Kapital, mit dem 1525 alles begonnen hatte, jene lächerlichen zehntausend Dollar, war jeder einzelne der tausend Milliarden Dollars von anderen Menschen erwirtschaftet worden. John sah vor seinem inneren Auge ein ungeheures Geflecht, ein Blutgefäßsystem, dessen große Venen verzweigten in kleine Venen und diese in noch feinere Venen und diese schließlich in haardünne Kapillaren, die sich über den ganzen Erdball erstreckten, in jedes Land, jede Stadt, jedes Dorf, in das Leben eines jeden einzelnen Menschen, der auf Erden lebte. Doch es war kein Blut, das in diesen Gefäßen floss, sondern Geld, Cents und Zehntelcents in den Kapillaren, von wo aus sie zusammenflossen zu Quarters in den größeren Adern und Dollars in den noch größeren und zu Hunderten und Tausenden und Millionen. Schließlich vereinigten sie sich zu diesem ungeheuren Strom von Geld, der sich fortwährend und an Stärke beständig zunehmend auf seine Konten ergoss, vierzig Milliarden Dollar pro Jahr, über hundert Millionen Dollar an jedem einzelnen Tag, den Gott werden ließ. (...)

Das größte Vermögen besaß in diesem System die größte Anziehungskraft, war wie ein Magnet, der durch das, was er ansaugte, an Stärke noch beständig zunahm."

Andreas Eschbach, Eine Billion Dollar, Bergisch Gladbach 2001, S. 38 und 473-476.

Günther Moewes:

Von der Megalomanie des Geldes zur Megalomanie der Architektur*

Das Drama der Geldentwicklung

Wirtschaft und Politik werden bekanntlich von Geldverhältnissen geprägt. Weniger bekannt ist offensichtlich die Dramatik, die die Entwicklung dieser Geldverhältnisse derzeit annimmt, welche geradezu katastrophalen Auswirkungen sie auf unsere künftigen Lebensverhältnisse haben wird. Die Politik stemmt sich dieser Entwicklung nicht nur nicht entgegen, sondern sucht sie nach Kräften zu bedienen oder sogar als "Modernisierung" schönzureden.

Sowohl nationale als auch globale Wirtschaften werden heute beherrscht vom Gegensatz zwischen den privaten Vermögensüberschüssen und der von ihnen ausgelösten öffentlichen und globalen Verschuldung. Beide wachsen exponentiell. Was exponentiell heißt, scheinen nur wenige zu wissen: Die Geldvermögen der privaten Haushalte sind in Deutschland in den 17 Jahren von 1983 bis 2000 von 2.221 auf 7.560 Milliarden Mark gestiegen¹, das heißt nominal im Mittel um 7,47 und real um etwa 5,97 % jährlich. Die Kurve dieser 7,47 % ist außerordentlich stabil. Sie lässt sich bis zum Jahr 1950 zurück verlängern, ohne dass die realen Werte nennenswert von ihr abweichen. Auch Zins- und Konjunkturschwankungen bilden sich nicht ab, vor allem weil diese sich auf Vermögen ab einer Million Dollar generell kaum noch auswirken. Demgegenüber sind die Netto-Arbeitseinkommen von 1991 bis 2000 gerade einmal von 937 auf 1.115 Milliarden Mark gestiegen², das sind nominal im Mittel jährlich 1,94 %, real etwa 0,44 %.

Das bedeutet: Wenn die Politik nichts Außergewöhnliches unternimmt, werden beide Kurven

auch in den nächsten 50 Jahren in gleicher Weise ansteigen, die Vermögen um 7,47 % und die Arbeitseinkommen um 1,94 %. 7,47 % bedeuten aber: Verdoppelung alle 9,97 Jahre. Bis zum Jahr 2050 würden sich die privaten Vermögen demnach nominal auf 227 Billionen Mark versiebenunddreißigfachen – eine kaum vorstellbare Zahl. In der gleichen Zeit würden sich die Arbeitseinkommen nominal gerade einmal auf 2,9 Billionen Mark verzweikommassechsfachen. Das Verhältnis private Vermögen/jährliche Arbeitseinkommen würde nominal und real vom heute knapp Siebenfachen auf das 96fache steigen. Die Ungleichverteilung würde sich also vervierzehnfachen.

Schon heute sind bekanntlich die privaten Vermögen extrem ungleich verteilt. In Deutschland haben die oberen zehn Prozent der Bevölkerung so viel wie die übrigen 90 Prozent zusammen. In den USA haben sogar schon die oberen ein Prozent so viel wie die unteren 92 Prozent. Man kann sich kaum noch vorstellen, wie sich da die oben beschriebene Vervierzehnfachung auswirkt.

In der gleichen Zeit werden sich auch die von diesen Überschüssen ausgelösten Schulden ebenfalls nominal versiebenunddreißigfachen, weil Gesamtvermögen und Gesamtschulden (Staat + Unternehmen + Private) stets parallel steigen, wenn auch leicht zeitversetzt. Daran würde auch ein Abbau der Staatsverschuldung nichts ändern, weil dadurch nur Staatsschulden auf private und Unternehmensschulden abgewälzt werden.

Nun wird man vielleicht sagen: Zumindest der exponentielle Anstieg der Kapitalvermögen ist doch positiv, denn wir haben ja auch erhöhten Bedarf: für den Aufbau in der dritten Welt, für den ökologischen Umbau und den strukturellen Wandel. Tatsächlich fließt jedoch ein immer größerer Teil der steigenden Überschüsse vom tatsächlichen Bedarf weg. Das liegt zum einen daran, dass Geld aufgrund der Zinsmechanik

* Dieser Beitrag stellt die erweiterte Fassung eines Vortrags dar, den der Verfasser am 29. Juni 2002 im Rahmen einer Tagung der "Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung" im Lebensgarten Steyerberg gehalten hat. Der Vortrag wurde anlässlich der Emeritierung von Frau Prof. Dr. Margrit Kennedy nochmals am 4. Juli 2002 im Fachbereich Architektur der Universität Hannover gehalten.

grundsätzlich dorthin fließt, wo ohnehin schon Geld ist, und dort weg, wo es nicht ist, also gebraucht wird. Auch Börsengewinne fließen eher zu den Großanlegern hin und von den Kleinanlegern weg, eine Tendenz, die derzeit geradezu Betrugsdimensionen annimmt. Zum anderen wird auch bei optimistischster Einschätzung des vorübergehenden Bedarfs für den sozialen, ökologischen und technischen Wandel der Geldbedarf niemals in dem exponentiellen Ausmaß ansteigen wie der beschriebene Anstieg der Überschüsse. Schon jetzt vollziehen sich 94 % der Geldbewegungen ausschließlich im spekulativen Bereich und nur noch 6 % im Bereich des konkreten Güter- und Leistungsverkehrs. Da spekulative Anlagen unter dem Strich selbst noch in einer Baisse höhere Gewinne versprechen als konkrete Investitionen, entsteht ein weiterer Sog vom tatsächlichen Bedarf weg. Und auch diese Tendenz wird von der Politik nicht kontrolliert, sondern allzu oft gestützt. Während die Bargeldmenge aus Angst vor Inflation penibel überwacht wird, schießt die Kurve der privaten Vermögen immer vertikaler in schwindelerregende Höhen.

Geldentwicklung und Arbeit

Das exponentielle Geldsystem erzeugt einen ständigen, ebenfalls exponentiell steigenden Anlagedruck. Immer größere Milliardensummen jagen täglich um den Globus auf der Suche nach Anlage. Das hat auch dramatische Auswirkungen auf die Rolle der Arbeit. Der exponentiell steigende Anlagedruck kann immer weniger vom realen Bedarf kompensiert werden. Arbeit dient immer weniger der Deckung tatsächlichen Bedarfs und immer stärker der bloßen Bedienung der privaten Überschüsse. Da aber die materielle Existenzberechtigung der Bevölkerungsmehrheit weiter an die verschwindende Arbeit gekoppelt bleibt, muss ein immer größer werdender Teil des zunehmenden Anlagedrucks durch ständig neue Hinzuerfindung von Beschäftigung kompensiert werden, für die ein unmittelbarer Bedarf nicht mehr besteht. Dieser Zwang zur ständigen Neuerfindung von Beschäftigung über den realen Bedarf hinaus ist ein wesentliches

Merkmal exponentiell orientierter Geld- und Wirtschaftssysteme.

Das bildet sich zuerst einmal in drei Bereichen ab:

1. Staatlich subventionierte Überproduktion. Produktion von Leerständen und Wirtschaftsruinen (Beispiele: Kohlehalden, Butterberge, Weinseen, Atomkraftwerk Kalkar, Lausitzring, Main-Donau-Kanal)
2. Bürokratie, Regulierungswut, Gesetzesflut, Steuergesetzgebung, immer undurchschaubarer werdendes Gestrüpp von Transfereinkommen und zugehörigem Antragswesen.
3. Reparaturgesellschaft statt Vermeidungsgesellschaft. Künstliche oder fahrlässige Verkürzung der Lebensdauer von Bauten, Computern, Kommunikationsmitteln, Glühbirnen usw. Naturzerstörung erzeugt aufwändige "Renaturierung". Lebensmittelchemie, Umweltgifte und unsinnige Ernährungsgewohnheiten erzeugen eine immer aufwändigere Reparaturmedizin. Die wachsende Ungleichverteilung erzeugt Sozialreparatur, Kontamination erzeugt Dekontamination, Verschmutzung erzeugt Reinigung, Verpackung erzeugt Recycling usw.

Das alles schafft Anlagemöglichkeiten und damit "Arbeitsplätze". Mittlerweile ist die ganze Wirtschaft des exponentiellen Geldsystems von solchen unsinnigen und vermeidbaren Verfahren geprägt, deren einziger Sinn es ist, "Arbeitsplätze zu schaffen". Man tut nicht das Naheliegende, sondern stets das Abwegigere, weil Aufwändigere.

Ein immer größerer Teil unserer Wirtschaft provoziert von vornherein die spätere, gewinn- und arbeitsplatzträchtige Reparatur, lebt von der vorherigen Zerstörung. Der Beschäftigungsstaat mästet sich an seinen eigenen Fehlern. Unterlassene Vermeidungen, Schäden, Zerstörungen sind stets willkommen.

Das System paralyisiert sich immer mehr selber, "es läuft sich langsam tot"³ (Hazel Henderson) und "erstickt an seinen eigenen Widersprüchen"⁴ (Wolfgang Berger). Die exponentielle Geldvermehrung schließt eine Vermeidungsgesellschaft ebenso grundsätzlich aus, wie eine erträumte Effizienzgesellschaft. Ohne Änderung des exponentiellen Geldsystems bleibt alle Öko-

logie bloße Oberflächenreparatur. Die Nichtvermeidung, die absichtsvolle Zerstörung mit dem Ziel nachträglicher Reparatur wird zum Politikprinzip.

Arbeitsbeschaffung durch Arbeitsvernichtung

Von der Inkaufnahme von Zerstörung bis zu ihrer mutwilligen Herbeiführung ist es nur ein kleiner Schritt. Die Grenzen vom sogenannten "Wettbewerb" mit seinen Insolvenzen über den Wirtschaftskrieg bis zum "modernen" kampf- und risikolosen Materialkrieg sind fließend geworden. Reichen alle Erfindungen neuer Anlagemöglichkeiten nicht mehr aus, kommt es zur explosionsartigen Entladung des Anlagedruckes, für den sich besonders Kriege eignen. Noch nie hat sich die Hochfinanz dieser vierten Möglichkeit der Beseitigung von Anlagedruck verweigert.

Beim "modernen" Materialkrieg wird der Wiederaufbau bereits vor Kriegsbeginn versprochen. Mit diesem Ziel werden noch vor Kriegsende Firmenpools in den High-Tech-Ländern gebildet. 60 Mrd. Kriegskosten erzeugen 60 Mrd. Wiederaufbaukosten. Das Kosten-Wirkungs-Verhältnis ist ebenso unwichtig wie die völkerrechtliche oder moralische Rechtfertigung. "Was immer es auch kostet, wir müssen siegen", sagte Tony Blair anlässlich des Jugoslawien-Krieges. Richtiger wäre wohl gewesen: "Egal ob wir siegen oder verlieren, Hauptsache, es kostet was." Und im Kaschmir-Konflikt hat Großbritannien jahrzehntelang beide Seiten mit milliardenteurer Rüstung beliefert, bis genau drei Tage vor ihrem Aufruf an die britischen Staatsangehörigen zum Verlassen der beiden Länder. Blairs anschließende Reise in die Krisenregion wurde dann als "Friedensmission" deklariert. Kritik an den Rüstungslieferungen bezeichnete er als "absolut bizarr". Die Verantwortung läge "ausschließlich bei den beiden Ländern selbst und ihrer Bereitschaft zum Frieden"⁵.

Bei der Auslösung moderner Kriege spielt die fossile Energiewirtschaft eine Hauptrolle. Sie braucht Rüstung und Kriege nicht nur zur Sicherung der großen Ölvorkommen in Mittelasien und Nahost, sondern auch zur Absatzsteigerung.

Die Ölindustrie hat im Handstreich fast alle Posten der US-Regierung sowie das Amt des afghanischen Präsidenten mit ihren ehemaligen Angestellten besetzt. Und in Deutschland wird so getan, als sei die Wahl zwischen zwei Autokanzlern eine zeitgerechte und aufregende politische Alternative.

Immer mehr Politiker und Polizisten, Piloten und Arbeiter besorgen das Geschäft der Geldanleger. Ob ferngesteuerte Finanzoperation per Mausklick oder ferngesteuerter Beschuss per Knopfdruck – das Geld kann und will die Wirkungen, die es anrichtet, nicht sehen und erleben. Ein absehbarer Höhepunkt bei der Anlagebeschaffung wird erreicht sein, wenn zwei ebenbürtige High-Tech-Nationen sich gegenseitig ihre Infrastrukturen zerstören.

Geld für die einen, Arbeit für die anderen

Die zunehmend zerstörerische Wirkung heutiger Arbeitsbeschaffung resultiert nicht nur aus dem exponentiellen Geldsystem. Sie resultiert vor allem auch aus der weiterbestehenden Koppelung der materiellen Existenz der Arbeitenden und ihrer Familien an die verschwindende Arbeit. Damit wurde eine Art Schneeballsystem installiert, das den exponentiellen Effekt des Geldsystems aufnimmt, imitiert und bedient: Man lässt von Arbeitern die Maschinen bauen, durch die sie dann überflüssig werden. Dann entlässt man sie, nicht ohne vorher ihre Existenzberechtigung an eben jene Arbeit gekoppelt zu haben, die man ihnen wegnimmt. Anstatt Arbeit abzuschaffen, wird so ein fiktiver Arbeitsbedarf immer schneller exponentiell vermehrt: Je mehr Maschinen gebaut, desto mehr Arbeiter müssen ersetzt, desto mehr Arbeit muss täglich neu hinzu erfunden werden. Aus Arbeitsabschaffung ist Arbeitsbeschaffung geworden.

Dieser Trick hat alle Industrialisierung praktisch auf den Kopf gestellt, alle Ökonomie in ihr Gegenteil verkehrt. Er beraubt uns prinzipiell der Möglichkeit der Unterlassung. Er läuft aus prinzipiellen Gründen aller Aufwandsminimierung, aller Rationalisierung, aller Sparsamkeit und aller Vermeidung zuwider. Alle punktuelle Rationali-

sierung mündet in Arbeitsplatzabbau, und aller Arbeitsplatzabbau muss dann durch künstliche Beschäftigungserfindung an anderer Stelle wieder kompensiert werden. Vor allem aber: Managementfehler können die Existenzen ganzer Belegschaften und ihrer Familien vernichten, während alle erfolgreichen Managemententscheidungen allenfalls den Shareholdern zugute kommen.

Wir haben uns ein Wirtschaftssystem geschaffen, in dem Arbeitslosigkeit zunehmend durch vernünftiges Verhalten erhöht und durch unvernünftiges Verhalten vermindert wird. Sparsamkeit, Vermeidung, Unterlassung, Konsumverzicht und Beschränkung auf das Sinnvolle bedeuten Abschwung. Überproduktion, sinnlose Transporte, Reparaturanfälligkeit, Reparaturmedizin, Sozialreparatur, Bürokratie, Deregulierung, Verschwendung, Verdummung, Verpackung, Vergiftung, Rüstung, Zerstörung und Kriege bedeuten Aufschwung. Das würde auch durch eine verstärkte Konzentration auf sinnvolle und vernünftige Arbeit, durch Aufbau in der dritten Welt, durch den ökologischen Umbau und sinnvolle technische Innovation nur vorübergehend und nur zum Teil kompensiert werden.

Und das alles nur, um Vorwände zu konstruieren, damit das von den Vermögen und Maschinen "verdiente" Geld nicht in die Taschen der "freigesetzten" Arbeitenden fließt, sondern in die der nicht arbeitenden Kapitalbesitzer. Die einen ernten einseitig deren Früchte und die anderen tragen einseitig deren Folgen. Aus dem großen, Jahrtausende alten Menschheits Traum von der Befreiung von Arbeit durch die Maschine ist nichts geworden. Geld ist mehr als genug da. Aber nicht diejenigen, die die Maschine von der Arbeit befreit hat, dürfen das Geld einstecken, das diese für sie verdient, sondern die einen stecken das Geld ein und die anderen müssen ihre Existenz weiter legitimieren, ausgerechnet durch die verschwindende Arbeit. Wer immer nur "Arbeit, Arbeit, Arbeit" fordert, ohne nach deren Gesellschaftsdienlichkeit und Verwertung zu fragen, trägt zur weiteren Entwertung der Arbeit bei und bedient letztlich nur die Interessen des leistungslosen Kapitalbesitzes.

Wie konnte ein Profipolitiker wie der Bundeskanzler vor seiner Wahl 1998 die Halbierung der Arbeitslosigkeit versprechen und die Wähler auch noch bitten, ihn bei der nächsten Wahl beim Wort zu nehmen? Sah er wirklich nicht, dass die Arbeitslosigkeit nie wieder nennenswert zurückgehen kann, weil dies prinzipiell der Industrialisierung widerspricht? Und zwei Monate vor der nächsten Wahl versuchte er mit instrumentellen Mitteln nachzuholen, was er vier Jahre lang nicht geschafft hat: Teillegalisierung der Schwarzarbeit als "Ich-AG", Herausrechnen aller über 55jährigen, Erhöhung der Zumutung für die Jüngeren.⁶ Dahinter steht die alte Vorstellung, die sich leistungslos aufopfernde Kapitaleseite müsse mit Erziehungsmaßnahmen gegen notorische Faulheit angehen. Statt Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden die Arbeitslosen bekämpft.

Ein Staatswesen, das leistungslosen Kapitalbesitz und Rendite immer stärker entlastet und belohnt, gesellschaftsdienliche Arbeit aber immer schlechter bezahlt und immer mehr belastet – ein solches Staatswesen gibt sich selbst auf, verliert auf die Dauer seine Glaubwürdigkeit und Existenzberechtigung. Die Grenze zwischen legaler und illegaler Aneignung der leistungslos erworbenen Vermögen lässt sich kaum noch überzeugend ziehen. Ein solcher Zustand endet zwangsläufig in Korruption und Mafia. Und diese spielt sich wiederum hauptsächlich in zwei Bereichen ab: im Geldwesen und im Bauwesen.

Geldsystem und Architektur

Nirgendwo bilden sich die Geld- und Arbeitsverhältnisse deutlicher ab als beim Bauen. Zwar werden grundsätzlich alle Lebensbereiche vom System der Überschüsse und Schulden geprägt. Überall in den Industrieländern finden wir die gleichen exponentiell ansteigenden Kurven: beim Landschaftsverbrauch, beim Verkaufsflächenangebot, bei den Gesundheitsausgaben, bei den Zulassungszahlen der Anwaltskammern, bei den Personalkosten der Fußballbundesliga. Da weder Bevölkerungsanstieg noch der Anstieg des Arbeitsvolumens die Ursache sein können, können es nur die exponentiell steigenden Geldvermögen sein.

Während dieser Einfluss jedoch in den anderen Bereichen weitgehend abstrakt, diskret und unsichtbar bleibt, wird er durch das Gebaute visualisiert, im Positiven wie im Negativen, in den Hochhauspalästen von New York und Hongkong ebenso wie in den Hütten, Elendsvierteln und Slums von Lagos, Kalkutta und Mexico City und auf den Müllbergen von Manila und Sao Paolo.

Architektur ist immer Abbild und Nachvollzug der Wirtschafts- und Geldgesetzmäßigkeiten, niemals verhält es sich umgekehrt. Gewiss, Architektur ist auch immer Abbild des Standes der Technik. Aber auch die Technik ist bei näherem Hinsehen abhängig von den Wirtschafts- und Geldgesetzmäßigkeiten: Ohne die ersten Kapitalzusammenballungen keine Flotten, kein Kolonialismus; ohne Kolonialismus nicht die noch größeren Kapitalanhäufungen und ohne diese keine Industrialisierung, und ohne diese wiederum kein Stahl, kein Auto, kein moderner Verkehr, keine Kräne, keine Hochhäuser.⁷

Produktion von Leerständen zwecks Arbeitsplatzbeschaffung

Wie kaum ein anderer Bereich dient das Bauwesen heute immer weniger realer Bedarfsdeckung und immer mehr bloßer Arbeitsplatzbeschaffung. Über reine Ersatzbauten hinaus werden Neubauten praktisch nur noch gebaut, um Arbeitsplätze zu erhalten. Ein veritabler Bedarf besteht kaum noch. Seit 1990 wurden allein in Ostdeutschland 600.000 Wohnungen gebaut, obwohl 1990 schon 400.000 leerstanden. Heute stehen 1,3 Millionen leer. Das sind 15,8 % des Bestandes.⁸ Gleichwohl wurden Wohnungsneubauten allein im Jahr 2001 noch mit 3,1 Milliarden Mark öffentlich gefördert, die Altbausanierung dagegen nur mit 1,7 Mrd. Mark. Auch die Eigenheimzulage ist für Neubauten nach wie vor doppelt so hoch wie für Altbauten. Lediglich in westdeutschen Großstädten besteht ein Fehlbedarf von insgesamt etwa 100.000 Wohnungen jährlich einschließlich Ersatzbedarf, während zum Beispiel Kassel und Hannover Leerstände von 13 und 8,2 % aufweisen.

Büroflächenleerstand in Deutschland im Jahr 2002: 1,7 Millionen m², Verkaufsflächenüberhang

nach Angaben des Einzelhandelsverbandes: ca. 40 Mio m². Und das, obwohl Deutschland mit 105 Millionen Quadratmetern bereits 1,6 mal so viel Verkaufsfläche pro Kopf hat wie zum Beispiel Großbritannien, und obwohl allein im Jahr 2002 nach Schätzungen des Einzelhandelsverbands etwa 15.000 Einzelhandelsbetriebe schließen müssen.

Trotz dieses Überschusses an Verkaufsfläche rollt auf Deutschland eine Welle von Bahnofsneubauten zu, die alle das Ziel haben, dort möglichst viel neue Einzelhandelsfläche unterzubringen. Natürlich kaufen die Leute dadurch nicht mehr, sondern diese Einkaufsfläche wird aus den Innenstädten, vor allem aber aus den Kleinstädten der Umgebung abgezogen. Das Großkapital vernichtet so mittelständische Existenzen und treibt bisher Selbstständige in eine unterbezahlte Verkäuferexistenz in kunstbelichteten und klimatisierten Supermärkten. Und Politik und Kommunen sehen tatenlos zu oder dienern auch noch hinter den Investoren her, weil sie vermeintlich "Arbeitsplätze schaffen".

Die leergezogenen Altbauten weisen meist eine bessere und solidere Architektur auf als Neubauten, verwahrlosen aber dennoch nach und nach, bis Oberbürgermeister und Lokalpresse sie irgendwann als "Schandfleck" brandmarken und niemand mehr widersprechen mag, wenn sie abgerissen werden. An die Stelle der großangelegten und geplanten Abrisse der 1960er Jahre, etwa des Frankfurter Westends, ist heute so der schleichende, kaum mehr bemerkte Abriss getreten.

Wie Geldmechanismen, Architekteneitelkeit und die Subalternität der Politik ineinandergreifen, kann man sehr schön am Beispiel des derzeit in der Planung befindlichen Dortmunder Bahnhofs sehen. Aus einem beschränkten Wettbewerb ging ein sogenanntes "Ufo" hervor. Weltraumarchitektur hat heute die gleiche Funktion wie in den 1920er Jahren die sogenannte "Streamline-Architektur": sie verheißt unüberbietbare Modernität. Aus diesem Grunde finden die Millionärs-Quiz-Shows im Fernsehen alle in so einer zusammengeschusterten Weltraumarchitektur statt. In manchen sitzen die Kandidaten sogar in Raumkapseln.

Die Stadtväter träumten natürlich davon, dass ein solches Weltraum-Ufo Dortmund endgültig vom Kohlenpott- und Blumenkübel-Image befreit. Die Nachteile stellten sich erst später heraus: der hochliegende Gleiskörper war sehr breit, und das Ufo wirkte natürlich nur, wenn es auch von beiden Seiten zu sehen war. Ein Kreis lässt sich aber nicht einfach in die Länge ziehen. Er wurde also immer größer. Und da eine nur eingeschossige Scheibe von 100 m Durchmesser auch nicht sehr eindrucksvoll war, wurde er auch immer höher. Das Volumen stieg exponentiell.

Wie ein solches Volumen füllen? Die dringend gebrauchten Parkplätze ließen sich kaum in dieser Höhe über den Gleisen unterbringen. Also erfand man zu den 30.000 Quadratmetern Verkaufsfläche vor allem Freizeitaktivitäten. Ein tropisches Ozeanium sollte her usw. usw. Irgendwann starb das Projekt dann wie weiland die paläontologischen Riesenhirsche an Hypertrophie.

Man fragt sich nur, wie es sich so lange halten konnte und mehrere 100.000 Mark Planungskosten verschlingen konnte. Und das hat natürlich wieder mit der Logik der Geldmechanismen zu tun: je größer, desto mehr vermeintliche Arbeitsplätze, desto mehr Rendite für den Investor, desto mehr Honorar für die Architekten, desto mehr privates Kapital untergebracht, desto mehr Anlagedruck beseitigt. Das Risiko tragen ja die Anleger, allerdings vor allem die Kleinanleger.

Private Überschüsse und öffentliche Schulden

Nirgendwo bildet sich das Verhältnis von privaten Überschüssen und öffentlicher Verschuldung so deutlich ab wie in Architektur, Städtebau und Landschaft. Die privaten Überschüsse ergießen sich pausenlos in die Landschaft, wie in dem Märchen vom süßen Brei. Seit 1960 ist die Siedlungsfläche vier Mal so schnell gestiegen wie die Bevölkerung. In Deutschland werden täglich 130 Hektar Fläche zugebaut. In Nordrhein-Westfalen sind nach Angaben des BUND inzwischen 21 % der Fläche versiegelt, fast so viel wie die gesamte Waldfläche.⁹ Städte und Gemeinden versuchen sich ständig Firmenan-

siedlungen und Arbeitsplätze durch Angebote besonders guter Landschaftslagen abzuzeigen. Wie wir alle wissen, wird dadurch zwar ständig Landschaft zerstört, aber in der Summe kein einziger Arbeitsplatz neu geschaffen.

Im gleichen Tempo ist die Ausnutzung der innerstädtischen Flächen gesunken. In vielen Großstädten (z.B. in Dortmund) stehen immer noch riesige innerstädtische Grundstücke seit dem 2. Weltkrieg leer, weil die laufende Preissteigerung bei Hortung mehr abwirft als die bei Bebauung. Der Anteil der Brachflächen und der notdürftig begrüneten Brachflächen steigt ständig.

Die Städte kommen mit der Aufbereitung aufgegebener Grundstücke nicht nach. Die Investoren rechnen ohnehin nur noch in Kreditlaufzeiten von maximal 40 Jahren. Oft legen sie aber schon nach 15 Jahren eine gezielte Pleite hin und hinterlassen der Stadt eine sogenannte "Konversionsfläche". Das öffentliche Hinterherdienern hinter diesem Städtebauschrott mit Steuermitteln ist inzwischen Thema von Bauausstellungen und Hochschulwissenschaft. Richtiger wäre es vermutlich, Grundstücke grundsätzlich nur noch gegen Hinterlegung einer "Abrisskaution" an private Investoren abzugeben (Kunibert Wachten). Noch richtiger wäre es, überflüssige Kulturflächen zu renaturieren. Aber genau das findet natürlich nicht statt, weil es nicht nur mit Aufwand, sondern auch mit Wertverlust für den Eigentümer verbunden wäre. Nicht einmal die IBA-Emscherpark hat das geschafft.

Aufgrund der Verschuldung der Städte sind die Stadträte gezwungen, nicht mehr den Interessen ihrer Wähler zu folgen, sondern den Investoren fremden Geldes hinterherzudienern. Seit 40 Jahren gibt es praktisch keinen Fachmann, keinen Politiker, kein Feuilleton und keine Fernsehsendung mehr, die Zersiedlung, Landschaftszerstörung und die daraus resultierende Entdichtung der Städte gutheißen. Man kann ganze Regale mit Abhilfeschlägen füllen (Gewerbesteuer nicht mehr an Kommunen, Strafsteuer auf Brachflächen, keine Neuausweisung von Bauland in Außengebieten usw.). Geändert hat sich absolut nichts. Es kann sich natürlich auch nichts ändern, solange der Anlagedruck der privaten

Überschüsse weiter ungebrochen exponentiell ansteigt.

All diese Abhilfemodelle setzen eben nicht bei den Geldüberschüssen an und erschöpfen sich deshalb zwangsläufig darin, die vorgefundenen Negativentwicklungen einfach zu bedienen oder sie gar zur großartigen theoretischen Forderung hochzustilisieren. Da wird ein neues Leitbild der "perforierten Stadt" proklamiert¹⁰, in der die Brachflächen einfach zur Tugend erhoben und begrünt werden. Motto: "Schandflecken zu Oasen". Da wird der Abschied vom Leitbild der "Europäischen Stadt", vom "heroischen Ganzheitsanspruch" und von der klaren Trennung von "Stadt und Land" gefordert. "Chaos-Stadt", "Zwischenstadt", "fraktale Ränder" und "Para-Ästhetik" heißen die neuen Schlagworte. Die achselzuckende Bedienung der exponentiellen Geldmechanismen wird so auch noch als "Modernisierung" ausgelegt – wie überall, wie bei der sogenannten Rentenreform, bei der Steuerreform, bei der Regelung von Firmenübernahmen. Überall die gleichen Handlungsmuster.

Die Reduktion auf die Betriebswirtschaft und der Verlust des Raumes

Der Gegensatz zwischen privaten Überschüssen und öffentlicher Verschuldung verschlechtert nicht nur einfach die monetären Möglichkeiten des Städtebaus. Er ist dem Städtebau prinzipiell entgegengerichtet. Städtebau wäre seinem Wesen nach solidarische Gemeinschaftsanstrengung. Das Primat der privaten Überschüsse und die daraus resultierende öffentliche Verschuldung stellen demgegenüber das private Einzelinteresse generell über öffentliches Gemeinschaftsinteresse. Es reduziert allen Städtebau auf die bloße Addition privater Einzelinteressen und deren Bedienung.

Diese Reduzierung auf Einzelinteressen und freistehende Einzelgebäude durch den Funktionalismus des frühen 20. Jahrhunderts vollzieht auch wieder nur eine Entwicklung aus der Ökonomie nach: den Übergang vom Primat der "Nationalökonomie" zum Primat der Betriebswirtschaft: Wegstapeln von Menschen nach betriebswirtschaftlichem Kalkül, Konkurrenzprinzip,

abstraktes Funktionieren in fremdbestimmter Arbeit, Arbeitsteilung, Funktionstrennung, Einzelkiste. Aus Städtebau wurde Aufzählung, Aufreihung, Lageristendenken.

Dieses rein betriebswirtschaftliche Verständnis wurde auch auf jene Lebensbereiche ausgedehnt, die bisher nicht unmittelbar den Geldmechanismen unterworfen waren. Selbst das Kochen zu Hause, bisher Bestandteil des täglichen Lebens, des Wohnens, der geräumigen Wohnküche, wurde zum betriebswirtschaftlich durchrationalisierten Produktionsvorgang. Beispiel: Frankfurter Küche. Sie war eine reine Arbeitsküche, im Grunde eine verkleinerte Betriebsküche mit input, kürzestem Weg und output an der sogenannten Durchreiche.

Diesem vordergründig betriebswirtschaftlichen Verständnis, diesem Primat des Einzelinteresses über das Gesamtinteresse entsprach auch die Reduktion des Städtebaus auf die bloße Addition freistehender Einzelgebäude. Diese wiederum hatte eine völlige Veränderung des Raumverständnisses zur Folge: Das hatte es in der gesamten Baugeschichte noch nie gegeben. Städtebau war immer die komplexe Organisation von Gebäudemehrzahlen unter gegenseitiger Einfluss- und Rücksichtnahme. Diese gegenseitige Einfluss- und Rücksichtnahme manifestierte sich unter anderem in der Organisation des Raumes. Der Raum war Ausdruck des kollektiven Gesamtinteresses. Er war deshalb primär. Die Einzelgebäude waren Ausdruck des Einzelinteresses und deshalb sekundär. Sie waren lediglich die Modelliermasse, mit der der primäre öffentliche Raum geformt wurde. Dieser öffentliche Raum war genau definiert: man konnte immer sehen, wo er zu Ende war, wann man einen Raum verließ und den nächsten betrat (Campo in Siena, Altstädte von Florenz, Rothenburg und Prag, Champs-Élysées, Ramblas und Piazza Navona). Diese Raumbildung war Inszenierung (z.B. von Prozessionswegen) und genau durchdacht. Die alten Schwarzpläne zeigen das.

Der heutige Städtebau ist das genaue Gegenteil dieses vorindustriellen Konzepts. Egal, ob man die zusammenhanglosen Geldspargel der Citys, die stumpfsinnigen Aufzählungen der Plattenbauten oder das Schrottgewucher der Gewerbegebiete nimmt – der Stadtraum ist nur

noch bloßer undefinierter Gebäudeabfall. Er interessiert niemanden mehr. Es interessiert nur noch das Einzelgebäude. Die Auflösung des Stadtraumes ist visueller Indikator der Auflösung von Zusammenhängen, Gesamtinteresse und Gemeinschaft. In der "City of Bits" (William J. Mitchell¹¹) wird er nicht mehr benötigt.

In der vorindustriellen Architektur war das Einzelgebäude dem Wahrzeichen vorbehalten, dem Logo. Und davon verfrugte jede Stadt bloß ein oder zwei. Heute dagegen sind zumindest die Citys regelrechte Wahrzeichensalate. Highlightopolis statt solidarischer Einordnung. Städtebau wäre seinem Wesen nach solidarische Gemeinschaftsanstrengung, unauffällige Einordnung, gegenseitige Rücksichtnahme. Beispiel Champs Elysées. An deren Stelle tritt heute die punktuelle Konkurrenz, die möglichst bezugslose Selbstdarstellung von Eigentümer oder Architekten, der Eigenerfolg auf Fremdkosten bis hin zur möglichst wirksamen Beschädigung des jeweils anderen. Das Logo im Städtebau hat natürlich etwas zu tun mit dem Logo der globalen Markenartikel. Es ist der Versuch, über die reine Bedarfs- und Funktionserfüllung hinaus Aufmerksamkeit und letztlich Konsumbereitschaft zu erzielen.

Einzelinteresse heißt auch "Funktionstrennung": Die Wohnungsbaugesellschaft will sich nicht mit Kindergärten abgeben, die Lebensmittelkette nicht mit Wohnungen und die Stadt nicht mit Lebensmittelläden. Und so stehen dann die Parkplätze im Gewerbegebiet nachts und im Wohngebiet am Tage leer. Im Gewerbegebiet werden riesige, energieverwendende Flachdächer nicht als großzügige Freisitze genutzt, und im Wohngebiet hocken die Nutzer auf winzigen, angeklebten Balkonen. Im Mansarddach des neobarocken Landgerichts lagern die Akten in Südlage mit Fernblick, im Mietshaus nebenan wohnt der Rentner auf der Nordseite im dunklen Erdgeschoss an der lauten Straße. Und über dem Flachdach des eingeschossigen Supermarkts werden vier Geschosse verschenkt, die wir dann in der Landschaft vor der Stadt wiederfinden. Ist das etwa Städtebau?

Wieder dominiert das Systemerhaltungsinteresse über das Interesse an tatsächlicher Bedarfs-

deckung. Wieder führt betriebswirtschaftliches Denken keineswegs in die Reduktion von Kosten und Aufwand – alles bereits weiter oben beim verursachenden Geldsystem diagnostiziert.

Geldverhältnisse und Ästhetik

Auch die Ästhetik von Architektur (ebenso wie das Design) war und ist immer in erster Linie von den Geldverhältnissen geprägt. Sie folgte stets dem Prinzip der zwei Ästhetiken: einer Ästhetik des Offiziellen und einer Ästhetik des Privaten. In der vorindustriellen Zeit spiegelte sich das in dem Gegensatz zwischen höfisch-sakraler und profaner Architektur – unübersehbar ein Gegensatz der Geldverhältnisse. Heute stellt sich diese Dualität dar als der erbitterte Gegensatz zwischen der offiziösen Investitionsästhetik des Funktionalismus und seiner postfunktionalistischen Folgeästhetiken einerseits und der 'privaten' Konsum- und Warenästhetik andererseits.

Konsum- und Warenästhetik – das ist die Ästhetik der Baumärkte, des Gelsenkirchener Barocks und der Einfamilienhäuser. Die Wahlmöglichkeiten zwischen 48 Farben von Klobrillen oder 400 Arten von Haustüren wird als "Freiheit" deklariert. An die Stelle von Ehrlichkeit, Reinheit, Werkgerechtigkeit und Materialgerechtigkeit tritt die Sehnsucht nach alten, vorindustriellen Verhältnissen, tritt das "mehr Schein als Sein", das Abziehbild feudalistischen Glanzes, die "Goldenen Betten im Grünen", die Billigattrappen eines ersehnten Luxus. Auf der anderen Seite die akademische, funktionalistisch-öffentliche Ästhetik des Bauhauses, des früheren Deutschen Werkbundes, der Hochschulen und Fachzeitschriften, die puristische Ästhetik des Ehrlichen, Reinen, Werk- und Materialgerechten. Sie versteht sich als Fachästhetik, erkennt externe Anforderungen an, nämlich funktionale, technische und wirtschaftliche, lehnt aber alle Konzessionen an sinnliche oder ästhetische Erwartungen, Grundbedürfnisse und Potenziale des Publikums, der breiten Bevölkerung erbittert ab. Von der Mitscherlich-Schule wurde sie deshalb in den 1960er Jahren als "sinnlich reduzierte" Investitions- und Oberschichtenästhetik beschrieben,

als Ästhetik einer vermeintlichen funktionalen Elite, als Ästhetik der "Kolonialisierung" durch den "weißen Mann". Bei besonderen Gelegenheiten, etwa bei der Diskussion um Denkmalschutz, Dresdner Frauenkirche oder Berliner Schloss, prallen beide gnadenlos aufeinander.

Diese Beobachtungen lassen sich im übrigen auch auf anderen Gebieten machen, etwa im Verhältnis von E-Musik zu U-Musik, Hoch- und Vulgärliteratur, abstrakter Kunst und den röhrenden Hirschen der Glasereischaufenster und im Internet. Selbst die sogenannte "Subkultur" kann sich nicht immer den realen Geldverhältnissen entziehen.

Und noch zwei Eigenschaften haben die beiden gegensätzlichen Ästhetiken in Geschichte und Gegenwart gemeinsam:

1. Ihr Anteil am Bauvolumen war und ist äußerst unsymmetrisch.
2. Die offizielle Theorie blendete und blendet den quantitativ bei weitem größeren Teil zumindest in der jeweiligen Gegenwart geflissentlich aus.

Das braucht für die vorindustrielle Geschichte nicht besonders belegt zu werden. Theorie und Baugeschichte beschäftigten sich immer zuerst mit der höfisch-sakralen Architektur, obwohl deren Anteil an Objektmenge und Gesamtvolumen weitaus geringer war. Die quantitativ überwiegende Profanarchitektur der Fachwerkhäuser, Dörfer und Bauernhöfe wurde erst nach gehörigem Zeitabstand gewürdigt, meist zuerst als "Volksarchitektur" und folkloristische Besonderheit.

Heute ist dieser Unterschied noch drastischer geworden. Die offiziöse Fach-Ästhetik des Bauhauses und der "Folge-Ismen" macht noch nicht einmal fünf Prozent des Gebauten aus, beherrscht aber ausschließlich Theorie und Fachdiskussion. Die übrigen 95 Prozent des Gebauten haben keinerlei Aussicht, jemals von Fachzeitschriften, Fachliteratur, Feuilletons, Hochschulbetrieb und gegenwärtiger Baugeschichte gewürdigt zu werden – ein erstaunliches Phänomen.

Natürlich resultiert auch das aus den Geldverhältnissen. Hatte es vor der Industrialisierung in der profanen Architektur noch so etwas wie eine Volksästhetik gegeben, so wurde von nun

an fast alle Architektur von einer zinsinnehmenden Oberschicht für eine zinszahlende Unterschicht gebaut. Die Bevölkerung hatte keine Möglichkeit mehr, aktiv eine eigene Ästhetik zu entwickeln außer einer rein konsumptiven. Schon der sogenannte "proletarische" Backsteinbau, etwa des Ruhrgebiets, war ja nicht mehr von Proletariern entwickelt worden, sondern von Nicht-Proletariern, die sich vorstellten, wie sich Proletarier wohl Ästhetik vorstellen. Die von Proletariern selbst geplanten Häuser sehen anders aus.

Diese Warenästhetik bildet heute am ungebrochensten die Entropie des Wirtschaftens visuell ab (Wir erinnern uns: Entropie ist der Zustand der auf ewig unumkehrbaren Vermischung, in die alle Material- und Energieressourcen dieser Erde durch den Vorgang des Wirtschaftens nach und nach überführt werden. Alle Arbeit, alle Wirtschaft, die Material oder Energie bewegt oder umsetzt, erzeugen Entropie, es sei denn, sie operieren auf externer Sonnenenergie). Kaufhäuser, Supermärkte, Baumärkte, Gewerbegebiete, factory-outlet-center, Einfamilienhausgebäude, Hochhaus-Citys, Skylines, Landschaften – alles ist heute nicht nur materielle, sondern auch visuelle, visualisierte Entropie.

Die offizielle, funktionalistische Ästhetik kann demgegenüber nur begriffen werden als der zweifelte Versuch, dieser Lawine materieller und visueller Entropie idealistischen Widerstand entgegen zu setzen und aus dem realen Geldsystem auszubrechen. Der anspruchsvolle Architekt kann mit dem Gedanken nicht leben, bloßes Vollzugsorgan von Geld- und Wirtschaftsmechanismen zu sein, bloßer "Systemkavalier". Er klammert sich deshalb an die Illusion, es gäbe irgendwo eine Ästhetik, die autonom sei. Diese Illusion hat stellenweise zweifellos zu kostbaren Ergebnissen geführt, die man nicht missen möchte, zu kostbaren vereinzelt Solitären. Das Aussehen von 95 Prozent unserer Städte und Landschaften hat sie kaum beeinflusst. Über 95 Prozent zum Beispiel der Einfamilienhäuser werden nicht von Architekten gebaut.

Alle Ästhetik von Architektur und Städtebau ist also von den realen Geldverhältnissen geprägt: 95 Prozent von dem erfolgreichen Ver-

such, sie zu bedienen und fünf Prozent von den erfolglosen, aber kostbaren Ausbruchversuchen.

Wie treulich Architektur und Städtebau dem Wandel der Geldverhältnisse folgen, erleben wir gerade zur Zeit: Bis weit in die 1960er Jahre hatte auch der öffentliche Bereich Anteil an den Überschüssen. Das öffentliche Bauen war deshalb von der funktionalistischen oder vulgärfunktionalistischen Investitionsästhetik geprägt. Die Konsumästhetik war die private, wenn auch nicht originäre Ästhetik der arbeitenden Bevölkerung. Inzwischen haben sich die Geldverhältnisse umgekehrt: Die Überschüsse befinden sich auf der privaten Seite und die Verschuldung auf der öffentlichen. Folgerichtig erleben wir derzeit, wie die Ästhetik dies nachvollzieht. Über die Großinvestoren breitet sich die private Konsumästhetik in den öffentlichen Investitionsbereich aus, sehr zum Verdross des BDA, der Hochschulen und der Fachzeitschriften (Beispiele: CentrO Oberhausen, Dortmunder Bahnhof, Weltausstellung Hannover, Baumärkte, factory-outlet-center, Bauten im ehemaligen Ostblock).

Auch die Parlamentsentscheidung zugunsten der Rekonstruktion des Berliner Schlosses hat mit diesem neuen, geldbedingten Siegeszug der privaten Konsumästhetik zu tun. Ob Gelsenkirchener oder Berliner Barock ist ihr letztlich egal. Barocksehnsucht triumphiert über Bankrottrealität. Vor dem technokratischen Funktionsdünkel der Fünf-Prozent-Moderne flüchten die 95 Prozent auf der Woge des allgemeinen roll-back ausgerechnet in die Arme feudalistischer Symbolik. Zwar hatten auch historische Stile sich von den Bevölkerungen nicht hineinreden lassen, waren aber wenigstens auf deren Zustimmung bedacht. Ausgerechnet in den neuen Demokratien glaubte man, auf eine solche Bestätigung trotzig verzichten zu können. Das ging nur solange gut, wie man das Geld auf seiner Seite hatte.

Natürlich sind Architektur und Städtebau nicht nur von Geldmechanismen abhängig, sondern von vielen Parametern. Der Einfluss der fachlichen oder ästhetischen Theorien wird aber offensichtlich stark überschätzt, der Einfluss der Geldmechanismen wird dagegen offensichtlich stark unterschätzt. Der Einfluss der Theorie auf

den Charakter des Gebauten würde sich vermutlich vergrößern, wenn sie weniger eigenen, synthetischen und idealistischen Postulaten folgte und sich stärker bemühte, den ökonomischen Ursachen der großen Masse des Gebauten auf den Grund zu gehen.

Kapitalkonzentration und Gigantismus

Die ungeheuren Kapitalkonzentrationen erzeugen überall eine Tendenz zum Gigantismus. Das gilt nicht nur für Großstaudämme, Großflugzeuge, Großstadion, Großbauten, Firmenzusammenschlüsse und andere Großprojekte, das gilt auch zum Beispiel für die Größenordnungen heutiger Futtermittelskandale (BSE, MKS, Nitrofen). Mit den Größenordnungen wächst auch das Katastrophenrisiko, wächst die Verwundbarkeit. Gleichzeitig wächst die Gefahr, dass wir uns langfristig an megalomane Technikformen binden, die bereits zum Zeitpunkt ihrer Realisation überholt sind, etwa die Atomtechnik.

Großbauten hat es schon gegeben, lange bevor es Kapitalkonzentrationen der heutigen Größenordnung gab. Sie waren stets die gewollte Darstellung von Machtkonzentration: in der Sklavengesellschaft, im Kirchenstaat, in den großen Diktaturen. Worin liegt der Unterschied zwischen den früheren Großbauten und den heutigen? Schon immer wurden sie als notwendige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme dargestellt. Die Paläste der Maharadschahs wurden stets während der großen Hungersnöte gebaut. "Ihr müsst Paläste bauen, damit ihr nicht verhungert", hieß es.¹² Und der britische Physiker Mendelsohn hat nachgewiesen, dass die Bauzeitplanung der Pyramiden der Beschäftigung eines stets gleichbleibenden Arbeitsheeres diene.¹³ Auch damals entstanden ja Geld und Nahrungsmittel nicht erst durch den Palastbau. Sie waren bereits vorher vorhanden. Die Leute hätten auch nicht verhungern müssen, wenn die Pyramiden und Paläste nicht gebaut worden wären. Insofern hat sich an der fiktiven Legitimationsrolle der Arbeit wenig geändert.

Geändert hat sich vor allem der unmittelbar sichtbare Zusammenhang zwischen dem erzeug-

ten Glanz und dem dadurch verursachten Produktionsehend. Er ist durch die globalen Geldströme zerrissen worden. Das Geld hat zunehmend eine Abstraktions- und Verschleierungsfunktion. Die Bauarbeiter sind durch die Maschinerisierung von dem Produktionsehend nicht mehr unmittelbar betroffen. Die Überschüsse erzeugen die ihnen adäquaten Schulden und das damit verbundene Elend nicht mehr unmittelbar an den Baustellen, sondern am anderen Ende der Welt, in den Slums und auf den Müllbergen von Manila und Sao Paolo. Das Prinzip der Sklavengesellschaft existiert zwar weiter, ist eher noch verstärkt, aber seine unmittelbare Lesbarkeit ist verloren gegangen. Sie ist verloren gegangen durch eine gewaltige, über Jahrzehnte hinweg aufgebaute und schwer durchschaubare Konstruktion aus Banken, Börsen, Weltbank, WTO und IWF, die mittlerweile als naturgegeben angesehen wird.

Diese gewaltige Konstruktion ändert aber nichts an einer Elementartatsache unseres Geldsystems: Alle Überschüsse, die nicht durch Akkumulation von Arbeit erzielt werden, können nur durch Schulden und Schuldendienste der jeweils anderen erzielt werden. Das sollten sich auch all die genialen Entwerfer von futuristischen Megakonstruktionen vor Augen führen. Wenn es noch stimmt, dass man mit 75 Euro ein Kind in der dritten Welt ein Jahr lang vor dem Hungertod bewahren kann, dann kann sich jeder Großarchitekt und jeder Großinvestor ausrechnen, mit wieviel hungertoten Kindern sein Gebäude erkaufte wurde. Alle Großbauten wurden zu allen Zeiten stets mit dem Elend der jeweils anderen erkaufte.

Die Negativentwicklung der Geldverhältnisse wird jedoch von der Politik zunehmend nicht nur nicht bekämpft, sondern einfach zum Positivziel umgedichtet. Alles Staatsversagen, alle Flucht aus der Verantwortung wird auch noch als "Modernisierung" und Privatisierungsgesetz ausgelegt: Ausstieg aus dem Arbeitgeberanteil bei den Renten, Steuerentlastung für Spitzenverdiener und Konzerne, die Auflösung der Städte und Landschaften – für alles erfindet eine hinterherdinernde Anpassungswissenschaft und -politik Positivbegriffe.

Der Begriff "totalitär" wird von den Lexika definiert als "alles sich unterwerfend". Nicht nur deshalb ist das exponentielle Geldsystem totalitär, sondern auch vor allem, weil es alle Versuche des Widerstands, der Notwehr und der Gegenmacht bekämpft mit drastischen Einschränkungen der Bürgerrechte und Menschenrechte, wie wir das im Augenblick erleben.

Auch diese Auseinandersetzung zwischen Macht und Gegenmacht ist nicht neu. Das lehrt das Gesetz vom Aufstieg und Niedergang der Imperien. Dabei war die Macht immer primär und die Gegenmacht immer sekundär. Die Gegenmacht hat sich immer durch die vorgefundene Macht definiert. Gleichwohl hat die Macht auch immer versucht, die Gegenmacht wider besseres Wissen als primär darzustellen und sie mit ihren überlegeneren Mitteln zu bekämpfen, anstatt ihr durch Beseitigung der machtseitig erzeugten Ursachen den Boden zu entziehen.

Oft hat die Gegenmacht vorübergehende Niederlagen hinnehmen müssen, etwa beim Spartakus-Aufstand, bei den Bauernkriegen oder im Zweiten Weltkrieg. Langfristig hat sie aber immer gesiegt; das Christentum über die Römer, die französische Revolution über den Feudalismus und die Revolution von 1918 über den Neofeudalismus. Und wo immer die siegreiche Gegenmacht sich als neue Macht etabliert hat, hat sie das "Ende der Geschichte" verkündet, das heißt, die endgültige Überflüssigkeit aller Gegenmacht. Und genau deswegen hat sie immer die neue Gegenmacht erst heraufbeschworen.

Zusammenfassung

Anstatt die Bevölkerungen der Industriestaaten die Früchte der Industrialisierung in Ruhe und Gelassenheit genießen zu lassen und die Maschinerisierungsgewinne für den Aufbau der Entwicklungsländer zu nutzen, treiben uns die exponentiellen Kapitalüberschüsse in immer sinnlosere und zerstörerische Aktivitäten und die "dritte" Welt gleichzeitig in immer hoffnungslosere Verschuldung. Die erste Welt nutzt die ihr leistungslos zufließenden Geldströme rücksichtslos zur Unterdrückung auch der geringsten Widerstände mit den Mitteln ihrer High-Tech-Rüstung.

Es wird gerne so getan, als sei die wirtschaftliche und soziale Lage das Ergebnis vieler Parameter und Interessen, und das exponentielle Geldsystem sei allenfalls eine Ursache unter vielen. Diese Vorstellung ist falsch. Das Geldsystem ist stets die eine, alles andere auslösende Ursache. Dieses Verhältnis ist unumkehrbar. Niemals lösen Wirtschaftswachstum, Armut, falsches Arbeitsverständnis oder Landschaftszerstörung das Geldwachstum aus, sondern immer umgekehrt.

Neu an der heutigen Auseinandersetzung ist nur ihr Gigantismus, die Dimension ihres Katastrophenrisikos. Man bekommt davon eine Ahnung, wenn man sich Großstaudämme und Großstadien einerseits ansieht und die extrem einfachen Produktionsmöglichkeiten verheerender Massenvernichtungsmittel andererseits. Dieses Gefahrenpotenzial wird sicherlich durch Irrationalismen und Fanatismen verschärft. Diese sind jedoch nicht die eigentliche Ursache dieses neuen Katastrophen-Gigantismus. Die letztendliche Ursache ist auch hier wieder die neue Dimension der Kapitalzusammenballungen. Und zwar in zweifacher Hinsicht: zum einen hinsichtlich der neuen Größenordnung der technischen Möglichkeiten und zum anderen hinsichtlich der neuen Größenordnung ihres Verschuldungszwangs und der dadurch ausgelösten Verelendung und Emotionalisierung.

Wie die bereits erwähnten paläontologischen Riesenhirsche schaffen sich Spätzeitsysteme ihre Untergangsgerätschaften und ihre Untergangsautomatik selber. Diese Feststellung ist historisch gemeint und sollte keine Illusionen über den Zeitrahmen aufkommen lassen. Der Untergang des römischen Reiches hat schließlich auch dreihundert Jahre gedauert. Unabhängig von dieser Zeitdimension gilt jedoch: Wenn es der Politik nicht gelingt, sich im letzten Moment ins Räderwerk zu werfen, ist der monetäre und soziale Crash mathematisch unausweichlich. Fragt sich nur, wann und in welcher Form er eintritt.

Anmerkungen

- 1 Quelle: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank und Globus-Grafik, Süddeutsche Zeitung vom 10. 6. 1994.
- 2 Quelle: Grafik Süddeutsche Zeitung vom 4. 1. 2002.
- 3 Henderson, Hazel: Das Ende der Ökonomie, München 1985.
- 4 Berger, Wolfgang: Zehn Thesen, INWO-Symposium Steyerberg, 28. Juni 2002.
- 5 Frankfurter Rundschau vom 22. Juni 2002.
- 6 Vorschläge der "Hartz-Kommission" des VW-Personalvorstandes Hartz
- 7 Vgl. Zeitschrift für Sozialökonomie 130. Folge (2001), S. 19.
- 8 Angaben des Bundes deutscher Wohnungsunternehmer, in: Frankfurter Rundschau vom 4. Juli 2002.
- 9 Süddeutsche Zeitung vom 6. Juni 2002.
- 10 Süddeutsche Zeitung vom 6. Mai 2002.
- 11 Mitchell, William J.: City of bits, Berlin-Boston-Basel 1996.
- 12 Moewes, Günther: Weder Hütten noch Paläste, Berlin-Boston-Basel 1995, S. 88.
- 13 Mendelsohn, K.: Das Rätsel der Pyramiden, Bergisch-Gladbach 1987.

Armut und Reichtum

"Der globale Club der Milliardäre – mit etwa 450 Mitgliedern – verfügt über ein weltweites Gesamtvermögen, das deutlich über dem BSP der Gruppe der einkommensschwächsten Länder liegt, wo 59 % der Weltbevölkerung leben. ... Die Kapitalakkumulation vollzieht sich zunehmend außerhalb der realen Ökonomie. ... Zugleich fließen Milliarden von Dollar aus spekulativen Transaktionen auf geheime Nummernkonten in den mehr als 50 Steueroasen auf der ganzen Welt. Der IWF beziffert das Vermögen von Konzernen und Privatpersonen in Steueroasen auf schätzungsweise 5,5 Billionen Dollar, eine Summe, die sich auf 25 % des gesamten Welteinkommens beläuft. Die weitgehend illegal erworbenen Reichtümer der Eliten der Dritten Welt auf Nummernkonten wurden in den 90er Jahren auf 600 Mrd. Dollar geschätzt, davon ein Drittel in der Schweiz."

aus: Prof. Dr. Michel Chossudovsky, Universität Ottawa/Kanada
Global brutal - Der entfesselte Welthandel, die Armut und der Krieg.
Frankfurt 3. Auflage 2002, S. 28-29.

Ulrich Busch/Ulrike Busch:

Die Brakteaten des Mittelalters – ein historisches Phänomen von aktueller Bedeutung?

Als Brakteaten werden bestimmte Pfennigmünzen aus Silber bezeichnet, die im Hochmittelalter in weiten Gebieten Deutschlands und in Teilen Europas verbreitet waren. Das Besondere, sogleich ins Auge springende, dieser anfangs "Pfennige", später Hohlpfennige ("hole penninghe") oder denari concavi genannten Münzen ist in ihrer auffälligen Gestalt als sehr dünne, aber verhältnismäßig große und daher äußerst zerbrechliche Scheiben aus Silberblech zu erblicken. Ihre Prägung erfolgte auf bleierner Unterlage mit nur einem Stempel, so dass das häufig außerordentlich kunstvoll gestaltete Münzbild auch auf der Rückseite der Münze, hier aber als Negativ, zu sehen ist.

Die Bezeichnung dieser Münzen als Brakteaten, was soviel wie "Bruchgeld" bedeutet und sich vom lateinischen bracteata herleitet, kam erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts auf und dient vor allem ihrer numismatischen Klassifikation. Überhaupt scheinen die Brakteaten, vordergründig betrachtet, nur ein Thema für Numismatiker zu sein. Ihre Bedeutung aber erschöpft sich hierin keineswegs: Sie sind darüber hinaus ein außerordentlich interessanter Gegenstand der Wirtschafts- und Geldgeschichte wie der Geldtheorie und, davon abgeleitet, möglicherweise auch der Geld- und Wirtschaftspolitik.

1. Vom Einheitsgeld zum Regionalgeld

Das Geldwesen im Mittelalter unterschied sich grundlegend von der heutigen Geldordnung. Ein charakteristisches Merkmal war die Praxis periodischer Gelderneuerungen (renovatio monetarum). Dabei wurden die als Zahlungsmittel umlaufenden Münzen in unregelmäßigen Abständen durch den Herrscher "verrufen" und eingezogen, um gegen

andere Münzen ausgetauscht zu werden, die von diesem Zeitpunkt an dann das neue, einzig gültige Zahlungsmittel verkörperten. Der Umtausch war quasi obligatorisch und erfolgte in einem vom Herrscher bestimmten Verhältnis, wobei typischerweise die neu in Umlauf gebrachte Menge an Münzen jeweils kleiner war als die eingezogene.

Zur Veranschaulichung der Wirkungsweise dieses Systems der Gelderneuerung sollen im Folgenden die mittelalterlichen Brakteaten als historisches Fallbeispiel herangezogen werden.

Im Hochmittelalter wurden die kleinen Münzen als Regionalpfennige oder (Regional)denare bezeichnet, vermutlich in Abgrenzung zu den im Frühmittelalter gebräuchlichen Denaren. Diese, Ende des 8. Jahrhunderts unter Karl dem Großen eingeführte Silberwährung, die über Jahrhunderte hinweg in ganz West- und Mitteleuropa einheitlich gültig war, wurde im Zuge zunehmender Städtegründungen und damit einhergehender Münzrechtsverleihungen im 12. Jahrhundert weitestgehend durch Regionalwährungen abgelöst und nur noch im Fernhandel benutzt.¹ Dies war die Stunde der Brakteaten, deren Entstehungszeit im frühen 12. Jahrhundert liegt² und deren Wirkungsgeschichte etwa zwischen 1130 und 1350 datiert. Aber, wie so oft in der Geschichte, vollzog sich auch dieser Ablösungsprozess in mehreren Schritten und über zahlreiche Zwischen- und Übergangsformen.

So trat das neue Geld im regionalen Verkehr zunächst in Gestalt von, gegenüber den alten Denaren, etwas größeren, dafür aber deutlich dünneren Silberpfennigen auf, sog. Dünnpfennigen oder "Halbbrakteaten". Die meisten dieser Dünnpfennige wurden in Regensburg geprägt, sie kamen aber ebenso in Nürnberg, Speyer, Worms und anderen Orten des Reiches vor, wovon noch heute zahlreiche Funde zeugen.³

Während die Dünnpfennige noch einen Ober- und einen Unterstempel aufwiesen, ist für die nachfolgend auftretenden Brakteaten typisch, dass letzterer fehlt. Sie stellen somit der Form nach lediglich eine Weiterentwicklung der Dünnpfennige dar, quasi deren Vollendung, indem der Durchmesser maximiert und die Dicke minimiert wurde und die Prägung nur noch einseitig erfolgte. Mit diesen zunächst rein äußerlichen Veränderungen waren jedoch ökonomische Effekte verbunden: eine enorme Kostenersparnis und eine bisher unerreichte Typenvielfalt; beides notwendige Voraussetzungen für eine nunmehr veränderte Funktionsbestimmung des Geldes. Indem die Brakteaten im Wirtschaftsprozess eine spezifische, regional und zeitlich begrenzte gesellschaftliche Aufgabe erfüllten, verkörperten sie gegenüber ihren Vorläufern in der Tat ein "neues" Geld.

Das Umlaufgebiet der Brakteaten umfasste einen recht großen Wirtschaftsraum, der jenem Gebiet zuzurechnen ist, in dem Münzernerneuerungen üblich waren. Neben Teilen Deutschlands⁴ waren dies vor allem Dänemark, Norwegen, Russland, Polen, Böhmen, sowie Gebiete Österreichs und der Schweiz. Besondere Verbreitung fanden die Brakteaten im deutschen Osten, wo es gang und gäbe war, "die ausgegebenen Münzen nach einer bestimmten Zeit zu verrufen und durch neue zu ersetzen".⁵ So wurden die ältesten Brakteaten zwischen 1134 und 1142 unter Erzbischof Konrad I in Magdeburg geschlagen⁶, was bezeichnend ist, denn von Magdeburg aus wurde die Ostkolonisation betrieben, wozu Städtegründungen sowie die Erschließung neuer Handelswege und Märkte gehörten. Dazu bedurfte es ständig neuen bzw. erneuerten Geldes, da der Geldbedarf das traditionelle Aufkommen regelmäßig überstieg, also Bedingungen existierten, denen die Brakteaten besser als jedes andere Geld genügten.

Ursprünglich wurden die umlaufenden Münzen zu besonderen Anlässen wie Herrscher- oder Bischofswechsel eingezogen und gegen neue ausgetauscht. Diese unterschieden sich außer in der geringeren Anzahl, die der Einzelne im Austausch erhielt, nur durch die Art der Prägung, welche die Münze zierte, was die Bedeutung der Varianz entsprechender Motive und Bilder unter-

streicht. Der Umtausch erfolgte beispielsweise in Magdeburg in einem Verhältnis von 12 zu 9, das heißt unter Einzug einer jeweiligen Geldsteuer von 25 Prozent.⁷ Da nur die jeweils gültigen Brakteaten als regionales Zahlungsmittel zugelassen waren, war eine Verwendung anderer Währungen innerhalb des jeweiligen Münzgebietes ausgeschlossen. Die Benutzung von Barrengeld war außerdem verboten, aber auch wenig sinnvoll, da die Münzen ihrem Nennwert nach höher bewertet waren als der Kaufpreis für das nach Gewicht gehandelte Edelmetall. Nach einer Gelderneuerung waren die alten Münzen als regionales Zahlungsmittel ungültig und konnten nur noch ihrem Gewicht nach zur Zahlung im Fernhandel verwendet werden⁸.

Mitte des 14. Jahrhunderts geriet das auf der Praxis ständiger Gelderneuerungen beruhende Geldsystem ins Wanken. Damit wurde auch das Ende der Brakteaten eingeleitet. Es gibt verschiedene Erklärungen für den Zusammenbruch dieses immerhin über zweieinhalb Jahrhunderte erfolgreich funktionierenden Geldsystems: Zum einen schufen die häufigen Kriege einen stetig wachsenden Geldbedarf der Herrscher, die damit starke Anreize hatten, ihre Staatseinnahmen durch immer häufigere Gelderneuerungen und zunehmend auch durch systematische Geldentwertungen aufzubessern. Zum anderen wirkten realwirtschaftliche Katastrophen zerstörerisch auf das Geldsystem und machten um die Mitte des 14. Jahrhunderts jegliche normale wirtschaftliche Tätigkeit nahezu unmöglich.⁹ All dies führte schließlich in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zum Zusammenbruch des Systems der Gelderneuerungen und zur Wiedereinführung des Denarius perpetuus ("ewiger Pfennig") und damit zum Aufbruch in eine moderne Geldverfassung.¹⁰

2. Wirtschaftsgeschichtliche Aspekte

Gelderneuerung versus Geldentwertung

Unter Gelderneuerung (auch Münzernerneuerung) wird der Austausch einer Münzserie gegen eine neue (von gleicher Qualität) verstanden, die sich

nur durch die Art der Prägung von der vorherigen unterscheidet. Diese Praxis entspricht einer (periodischen) Geldreform. Sorgfältig davon zu unterscheiden ist eine Geldentwertung (Debasement, Geldverschlechterung), worunter die Änderung von Münzeigenschaften hinsichtlich ihrer Substanz, ihrer Form, ihres Gewichts oder des Emittenten (Nachprägung) verstanden wird. Außer bei reinen Nachprägungen (exakte Beibehaltung aller Merkmale) führt eine Geldentwertung immer zu einem erhöhten Münzgewinn, was in der Regel auch das Motiv dafür war. Eine Gelderneuerung kann dagegen zum Nutzen der Allgemeinheit erforderlich werden, wenn zu viel gefälschtes Geld im Umlauf ist, das zirkulierende Geld abgenutzt ist oder ein Mangel an Münzmetall zu verzeichnen ist.

Historisch ist zu beobachten, dass die durch Nachprägungen erhöhte umlaufende Geldmenge bei einer Münzerneuerung einen Edelmetallzufluss in das Prägegebiet der als Vorlage dienenden Münze zur Folge hatte.¹¹ In der Tat waren Nachprägungen in der Brakteatenzeit stark verbreitet, da sich so Unbefugte den aus der Münzprägung entspringenden Gewinn aneignen konnten.

Im Allgemeinen wird der Gewinn, der bei einer Geldemission entsteht, als *Seigniorage* bezeichnet. Im Falle der Brakteaten setzte diese sich aus zwei Komponenten zusammen, dem Münzgewinn und der Geldsteuer.¹² Der Münzgewinn ergab sich aus der Differenz zwischen dem Nennwert der Münze und ihrem Metallwert unter Berücksichtigung der Prägekosten. Die Geldsteuer dagegen war der Gewinn, der dem Emittenten dadurch zufiel, dass jedes Mal mehr alte Münzen eingezogen als neue ausgegeben wurden. Mit einer Gelderneuerung ging somit immer eine "Abwertung" der Münze (in Höhe der Geldsteuer) einher, die einmalig beim Umtausch der alten Münzen in neue Münzen wirkte.¹³

Ursprung des Brakteaten-Phänomens

Wie die Historie zeigt, stellten die Brakteaten, obwohl "eine fast ausschließlich deutsche Erscheinung"¹⁴, keinen singulären Fall in der Ge-

schichte des Geldes dar. Vielmehr gingen sie aus dem mittelalterlichen Münzwesen mit seinen typischen Charakteristika hervor und verschwanden mit dem Wegfall der Bedingungen ihrer Entstehung wieder von der Bühne der Geldgeschichte.

Für die weite Verbreitung der Brakteaten werden hauptsächlich zwei Gründe als ausschlaggebend angesehen: Zum einen eine bestimmte wirtschaftspolitische Intention, zum anderen fiskalische Motive. Autoren aus dem Kreis der Geldreformer heben vor allem den ersten Grund hervor, die stimulierende Wirkung der Erhebung der Geldsteuer auf das Wirtschaftsgeschehen. So begreift Walker die deutlich häufigeren Gelderneuerungen im Osten Deutschlands als eine gezielte Maßnahme zur Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit in den Kolonisationsgebieten. Die Geldsteuer sollte die Menschen vom "Horten" der Münzen abhalten und "zum richtigen Gebrauch des Geldes als Zirkulationsmittel" bewegen.¹⁵ Angesichts des mit der wirtschaftlichen Expansion und Kommerzialisierung rasch anwachsenden Geldbedarfs und der damit nicht Schritt haltenden Geldproduktion als den ökonomischen Grundlagen der Brakteatenprägung greift dieser Ansatz u.E. jedoch zu kurz. Als Erklärung für das Brakteaten-Phänomen ist das Hortungsmotiv eher von sekundärer Bedeutung.

Der zweite Grund für die Verbreitung der Brakteaten lässt sich leichter nachvollziehen: die Gelderneuerung als Mittel zur Erzielung von Staatseinnahmen. Bei jeder Gelderneuerung fiel dem Herrscher die *Seigniorage* zu, deren Höhe u.a. vom Umfang und der Häufigkeit der Prägungen abhing. Auch wenn der ursprüngliche Zweck der Münzerneuerungen darin bestand, das Land von Zeit zu Zeit mit einer einheitlichen Münze zu versorgen, zum Beispiel bei einem Regierungswechsel mit dem Bild des neuen Herrschers, rückte dennoch zunehmend der fiskalische Aspekt in den Vordergrund.¹⁶ Diese Bedeutungsverschiebung gipfelte im Spätmittelalter in einer Vermengung von Gelderneuerung und Geldentwertung, die das Ende des Systems der Gelderneuerungen einleitete.¹⁷

Insgesamt lassen sich u.E. mindestens vier wesentliche Gründe für die Gelderneuerung fest-

halten: erstens die Qualitätssicherung des Geldes, zweitens die Garantie der Aktualität der Prägung, drittens die Seigniorage und viertens die Sicherung der Geldversorgung.

Indem das Geld periodisch erneuert wurde und damit auch Fälschungen aus dem Verkehr gezogen wurden, ließ sich die Qualität der Münzen relativ gut kontrollieren.¹⁸ Der zweite Beweggrund war eher ein Prestigegrund, spiegelt zugleich aber auch die Anforderungen an das Geldwesen unter den Bedingungen ständig wechselnder bzw. neuer Münzherren (zum Beispiel durch Städtegründungen) wieder. Die umlaufenden Münzen sollten das Bild des jeweiligen Münzherrn oder dessen Wappen tragen. Dies scheint relativ einsichtig und unterstreicht die Bedeutung der Münze als Symbol staatlicher Macht. Der dritte Beweggrund war fiskalischer Art und anfangs durchaus legitim. Die Münzprägung wurde aber immer häufiger zur Erzielung von Gewinnen instrumentalisiert und damit letztlich missbraucht, weil Zweck wurde, was eigentlich ein Nebeneffekt war. Vor dem Hintergrund einer wirtschaftshistorischen Erklärung des Brakteaten-Phänomens, das heißt seiner Herleitung aus den praktischen Bedürfnissen der Zeit, der wirtschaftlichen Expansion im Osten und Ausdehnung des Geldumlaufs ohne hinreichende monetäre Grundlage (Silberproduktion etc.), gewinnt vor allem der vierte Grund an Bedeutung. Was im numismatischen Vergleich so seltsam anmutet, die besondere Form der Brakteaten, stellte in der Praxis nämlich die Lösung für ein geldwirtschaftliches Problem dar, für die Geldversorgung einer expandierenden Wirtschaft vor dem Hintergrund einer Verknappung des Geldmaterials. Dies erklärt, in Kombination mit dem dritten Grund, der Erzielung einer besonderen Geldsteuer, warum sich die Gelderneuerung zwischen 1120 und 1350 in dem besonderen Phänomen der Brakteaten manifestierte.

Die für diese Zeit charakteristische wirtschaftliche Expansion ging sowohl in geldwirtschaftlicher als auch in fiskalischer Hinsicht mit einem enormen Anstieg des Geldbedarfs einher. Als Reaktion darauf war eine Ausdehnung der Geldmenge, ebenso aber auch, da "Geschwindigkeit" unter bestimmten Bedingungen "Masse" ersetzt,

eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes denkbar. Da eine Erweiterung der Geldmenge unter den Bedingungen metallischer Zirkulation letztlich von der Ergiebigkeit des Silberbergbaus abhing und hier im 12. Jahrhundert kapazitätsbedingt an bestimmte Grenzen stieß¹⁹, bot sich für die Lösung des Problems die andere Variante als durchaus zeitgemäß an. Praktisch fand dies in den Brakteaten seinen Niederschlag.

Als einer ständigen Erneuerung und steuerlichen Belastung unterworfen, vermochten die Brakteaten, da ihre Zirkulation eine spürbare Beschleunigung des Geldumlaufs bedeutete, für eine bestimmte Periode den Widerspruch zwischen wachsendem Münzgeldbedarf und begrenztem Aufkommen an Münzmetall zu lösen. Auf diese Weise halfen sie, die "metallische Schranke" der Geldwirtschaft des Mittelalters zu überwinden und ermöglichten so eine beschleunigte ökonomische Entwicklung, wodurch sich zugleich auch die fiskalische Situation verbesserte, was wiederum zu einer weiteren wirtschaftlichen Expansion beitrug.

Wirkung auf Umlaufgeschwindigkeit und Zins

Einige Autoren ziehen aus der Tatsache, dass in unbestimmten Abständen Geldreformen erfolgt sind und damit eine Geldsteuer fällig wurde, den Schluss, dass es einen hohen Anreiz dafür gab, das Geld anstatt es zu horten, d.h. der Zirkulation zu entziehen, in der Zirkulation zu belassen. Dies konnte entweder in Form von sofortigem Konsum oder in Form von Investitionen (bzw. einer Kreditvergabe) geschehen. Kurz: Die Folge der Geldsteuer wird neben einer Beschleunigung vor allem in der Verstetigung des Geldumlaufs gesehen. Die Grundlage für diese Argumentation bildet die Annahme, dass die Geldsteuer antizipiert wurde. Mit der auf diese Weise abgeleiteten Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wird dann der wirtschaftliche Fortschritt und Produktivitätsschub im Hochmittelalter erklärt.²⁰

Dieser Gedankengang basiert auf der Vorstellung eines geschlossenen Geldkreislaufs, der durch

das Horten von Geld unterbrochen wird. Würden dagegen die so entstandenen "Lücken" in der Zirkulation geschlossen, so ergäbe sich eine stetige und hohe Umlaufgeschwindigkeit, die die Wirtschaftstätigkeit positiv beeinflusst. Einen Schritt weiter in diese Richtung denkend zieht z.B. Walker "mit zwingender Folgerichtigkeit" den Schluss, dass "die unter solchen Verhältnissen unmöglich gewordene Hortung und Schatzbildung (...) ständig umgewandelt (wurde) in pulserende Nachfrage nach den Erzeugnissen des Gewerbefleißes."²¹ Anhand der Quantitätsgleichung des Geldes lässt sich die Behauptung eines derartigen monetären Wachstumseffektes auf einfache Weise formalisieren:

$$(1) \quad MV = Py$$

Unter der Annahme, dass die Geldmenge (M) exogen durch den Münzherrn mit der Festlegung des Umfangs der Emission bestimmt wird und unter Vernachlässigung der Vergrößerung der Geldmenge durch Fälschungen kann M für den Zeitraum zwischen zwei Emissionen als konstant angesehen werden. Wenn sich nun die Umlaufgeschwindigkeit (V) erhöht, so muss sich der Ausdruck auf der rechten Seite (Py), das nominale volkswirtschaftliche Gesamteinkommen, ebenfalls proportional erhöhen. Wächst nun die Wirtschaft auch real, das heißt die Erhöhung teilt sich so auf das Preisniveau (P) und das volkswirtschaftliche Realeinkommen (y) auf, das y schneller wächst als P, so tritt ein realer Effekt ein, der als wirtschaftlicher Fortschritt gedeutet werden kann. Das Postulat der Geldreformer unterstellt implizit die hier getroffenen Annahmen. Darüber hinaus wird eine kausale Abhängigkeit der rechten Seite der Quantitätsgleichung von der linken angenommen, im konkret dargestellten Fall der Zirkulation von Brakteaten also ein Wirkungszusammenhang zwischen der Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes als Ursache und der Veränderung des realen Gesamteinkommens der Volkswirtschaft als Resultat.

Ferner wird im Rahmen freiwirtschaftlicher Analysen unterstellt, dass das im Ergebnis dieses Prozesses gestiegene bzw. gleichmäßiger verteilte Gesamteinkommen²² zum einen für eine erhöhte Konsumgüternachfrage Verwendung gefunden hat, zum anderen aber auch vermehrt

Sachkapital gebildet wurde. So hebt Lietaer zum Beispiel den "außergewöhnlichen Wohlstand" der breiten Bevölkerung hervor und postuliert in diesem Zusammenhang ein hohes Maß an Reinvestitionen der Einnahmen. Seine Erklärung dieses Phänomens beschränkt sich dann aber auf die vage Vermutung, dass "das Währungssystem (...) jedermann Anreiz dazu (gab)."²³ Unter der Annahme einer geeigneten Produktionsfunktion lässt sich sodann der postulierte Produktivitätsschub, der mit der Sachkapitalbildung einherging, herleiten. Damit Investitionen (Sachkapitalbildung) getätigt werden konnten, mussten die Mittel dafür bereitgestellt werden. Dies wird mit der Bildung von Ersparnissen erklärt, die für Investitionen verwendet werden konnten. Demgemäß wurde alles Geld, das nicht für den Gegenwartskonsum ausgegeben wurde, auf dem Kreditmarkt angeboten und, abgesehen von Konsumkrediten, letztlich für Investitionen und damit zur Bildung von Sachkapital verwendet. Der so modellierte Anstieg der Ersparnisse und damit an Investitionskapital wäre aber ein einmaliger Effekt, da, wenn die Horte aufgelöst wären, sich alles Geld im Umlauf befände und die Gesamtsumme des Geldes nicht weiter ansteigen könnte.

Eine damit unmittelbar im Zusammenhang stehende Frage ist die nach der Rolle des Zinses in dem postulierten Wirkungsablauf. Ein besonderer Reiz, der aus geldreformerischer Sicht von den Brakteaten ausgegangen sein könnte, besteht in der von ihnen vermuteten Wirkung auf die Höhe der Zinssätze. Als notwendige Folge der Gelderneuerung wird danach ein Sinken der Zinsen abgeleitet. Dieser Schluss setzt voraus, dass das Resultat der Knappheit des Kapitalangebotes ein über der Verzinsung für Realkapital liegender Zinssatz sei und damit die Schaffung von Anreizen zur Verhinderung des Hortens das Knappheitsverhältnis auflöse und der Zinssatz auf sein "natürliches" langfristiges Niveau sinken würde. Dieser deutlich niedrigere Zinssatz würde dann, gemäß den Annahmen einer allgemeingültigen Investitionsfunktion $I = I(i)$, eine rege Investitionstätigkeit zur Folge haben, was u.a. die Wirtschaftsblüte im Hochmittelalter erklären würde.

Hierzu lassen sich verschiedene Einwendungen machen: Zunächst wäre zu fragen, wie sich denn die Höhe des Zinssatzes im Mittelalter aus heutiger Sicht bestimmen ließe. Dazu muss bedacht werden, dass es sich bei der Wirtschaft im Hochmittelalter erstens nicht um eine Kreditwirtschaft handelte, sondern gerade erst um eine sich im Entstehen befindende Geldwirtschaft. Zum anderen war das Zinsnehmen mit einem moralischen Verdikt belegt²⁴ und daher nicht für jedermann erlaubt. Dies macht deutlich, dass auf die Höhe der Zinssätze nicht nur ökonomische Faktoren einwirkten und daher eine Ableitung ihres Verhaltens aus den Gesetzmäßigkeiten der damaligen Geldordnung kaum möglich ist.

Da keine verlässlichen statistischen Daten aus dem Mittelalter verfügbar sind, kann aus den getroffenen Einwendungen geschlossen werden, dass es keineswegs gesichert ist, dass die Gelderneuerungen tatsächlich die von den Geldreformern genannten stimulierenden Wirkungen hatten. Während ein beschleunigter Geldumlauf unter Annahme des erwähnten Erwartungsbildungsprozesses durchaus nachvollziehbar erscheint, sind alle weiteren Schlussfolgerungen nicht belegt und folglich mit gebotener Vorsicht zu behandeln. Auch unterstellt eine derartige Interpretation einen ganz bestimmten, paradigmatisch geprägten logischen Zusammenhang (Quantitätstheorie des Geldes), der historisch aber nicht verifizierbar ist. Genauso ließe sich nämlich auch umgekehrt argumentieren, dass die Veränderung der rechten Seite der Quantitätsgleichung infolge einer Zunahme der Produktion unter der Annahme eines stabilen Preisniveaus eine Veränderung der linken Seite bedinge. Dies würde sich in einem gestiegenen Geldbedarf manifestieren, wofür die sprichwörtliche Münzknappheit des Hochmittelalters steht. Scheidet die Möglichkeit einer Erhöhung der Geldproduktion aber, aus welchen Gründen auch immer, aus, so lässt sich das Problem nur über eine Erhöhung der Umschlagsgeschwindigkeit des Geldes lösen. Praktisch ist dies jedoch an bestimmte Bedingungen gebunden, Zahlungsgewohnheiten, Zirkulationsformen etc., die historisch vorgegeben sind und sich nur allmählich verändern. Selbst wenn jedoch die angenommene

Kausalität von der linken zur rechten Seite der Quantitätsgleichung zutreffend wäre, stünde die daraus abgeleitete Folgerung eines monetären Wachstumsschubs noch im Widerspruch zur klassischen Interpretation dieser Gleichung. Denn, Klassiker wie Neoklassiker halten streng an der Dichotomie von monetärer und realer Sphäre fest. Demnach könnte eine Erhöhung der wirksamen Geldmenge (MV) lediglich eine Wirkung auf das Preisniveau ausüben, die reale Wirtschaft bliebe davon (langfristig) jedoch unberührt. Ein Effekt auf das Wirtschaftswachstum lässt sich damit daher ebenfalls nicht modellieren.

Als letzter Erklärungsversuch, zu dem abgeleiteten Produktivitätsschub durch die Ausgestaltung der Geldordnung zu gelangen, bleibt mithin die Untersuchung der Kosten. Die Gelderneuerungen hätten danach zu Kostenersparnissen geführt, da sie die Zusammenführung der Marktteilnehmer erleichterten, indem sie die Geldkreisläufe geschlossen hielten und unnötige Kosten durch Marktunvollkommenheiten teilweise vermieden werden konnten. Dadurch konnten Produktivkräfte freigesetzt werden, was der Wirtschaftsentwicklung förderlich war. Diese Hypothese lässt sich allerdings weder mit den klassischen oder neoklassischen noch mit anderen theoretischen Modellen abbilden und ist daher weder exakt formulierbar noch begründbar. Sie bleibt eine bloße Behauptung.

Aber zurück zu den Brakteaten: Diese entsprachen offensichtlich vollkommen den Bedürfnissen ihrer Zeit, indem sie das zu Beginn des 12. Jahrhunderts gehäuft auftretende Problem der Geldversorgung in einer prosperierenden, monetär aber unterentwickelten Ökonomie in Verbindung mit einer Reihe von Nebenbedingungen für eine bestimmte Periode zu lösen vermochten. Diese Lösung blieb freilich den Regeln der metallischen Geldzirkulation verhaftet und war daher nur von begrenzter Dauer. Die wirkliche, das Mittelalter schließlich überdauernde Lösung sah anders aus und keimte bereits, zeitgleich mit den Brakteaten, in den Kreditformen der Zirkulation heran – allerdings zuerst in den entwickelteren Gebieten Europas, vor allem in Italien.

3. Bezug zur aktuellen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion

Nach dem Untergang des Systems der Gelderneuerungen geriet der Gedanke der Geldbesteuerung für ca. 650 Jahre in Vergessenheit. Die Kreditwirtschaft mit den ihr eigenen Gesetzen hatte sich durchgesetzt und die Frage kreiste zunehmend darum, den Wert des Geldes im Zeitablauf stabil zu halten. Die in dem Brakteaten-Phänomen vermutete Idee eines sich gleich den Waren im Zeitablauf entwertenden Geldes wurde erst Anfang des 20. Jahrhunderts von Silvio Gesell wieder aufgegriffen und in seine Theorie zur Überwindung der Übel des Kapitalismus integriert.²⁵ Der Gedanke der Geldbesteuerung erscheint bei Gesell als Idee der Neutralisierung des Liquiditätsvorteils des Geldes durch Erhebung einer zeitabhängigen Gebühr. Dieser Vorschlag zielt auf die Sicherung einer gleichmäßigen Versorgung der Wirtschaft mit genügend Bargeld ab, wodurch dem Geld die Knappheitseigenschaft genommen werden soll. Der Zins würde dadurch quasi automatisch sinken.

Wie bereits dargestellt, setzte Gesell in seiner Argumentation die Existenz eines kausalen Zusammenhangs zwischen Geldmengenveränderungen und Preisänderungen voraus und sieht in der "Geldhortung" das zinszerzeugende bzw. –erhöhende Moment der Wirtschaft. Geld wird in der Freiwirtschaftstheorie, zu deren Begründern Gesell zählte, als die entscheidende Triebkraft wirtschaftlichen Wachstums gesehen.²⁶ Eine gleichmäßige und ausreichende Versorgung mit liquiden Mitteln, die nie die Sphäre der Zirkulation verlassen, garantiert daher im Rahmen der gesetzten Annahmen ein stetiges Wirtschaftswachstum. Die krisengeschüttelte Wirtschaft des beginnenden 20. Jahrhunderts sollte somit durch eine Reform des Geldsystems, in dem Geld nur noch als Tauschmittel fungiert, geheilt werden. Dieses Ziel würde mit der Besteuerung des Bargeldumlaufs erreicht werden, die im Idealfall stetig erfolgen müsste, aus praktischen Erwägungen heraus aber nur wöchentlich oder monatlich vorgenommen werden könnte. Nicht zuletzt wegen theoretischer Schwächen der Freigeldtheorie waren die Umsetzungen von Gesells Idee

jeweils zeitlich und örtlich sehr beschränkt; und seit mehr als einem halben Jahrhundert wird sein Werk in der scientific community kaum noch diskutiert.²⁷

Der Grundgedanke der Geldbesteuerung wurde jedoch jüngst wieder aufgegriffen und als eine mögliche Lösung des Problems der Liquiditätsfalle untersucht. Goodfriend erklärt die Tatsache, dass die Besteuerung des Geldes ein halbes Jahrhundert lang nicht thematisiert wurde, damit, dass es schlichtweg das Problem einer unteren Schranke für die Geld- respektive Zinspolitik in dieser Zeit nicht gegeben habe. Erst jetzt, wo Preisstabilität in den großen Volkswirtschaften der Welt zur Normalität geworden sei und Deflationen²⁸ wieder auftreten, erscheine das Problem wieder auf der Tagesordnung.

Als erste haben Buiter und Panigirtzoglou darauf hingewiesen, dass eine Besteuerung des Geldes ein möglicher Ausweg aus einer Liquiditätsfalle sein könnte. Goodfriend hebt hervor, dass sich die Besteuerung selbstverständlich auf die Reserven der Geschäftsbanken bei der Zentralbank ebenso wie auf das Bargeld beziehen müsse.²⁹ Er geht von der Möglichkeit unterschiedlicher Besteuerungssätze für die beiden Komponenten des Basisgeldes (syn. Zentralbankgeld) aus, wobei der Entwertungssatz für Bargeld in jedem Fall die Höchstgrenze darstellen würde.

Anhand der Vorschläge der drei letztgenannten Autoren lassen sich einige wesentliche Unterschiede zu dem System der Brakteaten und deren Rezeption durch freiwirtschaftliche Autoren festhalten: Die heutige Geldordnung hat eine Kreditwirtschaft zur Grundlage und das umlaufende Geld ist mithin als Kreditgeld anzusehen. Als solches ist es der Form nach hauptsächlich Giralgeld. Eine Beschränkung reformerischer Eingriffe auf das Bargeld würde somit am Wesen der Sache vorbeigehen. Diesem Umstand versuchen die Autoren neuerer Publikationen dadurch Rechnung zu tragen, dass sie die Geldsteuer nicht auf das Bargeld, sondern auf das Zentralbankgeld beziehen, und damit indirekt auch auf das Buchgeld bzw. Bankengeld. Da die Zentralbankgeldmenge jedoch nicht direkt von der Zentralbank, also angebotsseitig, gesteuert werden kann, ist eine Einflussnahme

nur über die Nachfrage nach Zentralbankgeld möglich. Um die Stabilität des Geldsystems zu gewährleisten, muss die Zentralbank den Geldbedarf der Geschäftsbanken und damit der Öffentlichkeit in beliebiger Höhe befriedigen. Lediglich den Preis (Zins), zu dem sie dies tut, kann sie steuern. Damit wird deutlich, dass in der modernen Kreditwirtschaft der wachsende Geldbedarf, der aus der zunehmenden wirtschaftlichen Tätigkeit erwächst, endogen befriedigt wird, das heißt, innerhalb des Systems, durch die Banken mit Giralgeld und (in letzter Instanz) durch die Zentralbank mit Zentralbankgeld.

Eine solche endogene Anpassung der Geldmenge an den Bedarf, wie er sich aus dem Prozess der wirtschaftlichen Expansion ergibt, konnte selbstverständlich in einer (noch dazu erst in der Entwicklung begriffenen) Geldwirtschaft nicht erfolgen. Für das Geldsystem im Hochmittelalter kam daher nur eine endogene Anpassung der Umlaufgeschwindigkeit und, soweit die Silberproduktion dies erlaubte, zusätzlich eine Ausweitung der Geldmenge infrage, um die nötigen Zahlungsmittel bereitzustellen. Wie oben gezeigt, erwiesen sich die Brakteaten dafür als ein durchaus geeignetes Geld.

Die Nachfragesteuerung heute ist allerdings nur solange eine mögliche Politik der Zentralbank, wie sie genügend Spielraum hat, den Preis der Kredite an die Geschäftsbanken zu senken, d.h. Anreize dafür zu schaffen, dass kreditfinanzierte Investitionen getätigt werden. Ist dieser Spielraum nicht mehr vorhanden, da die Zentralbank in ihrer Zinssenkungspolitik bereits die untere Grenze erreicht hat, die Realzinsen aber trotzdem positiv sind, da Deflation herrscht, so wird niemand Kredite nachfragen, sondern abwarten, anstatt zu investieren. Die Wirtschaft befindet sich in einer "Liquiditätsfalle". Genau an diesem Punkt setzt der aktuell unterbreitete Vorschlag an, negative Nominalzinsen auf das Basisgeld zu zahlen, das heißt, das Basisgeld faktisch zu besteuern. Das Zurückhalten von Geld durch Banken würde dann nicht mehr unbedingt einer Investition vorzuziehen sein; es würde dann möglicherweise in Form von Krediten schneller wieder in den gesamtwirtschaftlichen Geldkreislauf zurückfließen.

In diesem Vorschlag ist, bei genauerem Hinsehen, wiederum die Vorstellung der Möglichkeit eines monetär induzierten Wachstumsschubs zu erkennen, wie sie schon bei der freiwirtschaftlichen Interpretation des Brakteaten-Phänomens zu finden war. Im Gegensatz zu den mittelalterlichen Gelderneuerungen und zu Gesells Idee der Einführung einer Geldbesteuerung in Form von "Freigeld" stellt die Anwendung auf die Situation der Liquiditätsfalle jedoch keine ordnungspolitische Reform dar, sondern eine prozessbezogene geldpolitische Maßnahme, die lediglich vorübergehend ergriffen werden sollte.

Auch wenn das Problem der praktischen Umsetzung einer Transaktionssteuer des Geldes (carrying costs) bis jetzt noch nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte, so ist die praktische Relevanz einer Übertragung der Idee der Geldbesteuerung auf das heutige Geldsystem dennoch nicht von vornherein zurückzuweisen. Die Diskussion im Zusammenhang mit der Liquiditätsfalle hat dies unlängst bewiesen. Solange jedoch keine halbwegs sicheren Anhaltspunkte für eine dadurch induzierte positive Beeinflussung des Wirtschaftswachstums vorliegen, wird die Geldbesteuerung wohl eine (zentralbankpolitische) Notlösung für die Liquiditätsfalle bleiben – wenn nicht gar eine bloße Idee, die an sich "ganz gut" ist, nur aber den einen Fehler hat, nicht praktikabel zu sein.

Literatur

- Aquino, T. (1225-1274), *Ausgewählte Schriften*, hrsg. von Spann, O. (1923), Jena.
- Böhler, E. (1933), *Freigeld. Ein Weg aus der Krise?*, Aarau.
- Buiter, W. H./Panigirtzoglou, N. (1999), *Liquidity Traps: How to Avoid Them and How to Escape Them*, NBER Working Paper 7245, Cambridge, MA.
- Cipolla, C./Borchardt, K. (1983), *Europäische Wirtschaftsgeschichte Bd.1*, Stuttgart.
- Derschka, H. (2000), Rezension zur Neuauflage von Karl Walker, *Das Geld in der Geschichte, und zu Bernard Lietaer, Mysterium Geld*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 37. Jg. (2000), 127. Folge, S. 42-47.
- Fisher, I. (1937) *Feste Währung*, Leipzig.
- Gebauer, W. (2001), *Staatliche Währungsordnung*, Frankfurt (Vorlesungstext).
- Gesell, S. (1916), *Die natürliche Wirtschaftsordnung*, Nürnberg 1949.
- Goodfriend, M. (2000), *Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy*, August 2000, Federal Reserve Bank of Richmond.
- *Handbuch Wirtschaftsgeschichte* (1981), Berlin.
- Kaemmel, E. (1966), *Finanzgeschichte*, Berlin.
- Lietaer, B. (2000), *Mysterium Geld*, München.

- Martin, P. (2000), Das Brakteaten-Märchen der Freiwirte, <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/kritik/brakteatmaer.html>
- North, M. (1994), Das Geld und seine Geschichte, München.
- Oresmius, N. (1325-1382), Traktat über Geldabwertungen, Jena 1937.
- Reinfeld, F. (1955), Der Münzkenner, Stuttgart.
- Schirmer, D. (1990), Anmerkungen zum Problem des Zinsnehmens, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 27. Jg. (1990) 86. Folge, S. 21-28.
- Sieber, H. (1940), Eine kritische Würdigung der Freigeldlehre, Bern.
- Siemer, E. (2000), Replik auf das "Brakteaten-Märchen" von Dr. Paul C. Martin, <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/kritik/replik.htm>
- Suhle, A. (1968), Deutsche Münz- und Geldgeschichte von den Anfängen bis zum 15. Jahrhundert, Berlin (3. Aufl.).
- Walker, K. (1959), Das Geld in der Geschichte, Nürnberg.
- Weitkamp, H. (1986), Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens, Lindenberg.
- 12 Der Gewinn aus der Geldemission wird in diversen Aufsätzen zum Thema Gelderneuerung mit dem Begriff "Schlagschatz" umschrieben, der aber beide Komponenten vermengt und auch im Zusammenhang mit der Geldentwertung benutzt wird. Um eine Verwirrung der verschiedenen Konzepte zu vermeiden, wurde hier den in der ökonomischen Theorie gängigen Definitionen gefolgt.
- 13 Die Geldsteuer wurde somit offensichtlich erst am Ende der Periode fällig (bei Umtausch) und nicht kontinuierlich, wie von einigen Autoren behauptet (siehe z.B. Fisher 1937, Weitkamp 1986). Dies scheint um so plausibler, als der Zeitpunkt der Gelderneuerung nicht im Vorhinein mit Sicherheit bekannt war. Die stetige Antizipation einer Besteuerung scheint daher eher eine Idealvorstellung à la Gesell denn ein tatsächliches Charakteristikum des mittelalterlichen Geldsystems gewesen zu sein.
- 14 Suhle 1968, S. 86
- 15 Walker 1959, S. 34
- 16 Diesen Umstand gestehen auch die Geldreformer zu, sehen ihn aber erst als Späterscheinung und eher als einen Grund für den Untergang des Systems an (vgl. Walker 1959; s. auch Lietaer 2000).
- 17 Der französische König Philipp IV. (1285-1314) gilt als der erste Herrscher, der Münzen nicht nur erneuert, sondern gleichzeitig verschlechtert hat.
- 18 Dieser Grund besteht auch heute noch und bildet z.B. die Grundlage für das periodische Auswechseln von Notenserien der Zentralbanken, die jeweils andere Merkmale tragen und (vermeintlich) immer sicherer werden.
- 19 Vgl. Kaemmel 1966, S. 128f; Handbuch Wirtschaftsgeschichte 1981, S. 494f.
- 20 Vgl. z.B. Lietaer Kap. 5; Weitkamp 1986; Walker, S. 35ff.
- 21 Walker, S. 35.
- 22 Dabei wird unterstellt, dass sich längerfristig die Verteilung des Gesamteinkommens zugunsten der Arbeit und zulasten des Kapitals verschieben würde.
- 23 Lietaer (2000), S. 174f.
- 24 Vgl. z.B. Thomas von Aquino; Schirmer 1990, S. 21ff.
- 25 Gesell (1916), Die Natürliche Wirtschaftsordnung.
- 26 Das gilt auch für die Rezeption des Mittelalters durch Autoren dieser Lehre.
- 27 Eine Ausnahme hiervon stellen selbstverständlich jene Kreise dar, die sich seit dem Wirken Gesells unablässig mit der Auslegung, Verbesserung und Umsetzung seiner Ideen auseinander gesetzt haben.
- 28 Z.B. in China (1998, 1999) und in Japan (1999-2001).
- 29 Der Mechanismus der Kostenweitergabe würde dafür sorgen, dass auch private Sichteinlagen der Geldsteuer unterworfen würden, und zwar durch eine negative Verzinsung derselben durch die Banken.

Anmerkungen

- 1 Vgl. North 1994, S. 10ff.
- 2 Autoren aus dem Kreis der Geldreformer setzen die Entstehung der Brakteatenwährung dagegen auf das 2. Jahrhundert an, da sie die Ursprünge derselben in den griechischen Schmuckbrakteaten sehen (siehe hierzu z.B. Siemer 2000).
- 3 Vgl. Suhle 1969, S. 82ff.
- 4 Im Einzelnen gehörten hierzu der nord- und ostdeutsche Raum zwischen Weser, Nord- und Ostsee, Thüringen, Harz (mit Magdeburg), der Mark Brandenburg und Meißen sowie der südwestdeutsche Raum vom Main über Schwaben, Württemberg und das Bodenseegebiet bis nach Basel, Bern, St. Gallen (Siemer 2000). Im Gegensatz hierzu blieb im Westen Deutschlands und im Südsten der zweiseitige Pfennig bestehen.
- 5 Suhle, a.a.o., S. 87.
- 6 Vgl. ebenda, S. 89.
- 7 Vgl. Suhle 1968, S. 87; Walker 1959, S. 32. Bei der Würdigung dieser Tatsache gilt es zu berücksichtigen, dass der Zeitraum, der zwischen den Gelderneuerungen lag, nicht einheitlich war. Er konnte mehrere Jahre, aber ebenso auch nur einige Monate betragen, so dass der absolute Betrag der "Geldsteuer" erheblichen Schwankungen unterworfen war.
- 8 Im Fernhandel waren zusätzlich zu den Denaren nur Handelsmünzen (sogenannte Münzmark) oder Metallbarren gültig, d.h. der Metallwert maßgeblich (vgl. Siemer 2000).
- 9 Ein Beispiel hierfür ist die Pest 1348/50 (vgl. Cipolla/Borchardt 1983).
- 10 Für eine detaillierte Darstellung der Charakteristika derselben siehe Gebauer (2001, S.17ff).
- 11 Vgl. Siemer 2000, S.10.

Wirtschaftskriminalität und Korruption

"Aufgrund von Wirtschaftskriminalität und Korruption entsteht allein in Deutschland jährlich ein Schaden in Höhe von schätzungsweise rund 150 Milliarden Euro. Zur professionellen Steuerhinterziehung (jährlich mehr als 70 Mrd. Euro) kommen der Subventions-, Ausschreibungs-, Kredit- und Versicherungsbetrug sowie der Kapitalanlagebetrug. ... Die Baubranche ist führend, die Abfallwirtschaft liegt fast gleichauf. Hinzukommen Pharma- und andere Unternehmen."

Prof. Dr. Hans See, Wenn Unternehmen die politische Landschaft pflegen, in: Publik-Forum Nr. 7/2002, S. 18-20. | www.wirtschaftsverbrechen.de

Dirk Löhr:

Die Freiwirtschaftstheorie als Theorie der sozialen Asymmetrie – die Gesell'sche Lehre im Lichte des Realloptionsansatzes

1. Einleitung

Der nachfolgende Aufsatz bezweckt, eine Diskussion anzustoßen. Einige Aspekte der Gesell'schen Theorie können m.E. fruchtbar weiterentwickelt werden, wenn man auf die neueren Entwicklungen in den Wirtschaftswissenschaften blickt. Dies soll hier mit dem Realloptionsansatz versucht werden: Die Freiwirtschaftstheorie, so die hier aufgestellte These, kann als eine Theorie struktureller Realloptionen interpretiert werden. Ich bitte die Leser darum, zunächst die Logik der nachfolgenden Gedanken zu widerlegen. Die Empirie sollte folgen. An den von mir zum Beleg gelieferten Daten mag man sich stoßen; sie sind nur zur Illustration gedacht. Die Parametersensitivität der vorgestellten Verfahren ist nämlich außerordentlich hoch. Es wird nicht schwer fallen, über eine andere Datenaufbereitung zu anderen Ergebnissen zu kommen. Nur auf Grundlage einer fundierten Theorie lassen sich daher die adäquaten empirischen Prüfverfahren entwickeln, um die vorgestellte Theorie zu falsifizieren.

Im folgenden soll zunächst die grundsätzliche Idee der Realloptionen erläutert werden. Sodann werden die Gesell'schen "Urmonopole" Geld und Boden als strukturelle Realloptionen mit potentiell unendlicher Laufzeit und der Urzins bzw. die Liquiditätsprämie als Optionsprämie interpretiert. Sodann wird gezeigt, dass die Gesell'sche Umlaufsicherungsgebühr als Dividende im Optionsmodell verstanden werden kann. Aus dem Optionsansatz geht aber hervor, dass in dieselbe Richtung wie die Geldumlaufsicherungsgebühr auch der Wettbewerb (z.B. durch Laissez-faire-banking bzw. Komplementärwährungen und Geldsubstitute) wirken kann. Abschließend wird noch auf andere strukturelle Realloptionen eingegangen, die aber angesichts unterschiedlicher insti-

tutioneller Voraussetzungen einer anderen Behandlung als Geld und Boden bedürfen.

2. Die Freiwirtschaftstheorie als eine Theorie struktureller Realloptionen

2.1. Zum Vorverständnis: Grundsätzliches zu Finanzoptionen und Realloptionen

Unter Optionen versteht man allgemein Kontrakte, die das Recht, aber nicht die Pflicht beinhalten, Rechte an Vermögensgegenständen (Underlyings) innerhalb eines bestimmten Zeitraumes (amerikanische Option) oder zu einem bestimmten Zeitpunkt (europäische Option) zu einem festgelegten Preis (Basispreis) zu kaufen (Kaufoption bzw. Call-Option) oder zu verkaufen (Verkaufsoption bzw. Put-Option)¹. Um das betreffende Recht zu erwerben, muss der Käufer im Allgemeinen einen Preis bezahlen, nämlich den Optionspreis. Dadurch, dass der Käufer der Option das Recht, aber nicht die Pflicht zur betreffenden Transaktion besitzt, entsteht eine asymmetrische Chance-/Risikostruktur²: Verzichtet der Käufer auf die Ausübung der Option, verliert er die Optionsprämie – der Verlust ist jedoch auf diese beschränkt und damit kalkulierbar. Dem begrenzten Verlustrisiko stehen auf der anderen Seite theoretisch unbegrenzte Gewinnchancen gegenüber.

Eine Call-Option befindet sich "im Geld", wenn der Marktpreis des Rechts, auf das sich die Option bezieht ("Underlying" E), höher als der Bezugspreis I ist (bei einer Put-Option muss der Basispreis hingegen höher sein als der Marktpreis des Basisobjektes). Im umgekehrten Falle befindet sich die Option "aus dem Geld". Entspricht der Marktpreis des Rechtes genau dem Bezugspreis, ist die Option "am Geld".

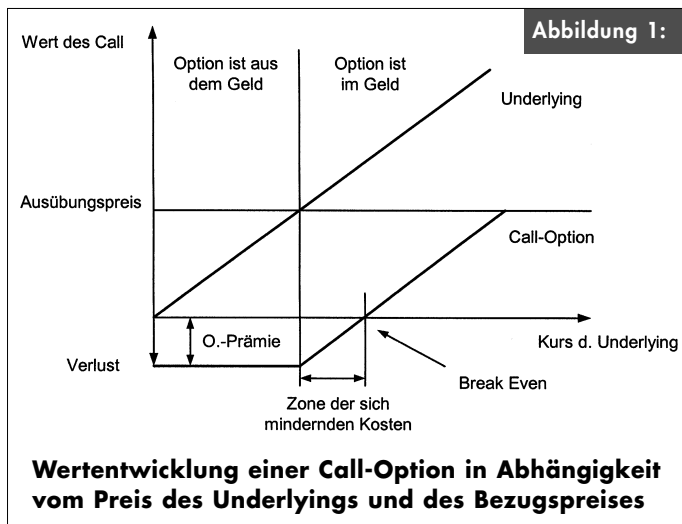
Die Kontrakte werden zwischen zwei Parteien abgeschlossen, so dass es bei Finanzoptionen immer einen Käufer der Option und einen Verkäufer gibt. Letzterer wird auch als "Stillhalter" bezeichnet, weil sein Verhalten von demjenigen des Käufers abhängt. Der Stillhalter ist also verpflichtet, auf die Entscheidungen des Options-Käufers in vereinbarter Form zu reagieren.

Die Idee, die Optionspreistheorie auf andere Anwendungsgebiete zur Bewertung von strategischen oder operativen Wahlmöglichkeiten zu übertragen, wurde im Jahre 1984 von Myers begründet³. Die betreffenden Optionen werden gemeinhin als "Realloptionen" oder "Flexibilitätsoptionen" bezeichnet⁴. Allgemein gesprochen, handelt es sich bei Realloptionen um zukünftige reale Investitions- oder Desinvestitionsmöglichkeiten⁵, die in mehrere Entscheidungsstufen zerfallen. Im einfachsten Fall liegt (im Falle einer Call-Option) eine als Optionsprämienzahlung zu verstehende Erstinvestition und eine als Ausübungspreiszahlung zu interpretierende Folgeinvestition oder eine -desinvestition vor, wobei die Laufzeit der Handlungsmöglichkeit begrenzt ist. Nicht anders als bei Finanzoptionen werden auch im Realloptionsansatz Call- und Put-Optionen unterschieden.

2.2. Bewertung von Realloptionen

Für die Bewertung von Optionen gibt es eine Vielzahl von Lösungsansätzen. Im Mittelpunkt für die Bewertung von Realloptionen stehen das Binomialmodell und das Modell von Black/Scholes. Dabei hat das Modell von Black/Scholes viel strengere Voraussetzungen als das Binomialmodell. Zudem lässt es sich schwerer auf individuelle Gegebenheiten anpassen. Andererseits ist das Black/Scholes-Modell leichter anwendbar als das Binomialmodell.

Die wertbestimmenden Parameter bei der Optionsbewertung sind:



- der Wert des zugrundeliegenden Vermögensgegenstandes E . Je höher der Wert des Underlying, um so höher der Wert der Option.
- der Ausübungspreis I der Option. Je geringer der vereinbarte Ausübungspreis für das Objekt ist, um so höher der Wert der Option.

Die Differenz zwischen E und I wird auch der "innere Wert der Option" genannt. Der innere Wert der Option entspricht dem herkömmlichen Kapitalwertkriterium.

Der äußere Wert der Option ergibt sich hingegen aus

- der Restlaufzeit der Option τ . Laufzeit ist Chancenzzeit. Je länger die Laufzeit, um so länger die Möglichkeit, dass sich das Investment positiv entwickelt, die Option also "ins Geld" kommt.
- dem risikofreien Zins r . Je höher der Zinssatz, umso höher ist der Vorteil einzuschätzen, der daraus resultiert, dass die Option eben noch nicht ausgeübt wurde. Der noch nicht in das Underlying investierte Geldbetrag kann nämlich zum Satz r angelegt werden.
- der Volatilität des Underlying σ . Unsicherheit bringt aufgrund der asymmetrischen Risikostruktur kaum ein Risiko, sondern nur Chancen mit sich! Je unsicherer die Welt, umso höher die Preisausschläge des Underlying, um so höher auch die Wahrscheinlichkeit, in den positiven Bereich zu kommen. Das Verlustrisiko ist hingegen auf die Risikoprämie begrenzt. Je größer

die Unsicherheit, umso höher ist daher der Optionswert.

- der Dividende δ . Die Dividenden fließen den augenblicklichen Eigentümern des Basisobjektes und nicht dem Inhaber der (noch nicht ausgeübten Option) zu. Je höher die Dividende, umso geringer der äußere Wert der Option.

3. Die "Urmonopole" Geld und Boden als strukturelle Realloptionen

3.1. Die Liquiditätsprämie und der äußere Wert der Option

Keynes belegte nicht nur das Geld, sondern auch den Boden mit einer Liquiditätsprämie⁶. Wenngleich dies manchem Freiwirt seltsam vorkommen mag, hatten offensichtlich für Keynes beide Vermögensgegenstände einige Gemeinsamkeiten. Tatsächlich können sowohl Geld und Boden (wie in den folgenden Abschnitten ausführlicher dargestellt) jeweils als (weitgehend) exklusive Realloptionen mit potentiell unendlicher Laufzeit interpretiert werden:

- Der Geldbesitzer hat die Chance, aber nicht die Verpflichtung, günstige Investments (oder Konsumgüterkäufe) einzugehen, wenn er entsprechend liquide ist. Stellt sich die Situation nicht gut genug für ihn dar, wartet er hingegen mit dem Kauf oder der Investition ab. Das Geld bleibt dann als "idle money" in den "Horten" (Spekulationskasse).

- Der Bodeneigentümer kann den Boden bebauen, wenn sich die Situation auf dem Immobilienmarkt (oder in seinem Unternehmen) als entsprechend günstig erweist, er also entsprechend hohe Renditen realisieren kann. Solange dies noch nicht der Fall ist, wartet er jedoch ab. Das Land bleibt solange ungenutzt.

Der äußere Wert der Optionen Geld und Boden ist gleichermaßen hoch, da die Dividende sowohl bei Geld und beim Boden begrenzt ist. Der Grund hierfür ist a) der weitgehend exklusive Charakter und b) die potentiell unbegrenzte Laufzeit der Option.

Ad a) Zum exklusiven Charakter der Realloptionen Geld und Boden

Wären die Optionen nicht exklusiv, könnten an-

dere Wirtschaftsteilnehmer die Gelegenheiten wahrnehmen, während der Optionsinhaber abwartet. Ihm entstünden durch seinen Attentismus Opportunitätskosten, da ihm die betreffenden Erträge entgingen. Diese konkurrenzbedingten Opportunitätskosten wären somit im Optionspreismodell als Dividenden zu modellieren, die den Optionswert schmälern. Tatsächlich handelt es sich bei Geld und Boden aber um weitgehend exklusive Optionen, die innerhalb der Freiwirtschaftsbewegung nicht ganz korrekt als "Urmonopole" bezeichnet werden. Die Bezeichnung wäre dann korrekt, wenn es für Geld und Boden keine Wettbewerber gäbe. Allerdings räumte Gesell selber ein, dass

- als Wettbewerber des Geldes die Natural- und Tauschwirtschaft (die wegen des technischen Fortschrittes sinkende Transaktionskosten aufweist und dadurch vergleichsweise günstiger wird) oder der Wechsel⁷ einspringen können.

- Auch beim Boden ein gewisser Wettbewerb mit der augenblicklich genutzten Fläche möglich ist, zumal zusätzliche Flächen mobilisiert oder ausgewiesen werden können bzw. eine intensivere Nutzung der vorhandenen Flächen möglich ist (Freiland⁸).

Somit handelt es sich bei Geld und Boden um keine vollkommenen Monopole. Um ein Urteil darüber zu fällen, wie hoch im Einzelfall die Substitutionskonkurrenz ist, bedarf es eines Blickes auf die Institutionen (so auch Keynes⁹). Die Charakterisierung als "Monopol" ist andererseits insoweit zielführend, als bei einer Modellierung nicht von einem vollkommenen Wettbewerbsmarkt ausgegangen werden darf. Auch Keynes meinte, dass "Land dem Geld insofern gleicht, als ihre Elastizitäten der Erzeugung und des Ersatzes sehr niedrig sein können"¹⁰, ein Wettbewerb durch neu erzeugte oder vorhandene Güter also allenfalls eingeschränkt funktioniert.

Ad b) Zur potenziell unbegrenzten Laufzeit der Realloptionen Geld und Boden

Geld und Boden sind potenziell unvergänglich. Es gibt grundsätzlich keinerlei soziale Institution, welche die Eigentumsrechte an den betreffenden Medien zeitlich begrenzt. Bei unendlicher Laufzeit kann die Berechnung des

Optionswertes mit Hilfe einer Euler'schen Differentialgleichung stattfinden¹¹. Diese ist aufgrund der unbegrenzten Laufzeit nicht von τ abhängig. Nach Vereinfachungen und Umformungen erhält man folgende Formel für die Call-Option amerikanischen Typs¹²:

$$V_{T,\delta} = \left(\frac{1}{\varepsilon - 1}\right) \cdot I \cdot \left[\left(\frac{\varepsilon - 1}{\varepsilon}\right) \cdot \left(\frac{E}{I}\right)\right]^\varepsilon \quad (1)$$

Dabei ergibt sich ε als Lösung einer quadratischen Gleichung¹³, die zwei Lösungen aufweisen kann, von denen aber nur die positive relevant ist. ε kann nach folgender Formel berechnet werden:

$$\varepsilon = \frac{1}{2} - \frac{r - \delta}{\sigma_E^2} + \sqrt{\left(\frac{r - \delta}{\sigma_E^2} - \frac{1}{2}\right)^2 + 2 \frac{r}{\sigma_E^2}}, \quad (2)$$

wobei sich δ im Realloptionsansatz aus der risikoangepassten Gleichgewichtsrendite des Investitionsprojekts abzüglich der erwarteten Wachstumsrate des Projektwertes ergibt. Im Modell wird oft unterstellt, dass die Basisvariable E einer geometrischen Brown'schen Bewegung folgt, was aber im vorliegenden Diskussionszusammenhang unerheblich ist (da später der innere Wert der Option auf Null gesetzt wird).

Die endgültige Aufgabe von Geld oder Boden kann nun als das Eingehen einer zeitlich unbefristeten Quasi-Stillhalterposition (Verkauf der Realloption) begriffen werden. Die Quasi-Stillhalterposition entsteht deswegen, weil der Verkäufer der Kaufoption die sich bietenden Marktchancen nicht mehr nutzen kann. Er begibt sich damit in Gefahr, dass ihm Gewinne entgehen, nimmt also mögliche Opportunitätskosten in Kauf. Diese Opportunitätskosten sind potentiell unbeschränkt und genauso entscheidungsrelevant wie "tatsächliche" Kosten. Zu einem Verkauf der Option kommt es daher nur dann, wenn der Stillhalter für dieses Risiko durch eine entsprechend hohe Optionsprämie kompensiert wird. Diese Optionsprämie ist nichts anderes als der "Urzins" bei Gesell¹⁴, die "Liquiditätsprämie" bei Keynes¹⁵ oder der "Joker-Vorteil" bei Suhr¹⁶.

Daneben existieren auch befristete Stillhalterpositionen. Hierbei geht der Stillhalter das Risiko nur zeitlich befristet ein. Beim Geld ist dies bei der Kreditvergabe der Fall. Charakteristisch ist, dass kein Eigentümerwechsel stattfindet; der Kreditgeber bekommt bei Ablauf des Kreditvertrages sein Geld zurück. Befristete Stillhalterpositionen sind nicht nach der o.a. Formel zu bewerten, sondern wie zeitlich befristete europäische Optionen mit Dividende¹⁷:

$$V_{T,\delta} = I e^{-\delta \tau} N(b_1) - E e^{-r \tau} N(b_2) \quad (3)$$

$$b_1 = \frac{\ln(I/E) + (r - \delta + \sigma^2/2) \tau}{\sigma \sqrt{\tau}} \quad (4)$$

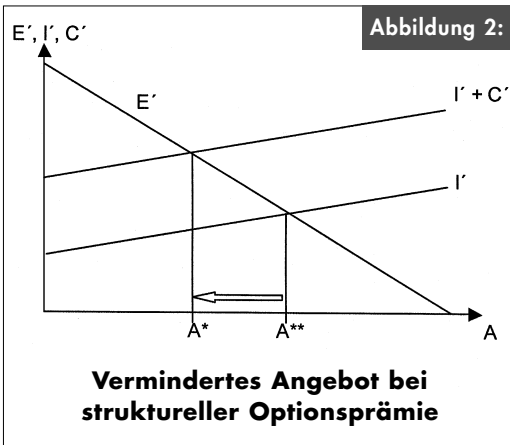
$$b_2 = b_1 - \sigma \sqrt{\tau} \quad (5)$$

In der vorliegenden Formel wurde eine einmalige diskrete Dividendenzahlung unterstellt. Da das Stillhalterisiko zeitlich begrenzt ist, liegt die Optionsprämie bei einer zeitlich befristeten Stillhalterposition unterhalb der Optionsprämie bei einer zeitlich unbegrenzten Stillhalterposition. Auf diese Weise lässt sich die Zinsstrukturkurve erklären.

3.2. Kein Allokationsoptimum bei struktureller Optionsprämie

Mikroökonomien erwarten, dass der Marktprozess zu einem Allokationsoptimum führt. Dieses wird immer dann erreicht, wenn alle Tauschmöglichkeiten und Tauschgewinne ausgeschöpft sind. Bestehen umgekehrt noch unausgeschöpfte Tauschgewinne, ist das Maximum an Effizienz noch nicht erreicht. Solange nun (weitgehend) exklusive Optionen mit unbegrenzter Laufzeit bestehen, können die vorhandenen Tauschmöglichkeiten unmöglich ausgeschöpft werden. Zur Erläuterung diene Abbildung 2. Der Investitionsprozess, interpretiert als Tauschvorgang, kommt aufgrund der strukturell positiven Optionsprämie schon vorzeitig, nämlich schon bei A^* zum Stehen. Die Grenzkosten I' des Investors (dem Käufer der Option) sind nämlich um die zu zah-

lende strukturelle Optionsprämie C' erhöht (also um den "äußeren Optionswert"). Unabhängig von der unterstellten Marktform verringert sich dadurch das Angebot¹⁸. Weitere Tauschgewinne können nicht mehr gezogen werden, wenn die Grenzerlöse E' mit den Grenzkosten der Optionsausübung übereinstimmen, die aber durch die strukturelle Optionsprämie um C' auf $(I' + C')$ erhöht sind. Eine weitere Erhöhung des Angebotes (rechts von A^*) würde implizieren, dass die Optionsprämie C' (hier: identisch mit dem äußeren Optionswert) nicht mehr entrichtet werden kann. Kann aber die geforderte Kompensationszahlung an den "Quasi-Stillhalter" nicht mehr geleistet werden, unterbleibt der Tausch. Der Inhaber der Option ist dann nicht bereit, diese aufzugeben.



Exklusive Optionen mit unendlicher Laufzeit bewirken permanente und hohe Optionsprämien und verhindern so dauerhaft das Erreichen eines Allokationsoptimums, da niemals alle noch vorhandenen Tauschmöglichkeiten ausgeschöpft werden können (s. auch die Ausführungen in Kap. 4.2.d). Das mögliche Angebot A^{**} kann daher nicht erreicht werden; die Wirtschaftstätigkeit bleibt unterhalb ihres Potenzials.

Wirtschaftsordnungspolitisch ergibt sich daraus die Notwendigkeit, dass überall dort, wo exklusive Realoptionen mit unendlich langer Laufzeit festgestellt werden, das zu erwartende Marktversagen durch regulative Eingriffe behoben werden muss. Zu nennen wären neben Geld

und Boden auch bestimmte endliche Rohstoffe oder Wasservorkommen¹⁹.

3.3. Die Rolle der Dividende

Der Dividende kommt bei der Interpretation der Freiwirtschaftstheorie im Rahmen des Optionsansatzes eine Schlüsselrolle zu. Die Regulierungsnotwendigkeit besteht darin, die Dividende auf die strukturelle Realoption so hoch zu setzen, dass der äußere Wert der Option C' verschwindet. Dies kann grundsätzlich auf zweierlei Art und Weise geschehen:

- Durch eine Abgabe auf den Periodennutzen der Option in einer entsprechenden Höhe. Auf nichts anderes laufen die Geldumlaufsicherungsgebühr oder bestimmte Vorschläge einer Bodenwertsteuer hinaus.
- Durch die Entwertung des Vorteils durch Wettbewerb. Während die vorzeitige Ausübung einer exklusiven Option u.U. eine unnötige Vergeudung ihres Zeitwertes ist, muss in Wettbewerbssituationen die Option i.d.R. vor Ablauf ausgeübt werden, damit die Konkurrenten nicht die günstigen Gelegenheiten "vor der Nase wegschnappen"²⁰. (mehrere Währungen, konkurrierende Währungen).

Beide Möglichkeiten können grundsätzlich auch kombiniert werden. Eine geringere Abgabe mag ausreichen, um den äußeren Optionswert zu neutralisieren, wenn der Wettbewerb hoch genug ist und umgekehrt. An dieser Stelle ergibt sich m.E. die Notwendigkeit des Überdenkens bzw. Öffnen des traditionellen freiwirtschaftlichen Ansatzes.

4. Geld und Boden als Realoption

4.1. Geld als die originär bewertete Realoption

a) Anwendung der Optionspreistheorie

Im umgangssprachlichen Gebrauch wird Option i.S.v. "Möglichkeit", "Gelegenheit" gebraucht. Eine Kaufoption ist dementsprechend die Möglichkeit, einen bestimmten Gegenstand zu kaufen. Der "Geldbesitzer" kann als Inhaber einer universalen Kaufoption gesehen werden (daher der Begriff des "Joker-Vorteils" bei Suhr²¹). Hat ein Wirtschaftssubjekt nämlich ausreichend Cash,

kann es alle sich in der Wirtschaft bietenden günstigen Kaufmöglichkeiten wahrnehmen. Günstige Kaufmöglichkeiten sind durch eine entsprechend hohe Differenz zwischen dem Bruttoprojektwert E (der sich aus dem zukünftigen Nutzen ergibt) und dem Ausübungspreis I (also dem Kaufpreis bzw. der Investitionssumme) charakterisiert. Wir gehen nachfolgend davon aus, dass die betreffenden Möglichkeiten nicht im Konsumsektor, sondern im Investitions- und Finanzanlagebereich gesucht werden.

Der Inhaber des Geldes hat ein asymmetrische Risikoposition inne: Günstige Kaufgelegenheiten ($E' - I' > C'$) kann er (sofort) realisieren. Bei ungünstigen Kaufgelegenheiten verliert der Geldinhaber nichts. Er wartet einfach ab und "parkt" sein Geld kurzfristig liquidierbar. Gesell: Der Geldbesitzer "kann den Tausch, wenn er will, mit seinem Gelde sofort vermitteln, er kann den Tausch aber auch verzögern, verschleppen, unterbinden, einfach verbieten, denn sein Geld lässt ihm ja die Freiheit, den Zeitpunkt für die Vermittlung des Tausches auszuwählen."²² Die Laufzeit dieser Warteoption ist grundsätzlich unbegrenzt. Unsicherheit ist für den Inhaber der Liquiditätsposition kein Risiko, sondern nur eine Chance.

Geld ist nun die originäre Realloption. Der Grund für das Attribut "originär" ist, dass der Zinssatz (des Bargeldes) mit Null in das Optionsmodell eingehen muss. Der Zinssatz wirkt sich nämlich in den Optionsmodellen deswegen werterhöhend aus, weil der Inhaber der Option von Wertschwankungen des Basisobjektes profitieren kann, ohne in das Basisobjekt investiert zu haben (daher der Begriff des "Derivats"). Statt dessen kann er das "gesparte" Geld bis zur Ausübung der Option anderweitig nutzen (also zins tragend anlegen) bzw. kann bis zur Ausübung der Option auf eine Kreditaufnahme verzichten.

Nun unterscheidet sich die Position der Call-Option "Geld" von derjenigen anderer Call-Optionen dadurch, dass ihr Inhaber gerade in Geld investiert ist. Im Gegensatz zu anderen Optionen kann er daher sein Geld eben nicht anderweitig nutzen, so dass der Ansatz des Zinses als "Opportunitätsersatz" keinen Sinn ergibt. Dementsprechend muss der Zinssatz mit dem Wert Null

in das Bewertungsmodell eingehen. Dies wiederum ermöglicht methodisch die originäre Erklärung des Geldzinssatzes aus dem Optionsmodell heraus (Optionsprämie).

Schwierig ist die richtige Berechnung der Dividende. Als Opportunitätskosten sind

- die säkulare Inflationsrate anzusetzen. Die historische Inflationsrate kann relativ problemlos identifiziert werden (wenn man davon absieht, welcher Index sinnvoller weise heranzuziehen ist).
- Ebenso sind die Nachteile anzusetzen, die sich durch die Verwendung von Geldsubstituten ergeben (Wettbewerbseffekte). Wenn Tauschgewinne nicht durch das (gehortete) Geld, sondern durch Wettbewerber des Geldes realisiert werden, entgehen dem Geldhalter Gewinne. Die Quantifizierung dieser Effekte dürfte zusammen mit der Bestimmung der Volatilität eines der größten Probleme für eine empirische Fundierung der vorgestellten Theorie sein.

Um das Modell mit Zahlen zu unterlegen, bedienen wir uns empirischer Daten für die Bundesrepublik Deutschland. Als Indikator für das Vermögensrisiko ziehen wir die Entwicklung der Zinssätze während des 10-Jahreszeitraumes 1991 bis 2001 heran²³. Der Einwand des Zirkelschlusses (die Zinshöhe wird durch den Zins erklärt) zieht deswegen nicht, weil nicht die Höhe, sondern lediglich die Schwankungen des Zinssatzes als Indikator für die Volatilität des Marktgeschehens verwendet werden. Im Marktzinssatz sind nämlich die unterschiedlichsten wirtschaftlichen und politischen Einflussgrößen verarbeitet. Der Zins schwankte während des betrachteten Zeitraumes um einen Mittelwert von 6 % mit einer Standardabweichung σ_E von 23,80 %. Die Inflationsrate betrug während des betrachteten Zeitraums durchschnittlich 2,09 % p.a.²⁴.

Der Wert des Underlying E und der Ausübungspreis I werden gleich gesetzt, damit der innere Wert der Option Null ist und sich das Ergebnis nur auf den äußeren Optionswert bezieht. Damit erübrigen sich auch Annahmen darüber, ob eine geometrische Brown'sche Bewegung oder eine deterministische Bestimmung der betreffenden Einflussgrößen zugrundegelegt werden soll. Setzt man die betreffenden Daten in das Modell ein, so ergibt sich ein Optionswert von über 30 %

(bezogen auf den Bruttoprojektwert E). Dieser Optionswert ist offensichtlich viel höher als die Liquiditätsprämie, die wir entsprechend der Keynes'schen Annahme bei einer Höhe von vielleicht 2,5 % vermuten würden²⁵. Die vorgestellte Theorie ist damit jedoch keinesfalls falsifiziert, da es sich bislang um ein Modell für exklusive Optionen handelte, also in die betreffende Berechnung keine Wettbewerbseffekte eingingen. Schon Gesell erkannte, dass ohne die Korrekturmechanismen des Wettbewerbs der Zinssatz viel höher sein müsste als der tatsächlich feststellbare Zinssatz. Um auf den von Keynes geschätzten Wert für die Liquiditätsprämie zu kommen, muss die Dividende auf ca. 40 % erhöht werden. Dies lässt den Schluss zu, dass die o.a. Geldsubstitute (der Wettbewerb) in recht viel höherem Masse begrenzend auf die Höhe der Liquiditätsprämie wirken als die säkular feststellbare Inflation. Selbstredend sollten die hier überschlägig vorgenommenen Berechnungen durch die Kapitalmarktforschung eingehend überprüft werden.

b) Kauf von Waren und Dienstleistungen: Ausübung bzw. Verkauf der Option

Kommt es nun zum Tausch Geld gegen Ware, so kann dies im Optionsansatz auf zweierlei Art interpretiert werden:

- Der Geldinhaber verkauft eine Kaufoption. Er begibt sich damit in eine Quasi-Stillhalterposition für eine Kaufoption mit unendlicher Laufzeit (Gleichung 1). Voraussetzung hierfür ist, dass er die geforderte Optionsprämie vergütet bekommt.
- Alternativ kann man den Kauf als Ausübung der Option (zum Ausübungspreis I) interpretieren. Anders als in der ersten Interpretation wird hier berücksichtigt, dass die Optionsprämie verloren geht. Da $E - I$ mindestens den Verlust der Optionsprämie kompensieren muss, ergibt sich vom Ergebnis aber kein Unterschied zur obigen Interpretation.

In beiden Fällen wäre für die Bestimmung der Optionsprämie Gleichung 1 (unendliche Laufzeit) heranzuziehen. Beide Betrachtungen korrespondieren übrigens mit der Erkenntnis Gesells und Proudhons, dass sich der "Mehrwert" im Tausch realisiert²⁶.

c) Kreditvergabe: Temporäre Stillhalterposition

Kommt es zur Kreditvergabe (hierzu wollen wir

auch den "Kauf" von Sicht-, Termin- oder Sparanlagen zählen), so begibt sich der Geldbesitzer nur temporär in eine Stillhalterposition. Die zu fordernde Optionsprämie berechnet sich daher (weil keine unendliche Laufzeit vorliegt) nicht nach Gleichung 1; vielmehr ist ein Modell für eine Option mit begrenzter Laufzeit und Dividendenzahlung heranzuziehen (wie z.B. in Gleichung 3). Je nach verwendetem Modell gelangt man hierbei zu unterschiedlichen Ergebnissen. Gemeinsam ist den Ergebnissen jedoch, dass

- c.p. die Optionsprämien kleiner sind als die oben unter Zugrundelegung einer unendlichen Laufzeit errechneten und
- maximal die Optionsprämie erreicht wird, die bei unendlicher Laufzeit zustande kommt.

Man gelangt auf diese Weise also zu einer weiteren Art und Weise der Erklärung der Zinsstrukturkurve: Je länger die Laufzeit des Kredits, umso höher ist das Risiko des Quasi-Stillhalters. Da die Kreditlaufzeit i.d.R. begrenzt ist, ist die Optionsprämie bei Kreditvergabe regelmäßig kleiner als beim Tausch (und beim Erwerb von Unternehmensanteilen).

4.2. Boden als die derivative Realloption

a) Grund und Boden als Option

Auch Grund und Boden kann als eine Realloption betrachtet werden. Die optionalen Eigenschaften eines unbebauten Grundstücks (hier: baureifes Land) ergeben sich dadurch, dass man mit dem Eigentum an diesem i.d.R. das Recht, aber nicht die Pflicht erwirbt, es wie im Bebauungsplan vorgesehen durch Bebauung zu nutzen (Call-Option)²⁷.

Grund und Boden kann als Warteoption (oft bei privater Spekulation) oder Erweiterungsoption (oft im gewerblichen Bereich) verwendet werden. Die Optionsprämie besteht im Anschaffungspreis des Grundstücks²⁸. Der innere Wert richtet sich nach den bei einer eventuellen Bebauung erzielbaren abdiskontierten Reinerträgen E (also dem Ertragswert des Projekts bzw. dem Bruttoprojektwert) und den Bebauungskosten I . An dieser Stelle wird klar, warum der (innere) Wert der Option den oben begründeten Geld-

zinssatz voraussetzt: Ohne einen Geldzinssatz würde kein (Ertrags-)Wert des Grundstücks existieren, damit auch kein innerer Wert. Ebenso geht der Zinssatz in die Bestimmung des äußeren Optionswertes ein (s. unten). Die Option Grund und Boden wird dann ausgeübt, wenn das Grundstück bebaut wird.

b) Verkauf eines Grundstücks: Infinite Stillhalterposition

Grund und Boden kann als Realloption mit potentiell unendlicher Laufzeit betrachtet werden, da es sich um einen unvergänglichen Gegenstand handelt. Beim Verkauf des Grundstücks begibt sich der Verkäufer in eine Quasi-Stillhalterposition. Der (ehemalige) Grundstückseigentümer verzichtet mit dem Verkauf für immer auf die Vorteile, die mit dem Grundstück verbunden waren und nimmt mit dem Chancenverzicht zeitlich unbegrenzt potentiell unbeschränkte Opportunitätskosten in Kauf. Die Ermittlung der geforderten Optionsprämie ergibt sich entsprechend aus Gleichung 1 für Realloptionen mit unbegrenzter Laufzeit.

c) Bebauung eines Grundstücks ohne Eigentümerwechsel: Ausübung der Option

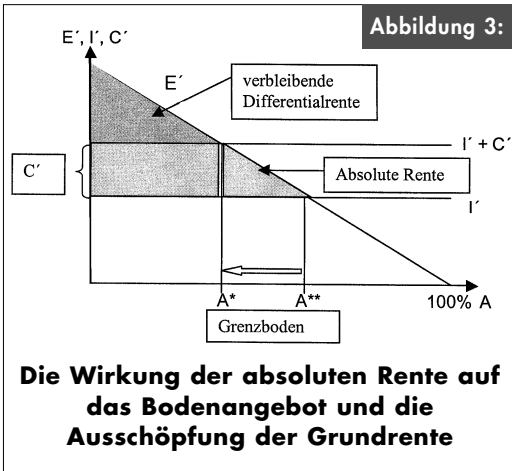
Die Bebauung eines Grundstücks kann als Ausübung der Option interpretiert werden. Allerdings – und dies ist gegenüber anderen Realloptionen eine Besonderheit – hat dies (wegen der Endlichkeit der Lebensdauer des aufstehenden Gebäudes) nicht zur Folge, dass der o.a. Optionswert vollkommen vernichtet wird. Er erfährt vielmehr nur eine Minderung, die darin begründet liegt, dass der Grundstückseigentümer alle Optionen erst wieder nach Ablauf der Lebensdauer des Gebäudes zur Verfügung hat. Hier stößt man auf das Bewertungsproblem der Bodenwertdämpfung bebauter Grundstücke²⁹. Aus der Höhe des Abschlags lässt sich (durch eine Abzinsungsrechnung) auf die jährliche Nutzeneinbuße schließen, die der Grundstückseigentümer durch die Bebauung in Kauf zu nehmen bereit ist. Realistisch ist ein Bauabschlag in einer Größenordnung von ca. 20%, was (bei einer unterstellten Nutzungsdauer von 80 Jahren und einem Durchschnittszinssatz von 5%) einem jährlichen Nutzenertrag von 1% des sog. "Würde-wenn-Bodenwertes" (vor Abschlag) entspricht.

d) Die absolute Bodenrente als Nutzen des aktiven Kapitalwertes

Interessant an der Optionsbetrachtung ist auch, dass mit ihr die These einer "absoluten Bodenrente", wie sie v.a. von Oppenheimer vertreten wurde (der insoweit in Gegensatz zu Ricardo stand) begründet werden kann. Während der innere Wert der Option dem traditionellen Kapitalwertkriterium entspricht, handelt es sich beim äußeren Wert um den Wert, der sich aus der strategischen Flexibilität der Option ergibt. Selbst dann, wenn der innere Wert der Option gleich Null ist, ist der äußere Wert der Option bei unendlicher Laufzeit regelmäßig positiv, was leicht durch ein Einsetzen in Formel 1 nachvollzogen werden kann. Dementsprechend müssen auch Grenzböden, aus denen keine Differentialrente mehr hervorgehen kann, eine absolute Rente abwerfen.

In Abb. 3 sind auf der Ordinate der Grenzertrag E' und die Grenzkosten der Ausübung der Option I' und C' eingetragen. Die Abszisse bildet den Grad der Ausnutzung der vorhandenen Fläche ab, wie sie durch die Planung vorgegeben ist (maximal 100%, möglicherweise aber noch durch zusätzliche Maßnahmen zur Erschließung von "Freiland" erweiterbar). Betrachtet man den Markt als Ganzes, fällt der Grenzertrag E' mit zunehmender Flächenausnutzung ab. Die Grenzkosten der Optionsausübung ($I' + C'$) sind (anders als in Abb. 2) konstant gesetzt, zumal die Kosten der Bebauung weitgehend unabhängig von der Ausnutzung der Fläche sind (relaxiert man diese Annahme, ergibt sich kein abweichendes Ergebnis). Wie in Abb. 2 sind auch hier die Investitionskosten I' durch C' erhöht. Ab dem Punkt A^* werden die zusätzlichen Kosten ($I' + C'$) nicht mehr durch die zusätzlichen Erträge E' gedeckt, so dass weitere Investitionen unterbleiben (s. die Ausführungen in Kap. 3.2.). Wäre die Optionsprämie nicht existent, könnte eine Nutzung des Bodens bis zum Punkt A^{**} stattfinden und damit das gesamte Grundrentenpotential (das sowohl die absolute Rente wie die verbleibende Differentialrente umfasst) ausgeschöpft werden. Durch C' verursacht kommt jedoch tatsächlich das Angebot bereits im Punkt A^* zum Stillstand. Die Allokationseffizienz ist suboptimal. Zudem

ist das durchschnittliche Preisniveau aufgrund der Angebotsverknappung erhöht.



5. Wirtschaftsordnungspolitische Schlussfolgerungen: Die Dividende im Realloptionsansatz und die freiwirtschaftlichen Forderungen

5.1. Allgemeine Erkenntnis: Die Rolle des Wettbewerbs (und der Interdependenzen)

Als erstes stellt sich die Frage, welchen Nutzen die optionspreistheoretische Interpretation der Freiwirtschaftstheorie hat. Hierauf gibt es mehrere Antworten:

Zunächst wird theoretische Klarheit dahingehend geschaffen, dass Geld die originäre Realoption darstellt, und damit den Kapitalcharakter der anderen Realoptionen erst ermöglicht.

Zudem verweist der Realloptionsansatz auf die Rolle des Wettbewerbes bzw. der Substitutionskonkurrenz zu den Urmonopolen Geld und Boden. Ohne dass wir uns dessen bewusst sind, wird der größte Teil der negativen Auswirkungen der Liquiditätsprämien schon heute durch funktionierenden Wettbewerb verhindert. Wettbewerb ist daher ein sehr effizientes Instrument, strukturellen sozialen Asymmetrien entgegenzuwirken.

Die Realloptionstheorie verweist zudem auf neue Forschungsfelder: So können Interaktionen zwischen verbundenen Optionen eine große Rolle

für deren Bewertung spielen³¹. Eine vorangehende Call-Option kann beispielsweise den Wert einer damit verbundenen, späteren Call-Option positiv beeinflussen. Welche Auswirkungen dies für die Beziehung zwischen der originären Call-Option Geld und der derivativen Call-Option Boden hat, bedarf noch der eingehenden Untersuchung. Möglicherweise ergeben sich durch die gezielte Beeinflussung der Interdependenzen weitere Möglichkeiten, strukturellen sozialen Asymmetrien entgegenzuwirken.

5.2. Spezielle Erkenntnisse für die Geldtheorie und Geldpolitik

Die Tatsache, dass augenscheinlich schon heute Wettbewerbseffekte den Zinssatz in einem sehr hohen Ausmaß begrenzen, wirft die grundsätzliche Frage nach der Berechtigung des Banknotenmonopols und der Rolle (lokaler) Komplementärwährungen sowie Barter-Clubs auf. Zu nennen sind hier u.a. die Vorschläge von Hayek³², in jüngerer Zeit jedoch v. a. die "Free banking"-Richtung um Black, Fama und Hall ("BFH-proposals")³³. Bisher wurden diese Aspekte innerhalb der Freiwirtschaftsbewegung eher stiefmütterlich behandelt und das Thema "Umlaufsicherung" vs. "Komplementärwährung" immer so diskutiert, als ob mit der Umlaufsicherung alleine das Zinsproblem zu lösen sei³⁴. Die Betrachtung des Geldes als Realoption zeigt, dass dies keineswegs selbstverständlich ist und hinterfragt werden muss. Die Richtigkeit der obigen Überlegungen unterstellt, könnte nämlich selbst mit einer 100%-igen Umlaufsicherungsgebühr bei unterstellter vollkommener Exklusivität der Option Geld die Optionsprämie (d.h. die Liquiditätsprämie, der Urzins oder der Jokervorteil) nicht beseitigt werden³⁵! Behielte im Nachhinein Keynes mit seiner Skepsis gegenüber den Gesell'schen Vorschlägen Recht³⁶? M.E. nein, und ich sehe auch keinen Grund, resigniert die "Flinte ins Korn zu werfen":

- Einmal kann die Volatilität nach Einführung einer Geldreform nicht 1 : 1 aus der Vergangenheit übernommen werden; vielmehr würde sie bedeutend absinken, und mit ihr die Optionsprämie. Um wie viel Prozentpunkte die Volatilität sinken wird, ist jedoch unbekannt (damit wird

erneut die Frage nach der adäquaten Höhe der Geldumlaufsicherungsgebühr aufgeworfen!).

- Angesichts dieser Unsicherheit steht als zweiter, sehr bedeutsamer Parameter eben die Förderung der Substitutionskonkurrenz zur Verfügung. Hier hat die freiwirtschaftliche Theorie ein "Fallnetz", das in seinen Potentialen m.E. noch nicht genügend gewürdigt wurde. Denkbar sind somit verschiedene Kombinationen von konkurrierenden Währungen, die mit einer entsprechend angepassten Geldumlaufsicherungsgebühr belegt sind. Je wirksamer die Konkurrenz, umso geringer kann dabei die Geldumlaufsicherungsgebühr ausfallen. Was die Höhe der Geldumlaufsicherungsgebühr angeht, so ging Gesell bei seinem Vorschlag von der damaligen Intensität der Substitutionskonkurrenz aus, die jedoch möglicherweise vor dem heutigen anderen technologischen und institutionellen Hintergrund anders ausfallen dürfte. Hier gibt es noch Untersuchungsbedarf; die Optionsprämie (Liquiditätsprämie) ist eben keine zeitlos gültige Konstante.

5.3. Erkenntnisse für die Bodenpolitik

Die Instrumente der Bodenpolitik hängen von ihren Zielsetzungen ab. In der Freiwirtschaftsbewegung werden hierbei zwei Varianten diskutiert:

- (Wirtschaftliche) Enteignung. Dies kann durch eine Umverteilung der Eigentumstitel hin zum Staat geschehen³⁷. Analog zum Feudalsystem würde der Staat dabei in die Rolle eines Obereigentümers schlüpfen und den Bürgern das "Untereigentum" bzw. den Besitz über ein Versteigerungssystem überlassen. Gegen diesen ursprünglichen Vorschlag Gesells bestehen aus mehreren Gründen, die hier nicht diskutiert werden sollen, Vorbehalte. Ersatzweise wurde – u.a. in Rückbesinnung auf den Single-Tax-Vorschlag von Henry George³⁸ – eine (unverbundene) Grundsteuer (Bodenwertsteuer) vorgeschlagen. Damit diese die Wirkung einer wirtschaftlichen Enteignung hätte, müsste sowohl die Differentialrente als auch die absolute Rente weggesteuert werden. Allerdings ist dieser Vorschlag in seiner Radikalität weit von der Umsetzbarkeit entfernt.

- Die andere, auf das politisch Machbare zielende

Richtung möchte die schwerwiegendsten allokativen Defizite des Bodenmarktes beseitigen, ohne eine wirtschaftliche Enteignung anzustreben. Zu diesem Zweck könnte die Höhe der Steuer (zunächst) auf die absolute Rente beschränkt werden. Hierdurch soll das "Monopol" der Grundeigentümer gebrochen und die oben diskutierten allokativen Ineffizienzen beseitigt werden. Allerdings werden mit der Fortexistenz der Differentialrente weiterhin Verteilungsgerechtigkeiten in Kauf genommen.

Soweit eine Steuerlösung angestrebt wird, bedarf es der hier angestellten Überlegungen, um den Steuersatz adäquat zu bemessen.

- Beim ersten Vorschlag muss der Steuersatz so hoch gesetzt werden, dass sowohl der innere (= Knappheitwert) wie der äußere Wert (= "Monopolwert") der Option auf Null geht. Somit würde das gesamte Grundrentenpotential (Differential- und absolute Rente) durch den Staat abgeschöpft. Allerdings darf nicht dahingehend "übertrieben" werden, dass durch eine zu hohe Steuerfestsetzung ein negativer innerer Wert entsteht.

- Beim zweiten Vorschlag reicht ein Steuersatz (= Dividende) in einer Höhe aus, der geeignet ist, nur den äußeren Wert der Option bis gegen Null zu drücken. Somit wird nur die absolute Rente durch den Staat abgeschöpft. Dies hat zur Folge, dass das Angebot an Grundstücken sich erhöht und das gesamte Grundrentenpotential ausgeschöpft werden kann (s. Abb. 3)³⁹. Der Steuersatz muss sich an der Höhe der Optionsprämie orientieren und dabei auch Wettbewerbseffekte einbeziehen. Ohne die Existenz von Wettbewerbseffekten würde der äußere Optionswert erst bei sehr hohen Dividendensätzen (im vorliegenden Fall wären Steuersätze von über 40% angebracht) in einen unkritischen Bereich gebracht. Durch Ausnutzung von Wettbewerbseffekten kann derselbe (Dividenden-)Effekt mit weitaus geringeren Steuersätzen erreicht werden. Problematisch ist jedoch, dass diese Wettbewerbseffekte ausreichend "Freiland" voraussetzen, also Land, das mobilisiert werden und in Konkurrenz zum vorhandenen Land treten kann. In dieselbe Richtung können bessere Grundstücksausnutzungen, z.B. durch die Erhöhung der Geschossflächenzahl gehen⁴⁰.

5.4. Erkenntnisse für den Umgang mit unvermehrbaaren Ressourcen

Auch andere Güter können ähnliche Eigenschaften haben wie Geld oder Boden. Zu denken ist dabei v.a. an nicht vermehrbare natürliche Ressourcen (Wasser, fossile Rohstoffe etc.). Tatsächlich werden derartige Vorkommen bzw. Rechte daran in der Praxis auch mit Hilfe des Realoptionsansatzes bewertet⁴¹. Interessant ist in diesem Zusammenhang wiederum der Ansatz von Henry George. Dieser forderte eine Besteuerung von "Land", wobei – nach Backhaus⁴² – der Begriff "Land" schlechterdings alle Naturschätze umfasst, sich also keineswegs auf Grund und Boden beschränkt. M.E. muss man jedoch vor dem Hintergrund des Realoptionsansatzes sehr sorgfältig zwischen den verschiedenen Formen unterscheiden. Dies gilt v.a. mit Blick auf die ökologische Perspektive:

Beim Grund und Boden, soweit er Siedlungs- und Verkehrsfläche darstellt, lautet die Zielsetzung: Möglichst intensive Bewirtschaftung des für diese Nutzung reservierten Teils. Hingegen soll die land- und forstwirtschaftliche Fläche nicht intensiv und die naturbelassene Fläche möglichst überhaupt nicht bewirtschaftet werden.

Analog könnte man sich auch bei nicht nachwachsenden Rohstoffen vorstellen, einen Teil intensiv zu bewirtschaften, um einen reservierten Teil zu verschonen. Im Vergleich zum Grundstücksmarkt gibt es bei den meisten nicht nachwachsenden Rohstoffen jedoch einen entscheidenden Unterschied: Während das potentielle Gesamtangebot auf dem Immobilienmarkt über das Raum- und Bauplanungsrecht gesteuert werden kann, ist aber für nicht nachwachsende Rohstoffe eine solche Festlegung – zumindest aus der Perspektive des Weltmarktes – nicht vorhanden. Diese anderen institutionellen Voraussetzungen führen jedoch zu fundamental anderen Konsequenzen: Würde man nämlich – wie bei Geld und Boden vorgeschlagen – die Optionsprämie mit der Zielrichtung einer möglichst intensiven Bewirtschaftung einer Besteuerung unterwerfen, hätte dies einen (ökologisch und mit Blick auf die Generationengerechtigkeit nicht erwünschten) zu schnellen Abbau der knappen Ressourcen zur Folge.

Gewünscht ist hingegen eine Verzögerung des Abbaus der betreffenden Ressourcen. Dies kann erreicht werden, indem der innere Wert der Option reduziert und der äußere Wert der Option erhöht wird. Die Steuer müsste also auf die schon geförderten Rohstoffe erhoben werden ($E - I$ sinkt, mit der Folge eines langsameren Abbaus), aber nicht auf den Wert des Rohstofflagers (also der ungeförderten Rohstoffe).

Die Rolle von Substituten wäre ebenfalls zu überdenken: Je höher c.p. der Wettbewerb (z.B. von Windkraft zu Kohle), umso mehr sinkt der Optionswert der unvermehrbaaren Ressourcen. Die rationale Konsequenz wäre die baldige Ausübung der Option, also der baldige Abbau der betreffenden Ressourcen! Dies führt zu der Forderung, entweder die Eigentumsrechte an nicht vermehrbaren Ressourcen radikal umzuverteilen (andere institutionelle Bedingungen) oder aber so zu schützen, dass die Optionsprämie hoch bleibt und der Abbau sich verzögert. Letzteres könnte durch die bewusste Erzeugung einer sozialen Asymmetrie (Zugangsschranke zum Rohstoff) geschehen, um zur gewünschten (geringeren) Abbauraten zu gelangen. Der Charme dieser Lösung wäre die leichte politische Durchsetzbarkeit, da sie bestehende Privilegien (Monopole) noch bekräftigen würde. Der Nachteil bestünde darin, dass die ökologische Zielsetzung dann allenfalls auf Kosten der sozialen Ziele zu erreichen wäre.

Die freiwirtschaftliche Theorie war ordnungspolitisch von jeher gegen Monopole und soziale Asymmetrien gerichtet. Für die Ressourcenökonomie ist damit ein Weg vorgegeben, der sich am besten erhellt, in dem man – wie üblich – an der Hotelling-Regel⁴³ anknüpft. Herkömmlicherweise versucht man damit in der Umweltökonomie, den optimalen Ressourcen-Abbaupfad zu bestimmen. Nach der Hotelling-Regel ergibt sich die optimale Abbau-Rate aus dem Verhältnis zwischen Preissteigerungsrate der Ressource und Zinssatz. Nicht vermehrbare Ressourcen werden als Aktiva angesehen, die entsprechend der Zielfunktion "Vermögensmaximierung" abgebaut und in Geld umgetauscht werden, wenn der Zinssatz höher als die Preissteigerungsrate der betreffenden Ressource ist. Dagegen werden sie

im Boden belassen, wenn die Preissteigerungsrate höher als der Zinssatz ist. Die Hotelling-Regel fußt jedoch auf dem reinen Kapitalwertgedanken ("innerer Wert" der Option) und lässt die Rolle der Optionsprämie bei der Bestimmung des optimalen Ressourcen-Abbaupfades außer Betracht. Die Hotelling-Regel wäre daher bei Rohstoffen mit der Eigenschaft struktureller Optionen dahingehend zu korrigieren, dass der Zinssatz der Summe aus der Preissteigerungsrate und dem Periodennutzen der Handlungsspielräume gegenübergestellt werden muss.

Richtig ist allerdings der Grundgedanke der Hotelling-Regel, den Nutzen der ausgebeuteten Ressource (Zins) mit dem Nutzen der nicht ausgebeuteten Ressource zu vergleichen. Vor dem Hintergrund der Rolle nicht vermehrbare Ressourcen als abgeleitete Optionen wird deutlich, was passieren würde, wenn der Zinssatz als Folge einer Besteuerung der Optionsprämie des Geldes sukzessiv fiele: Die Preissteigerungsrate (zuzüglich dem Nutzen der Handlungsspielräume) der Ressource würde nachhaltig über dem Zinssatz liegen, so dass sich die Ressourcenabbaurate verzögerte. Einer bewusst aufgebauten Optionschranke (wie oben diskutiert) mit all ihren negativen sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen bedürfte es dann nicht mehr.

Anmerkungen

- 1 G. Wöhe, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 19. Aufl., München 1996, S. 863 f.
- 2 Vgl. A. K. Dixit/R. S. Pindyck, Investment under Uncertainty, Princeton University Press, Princeton, N. J. 1994.- L. Trigeorgis, Real Options – Managerial Flexibility and Strategy in Resource Allocation, MIT Press, Cambridge, MA, 1996.- H. Liebler, Strategische Optionen – eine kapitalmarktorientierte Bewertung von Investitionen unter Unsicherheit, Konstanz 1996, S. 102.- D. Löhrl/A. Rams, Unternehmensbewertung mit Realoptionen – Berücksichtigung strategisch-dynamischer Flexibilität, Betriebsberater 39, 2000, S. 1983 ff.- Zudem existieren auch Kombinationen von Call- und Put-Optionen.
- 3 S. C. Myers, Determinants of Corporate Borrowing, Journal of Financial Economics 1977, S. 147-175.
- 4 Während Myers ursprünglich Wachstumsoptionen im Blick hatte, erweiterten v. a. Baldwin, Mason und Ruback die Perspektive auf die übrigen Wahl- und Handlungsmöglichkeiten.- C. Y. Baldwin, S. P. Mason, R. S. Ruback, Evaluation of Government Subsidies to Large Scale Energy Projects: A Contingent Claims Approach, Working Paper, Harvard Business School, Mass., 1983.
- 5 Der Begriff "Investition" ist damit in der Theorie der Realoptionen sehr weit zu fassen.- M. Kilka, Realoptionen – Optionspreistheoretische Ansätze bei Investitionsentscheidungen unter Unsicherheit, Frankfurt a.M. 1995, S. 34.
- 6 J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1983 (Nachdruck der ersten Auflage von 1936), S. 201-202.
- 7 S. Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, Lauf bei Nürnberg 1949, S. 313 ff.- Heute wird man zudem an bestimmte Finanzinnovationen und das Giralgeld denken müssen.
- 8 Gesell betonte für Industriestaaten wie Deutschland v.a. die Rolle von "Freiland dritten Grades".- S. Gesell, ebenda, S. 51 ff.
- 9 J. M. Keynes, Allgemeine Theorie ..., a.a.O., S. 201.
- 10 J. M. Keynes, ebenda, S. 202.
- 11 Zur dividendenangepassten Bewertungsgleichung bei bekannter, sicherer und diskreter Dividendenzahlung für eine amerikanische Call-Option mit begrenzter Laufzeit vgl. R. Roll, An Analytic Valuation Formula for Unprotected Call

- Options on Stocks with Known Dividends, in: Journal of Financial Economics 1977, S. 251-258.- R. Geske, A Note on an Analytic Valuation Formula for Unprotected American Call Options on Stocks with Known Dividends, in: Journal of Financial Economics 1979, S. 375-380.- R. Whaley, On the Valuation of American Call Options on Stocks with Known Dividends, in: Journal of Financial Economics 1981, S. 207-212.
- 12 Ausführlich R. McDonald/D. Siegel, The Value of Waiting to Invest, in: Quarterly Journal of Economics, 1986, S. 707-727.- A. K. Dixit/R. S. Pindyck, Investment under Uncertainty, a.a.O., S. 150-151.
 - 13 $\frac{1}{2} \sigma^2 \epsilon (\epsilon - 1) + (r - \delta) \epsilon - r = 0$ - Vgl. A. K. Dixit/R. S. Pindyck, ebd., S. 142-143.
 - 14 S. Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung ..., a.a.O., S. 313 ff.
 - 15 J. M. Keynes, Allgemeine Theorie ..., a.a.O., S. 189
 - 16 Vgl. D. Suhr, Altern des Geld, Schaffhausen 1988, S. 59.
 - 17 M. Kilka, Realoptionen, a.a.O., S. 56-57.
 - 18 Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht trifft diese Aussage sogar dann zu, wenn die Grenzkostenkurve horizontal verläuft, da die Erlös- und Grenzerlöskurve unabhängig von der Marktform abfällt.
 - 19 Dass der hier vorgestellte Ansatz kein Hirngespinnst ist, beweist allein die Tatsache, dass Grund und Boden wie auch Rohstoffe (neben anderen Objekten) zu anderen Zwecken zunehmend unter Zufuhlfenahme von Optionspreisverfahren in der Praxis bewertet werden.- Siehe hierzu die Beispiele in H. Liebler, Strategische Optionen ..., a.a.O.
 - 20 F. Meise, Realoptionen als Investitionskalkül, München 1998, S. 54.
 - 21 Vgl. D. Suhr, Altern des Geld, Schaffhausen a.a.O., S. 59.
 - 22 S. Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 190.
 - 23 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd. Jahrgang
 - 24 Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2002, a.a.O., S. 612.- Im Jahr 1951 wurde ein Preisindex (4-Personenhaushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen) von 28,4 ausgewiesen, im Jahr 2001 waren es 109,1. Daraus ermittelt sich eine durchschnittliche Preissteigerungsrate von jährlich 2,73 %.
 - 25 Keynes, Allgemeine Theorie ..., a.a.O., S. 183.
 - 26 S. Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 33.
 - 27 Ähnlich bei Rohbauland. Bei Bauwartungsland oder höherwertigen landwirtschaftlichen Flächen besteht die Chance, dass eine Bebauung in absehbarer Zeit zur Bebauung bestimmt wird und damit an Wert gewinnt.
 - 28 Zu beachten ist, dass die Prämie bei Verzicht auf die Ausübung der Option noch nicht einmal verloren ist!
 - 29 S. Blum, W. Weiss, Verkehrswertermittlung von Grundstücken in der Steuerpraxis, Herne/Berlin 2000, S. 39 ff.
 - 30 F. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, 1910, S.681 ff.
 - 31 F. Meise, Realoptionen als Investitionskalkül, a.a.O., S. 109 ff.
 - 32 F.A. Hayek, Denationalisation of Money, Institute of Economic Affairs, 2. Aufl., London 1978.
 - 33 F. Black, Banking in a World without Money, Journal of Bank Research Vol. 1, 1970, S. 9-20.- E.F. Fama, Banking in the Theory of Finance, Journal of Monetary Economics, Vol. 6/ 1980, S. 39-57.- R. Hall, A Free Market Policy to Stabilize the Purchasing Power of the Dollar, in: B. N. Siegel (Hrsg.), Money in Crisis, Ballinger, Cam./Mass. 1984.
 - 34 Ausnahme: J. Gude, Schlanker Staat – Bundesbank privat, in: ZFSÖ, 33. Jg., 1996, S. 5 ff.
 - 35 Zum Beweis setze man bei einer Volatilität von rd. 20 % (wie sie für heutige Verhältnisse wohl nicht unrealistisch ist) und $E = I$ eine Dividende von 100 % an. Die Liquiditätsprämie bleibt bei knapp 1 % stehen!
 - 36 Keynes, Allgemeine Theorie ..., a.a.O., S. 301.
 - 37 Die Wertgarantie des Eigentums wurde auch durch Gesell niemals ange-tastet. Gesell propagierte eine Enteignung mit Entschädigung.
 - 38 H. George, Fortschritt und Armut. (deutsch von C.D.F. Gütschow), Berlin 1881.
 - 39 Voraussetzung ist, dass keine (oder nur eine geringe) Überwälzung der Steuer auf die Nachfrager stattfindet. Dies kann bei einer sehr steilen Angebotsfunktion für Grund und Boden unterstellt werden. In Abb. 3 wurde eine sehr flache Grenzkostenfunktion unterstellt, die sich allerdings auf Gebäude, nicht auf Grund und Boden bezog.
 - 40 Die Situation ist jedoch dann problematisch, wenn das Reservoir an "Freiland" ausgereizt ist. Die Mobilität des Grundstücksmarktes bedarf bei niedrigen Grundsteuersätzen ausreichender Freilandreserven. Sind diese nicht mehr vorhanden, kann die Dividende nur über sehr hohe Steuersätze zu den gewünschten Ergebnissen führen. In diesem Fall bedürfte es einer Steuer von 100 %, um die Liquiditätsprämie gegen Null zu drücken. Dies käme jedoch einer wirtschaftlichen Enteignung gleich. Das selbe Problem stellt sich, wenn die Substitutionskonkurrenz durch Freiland durch institutionelle Maßnahmen beschränkt wird, wie z.B. handelbare Flächennutzungsrechte. Mit der Erhöhung der Optionsprämie wächst auch das Gewicht ihrer negativen Konsequenzen. Die Freiwirtschaftslehre könnte hier etwas zur praktischen Politikberatung beisteuern. An dieser Stelle ist auch die Interaktion mit Stadt- und Raumplanern gefordert.
 - 41 Vgl. die Fallstudien zur Erdölexploitation in H. Liebler, Strategische Optionen ..., a.a.O., S. 164 ff. oder in F. Meise, Realoptionen als Investitionskalkül, a.a.O., S. 126 ff.
 - 42 J. Backhaus, Ein Steuersystem nach Henry George als Denkmodell und Alternative oder Ergänzung zur Ökosteuer, in: ZFSÖ, 120/1999, S. 28-29.
 - 43 H. Hotelling, The Economics of Exhaustible Resources, in: Journal of Political Economy, 39/1931, S. 137-175.

Christof Lützel:

Eine Initiative auf dem Weg: Die GLS Gemeinschaftsbank eG und ihre Partner Entstehung, Entwicklung und Arbeitsweise *

1. Was heißt eigentlich "GLS"?

Hinter dem Kürzel GLS steht: "Gemeinschaft für Leihen und Schenken". Um dem Anspruch und dem eigenen Motto "anders mit Geld umgehen" gerecht zu werden, müssen der Geldbegriff erweitert und alle Geldqualitäten berücksichtigt werden: Leihgeld/Kredit, "Spargeld"/ Einlagenseite, aber auch Schenkungsgeld (Stiftungsbereich) und aktive Beteiligung an Projekten. Das bedeutet: GLS ist die Gemeinschaft aus einer genossenschaftlich organisierten Bank (GLS Gemeinschaftsbank eG), einer stiftungsähnlichen Einrichtung (Gemeinnützige Treuhandstelle e.V.) und einer Beteiligungsaktiengesellschaft (GLS Beteiligungs-gesellschaft).



Abgekürzt wird die GLS Gemeinschaftsbank eG meist mit "GLS-Bank"; die Gemeinnützige Treuhandstelle e.V. wird als "GTS" bezeichnet; die GLS Beteiligungsaktiengesellschaft hat das interne Kürzel "BAG". Sie ist eine Tochter der GLS Gemeinschaftsbank eG. Die älteste der drei Einrichtungen ist die GTS: sie wurde bereits 1961 gegründet. Aus ihr ging 1974 die GLS-Bank hervor. Sie war damit die erste ethisch-ökologische Bank – nicht nur in Deutschland, sondern sogar in ganz Europa.

Die GLS Beteiligungsaktiengesellschaft wurde 1995 gegründet: An ihr ist die GLS-Bank mit über 60% der Stimmrechte beteiligt. Die BAG verfügt über ein Eigenkapital von 1,5 Mio Euro (Stand: Mai 2002). Die BAG stellt Beteiligungskapital für Unternehmer zur Verfügung, etwa in den Bereichen Naturkost/Naturhandel. Zudem verwaltet die BAG inzwischen 14 geschlossene Fonds, besonders im Bereich regenerative Energien.

Mit einem Bilanzvolumen von ca. 255 Mio. Euro bis Ende 2002 (Prognose) und durch die Übernahme der Bankgeschäfte der Ökobank zum 31. März 2003 wird die GLS-Bank mit dann ca. 380 Mio. Euro (Prognose) die größte der drei Institutionen. GLS/Ökobank sind dann gemeinsam an fünf Standorten tätig: Bochum (Zentrale), Frankfurt, Freiburg, Hamburg und Stuttgart.

2. Die Zielgruppe und das Profil der GLS-Kunden

Die GLS-Einrichtungen richten sich an alle Menschen, die mit ihrem Geld neben persönlichen auch gesellschaftliche Anliegen verbinden und dort gestaltend eingreifen wollen. Ein wichtiger Satz in der GLS-Bank-Satzung lautet: "Das Ziel der GLS Gemeinschaftsbank eG ist die gegenseitige Hilfe, nicht die Gewinnerzielung für

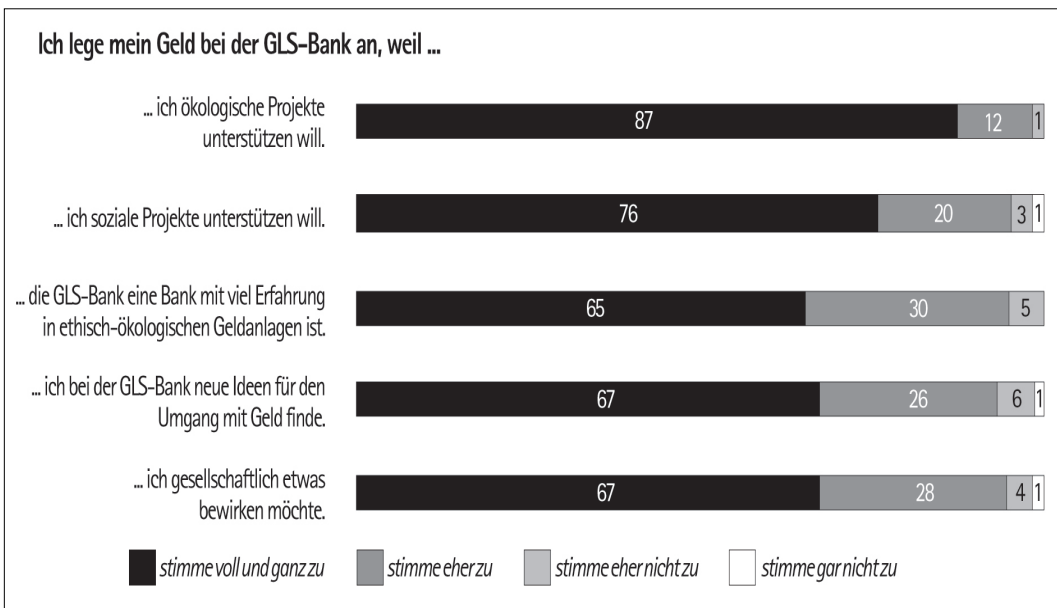
* Überarbeitete und aktualisierte Fassung eines Vortrags während der 8. CGW-/INWO-Tagung "Kultur und Geld" am 11. Mai 2002 in Birkenwerder bei Berlin.

das einzelne Mitglied oder für die Genossenschaft. Wer Geld bei dieser Bank anlegt, tut dies in erster Linie mit Rücksicht auf den Geldbedarf anderer Mitglieder und um im volkswirtschaftlichen Interesse einen Ausgleich des Gesamtetats aller Mitglieder zu erreichen". Diesem Ziel haben sich inzwischen 24.000 Menschen verpflichtet, die mit der GLS in unterschiedlichster Weise zusammenarbeiten. Nach der Übernahme der Ökobank werden es 42.000 Menschen sein.

Wie ist die 'soziale Schichtung' der mit der GLS zusammenarbeitenden Kundinnen und Kunden? Es sind durchweg gut ausgebildete, gesellschaftlich engagierte Menschen, die politisch

gesehen eher in der 'linken Mitte' angesiedelt sein dürften, aber nicht nur dort. Die GLS-Kunden haben einen auffallend hohen Bildungsgrad: 64% (!) von ihnen sind Akademiker. Daher ist auch der Anteil der leitenden Angestellten, Beamten und Selbständigen höher als der Durchschnitt. Eine in Zusammenarbeit mit dem Institut für Markt-Umwelt-Gesellschaft (imug) in Hannover erstellte Kundenumfrage hat ergeben, dass im Jahr 2001 46% des GLS-Kunden Frauen und 54% Männer waren. Allerdings legten Frauen mit 64% des Anlagevolumens durchschnittlich höhere Beträge an als Männer.

Die Gründe, Geld bei der GLS-Bank anzulegen, sind vielfältig:



Die Altersstruktur der Kundinnen und Kunden entspricht der Kundenstruktur anderer Banken. Auch in Bezug auf das Einkommen gibt es keine bedeutenden Unterschiede. Besonders erfreulich ist allerdings die große Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden mit der Arbeit der GLS. Laut Umfrage sind 92% der Bankmitglieder, 96% der Kreditkunden und 97% der Einlagenkunden "sehr zufrieden" oder "vollkommen zufrieden". Ein Ansporn, dieses kaum zu verbessernde Niveau zu halten!

3. Die wichtigsten Merkmale der GLS: Transparenz und Mitbestimmung

Eines der wichtigsten Merkmale der GLS neben der Nachhaltigkeit ihrer Geldanlagen und Kredite ist die Transparenz ihrer Arbeit. Regelmäßig wird in der alle drei Monate erscheinenden Kundenzeitschrift "Bankspiegel" berichtet, welche Projekte finanziert werden. Inzwischen ist deren Zahl auf stattliche 1400 Projekte angewachsen. Zusammen mit den

Projekten der Ökobank werden es deutlich über 2000 sein.

Auch sonst werden die Kundinnen und Kunden nicht nur umfassend informiert, sondern sie können an der Entwicklung der GLS-Bank teilnehmen. Durch die Möglichkeit, Mitglied bei der Bank zu werden, ist eine "aktive Mitarbeit" gegeben: bereits ab einem Anteil von 100 Euro ist man "vollwertiges" Mitglied bei der Bank. So kann auf der jährlich stattfindenden Generalversammlung bei abstimmungsnotwendigen Entscheidungen mitgewirkt werden. Zum Beispiel wurde das Zusammengehen von GLS und Ökobank im Juni 2002 in Herne von den Mitgliedern entschieden! Zudem bekommen alle Mitglieder die Zeitschrift "Bankspiegel" neben weiteren Informationen kostenlos zugesandt. Dabei ist der Genossenschaftsanteil keine Spende, sondern eine Beteiligung an der Bank mit einer 5-jährigen Kündigungsfrist. Zwar werden auf die gezeichneten Genossenschaftsanteile keine Dividenden bezahlt. Aber von der Beteiligung an sinnvollen, innovativen und nachhaltigen Projekten abgesehen, sind auch die monetären Vorteile für die Kundinnen und Kunden bei Zeichnung von ein- oder zwei Anteilen weit größer als der etwaige Zinsverzicht. Geht man zum Beispiel davon aus, dass in der derzeitigen Niedrigzinsphase eine 5-jährige Spareinlage mit 3% Zinsgewinn pro Jahr angelegt werden kann, könnte ein Mitglied mit zwei Anteilen (200 Euro) jährlich gerade einmal ca. 6 Euro "Gewinn" erzielen. Da jedes Mitglied 4x im Jahr die Zeitschrift "Bankspiegel" kostenlos zugeschickt bekommt, in dem nicht nur Bankthemen, sondern auch gesellschaftlich relevante und interessante Themen aufgegriffen werden und jedes Mitglied auch alle sonstigen Informationsschreiben bekommt, ist der Vorteil für ihn/sie größer.

4. Das Thema "Gewinn"

Die Bank arbeitet nicht gewinnmaximierend, sondern sie macht Gewinne lediglich zur Bezahlung von Personal- und Verwaltungs- sowie Sachkosten. Zudem unterliegt die Bank strengen gesetzlichen Bestimmungen und muss entsprechende Rücklagen bilden. Darüber hinaus werden je-

doch keine Gewinne ausgewiesen. So kann die Bank über 20% aller Kredite zu dem besonders günstigen Zinssatz von 4,4% vergeben. Und selbst diese 20%-ige Vergabe von günstigen Förderkonditionen kann die Bank nur ermöglichen, weil (neben dem dividendenfreien Genossenschaftskapital) zusätzlich etwa ein Viertel aller Kundinnen und Kunden bei ihrer Einlage auf Zinsen entweder ganz verzichten oder aber mit einer "zinsvermindernden" Einlage zufrieden sind. Denn: eine Bank zu betreiben und alle gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen ist in den letzten Jahren immer schwieriger (und teurer) geworden.

Da alle Kredite mit einer Mindestreserve von 8% (besser und in der Regel praktiziert: 10% und mehr) unterlegt sein müssen, ist es wichtig, dass die Bank genügend Menschen findet, die bereit sind, dividendenfreie Genossenschaftsanteile zu zeichnen. Nur so ist es wie bisher möglich, sinnvolle und nachhaltige Projekte auf den Weg zu bringen.

5. GLS-Kredite – die Anleger entscheiden mit

Durch die ständige Weiterentwicklung verschiedener Finanzierungsinstrumente schafft die GLS-Gruppe immer wieder besondere Handlungsmöglichkeiten für Geldanleger, Kreditnehmer oder Stifter. Auch können die Kundinnen und Kunden bei ihren Geldanlagen mitentscheiden, in welche Bereiche (etwa: ökologische Landwirtschaft, Kunst/Kultur, regenerative Energien, Pädagogik u.a.) ihr Geld fließen soll.

Die nebenstehende "Kredittorte" zeigt, wohin die Gelder der Anlegerinnen und Anleger im einzelnen gehen.

Wichtig ist: die Bereiche der Kredite werden nicht 'willkürlich' von der GLS-Bank festgelegt, sondern sie ergeben sich – zumindest maßgeblich – aus den Verwendungswünschen der Anlegerinnen und Anleger. Allein im Jahr 2001 wurden Kredite mit einem Volumen von ca. 74 Mio. Euro vergeben. Insgesamt belief sich die Kreditvergabe Ende 2001 auf 125,5 Mio. Euro.

6. Zielgruppen und Angebote

Die GLS-Bank sucht die Zusammenarbeit mit Menschen, die mit ihrem Geld ein gesellschaftliches Anliegen verbinden wollen, d.h. Menschen, die Initiative und Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben ergreifen möchten. Die Angebote der Bank bieten entsprechende Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Geld und haben eine nachhaltige Entwicklung zum Ziel. Mit Nachhaltigkeit ist in diesem Zusammenhang gemeint: 1. Soziale und ökologische Fragen werden besonders berücksichtigt. 2. Den menschlichen Bedürfnissen nach Fähigkeitsbildung (Freiheit), Mündigkeit (Gleichheit) und Solidarität (Brüderlichkeit) soll der entsprechende Raum zur Verfügung gestellt werden.

Die Bank hat durch ihre Tochtergesellschaften und Kooperationspartner die Möglichkeit, ein breites Angebot an Finanzdienstleistungen anzubieten: Bankdienstleistungen (Sparkonten, Einlagenkonten, Kredite, Bürgschaften), Beteiligungen (Direktbeteiligungen, Fonds, Aktien)

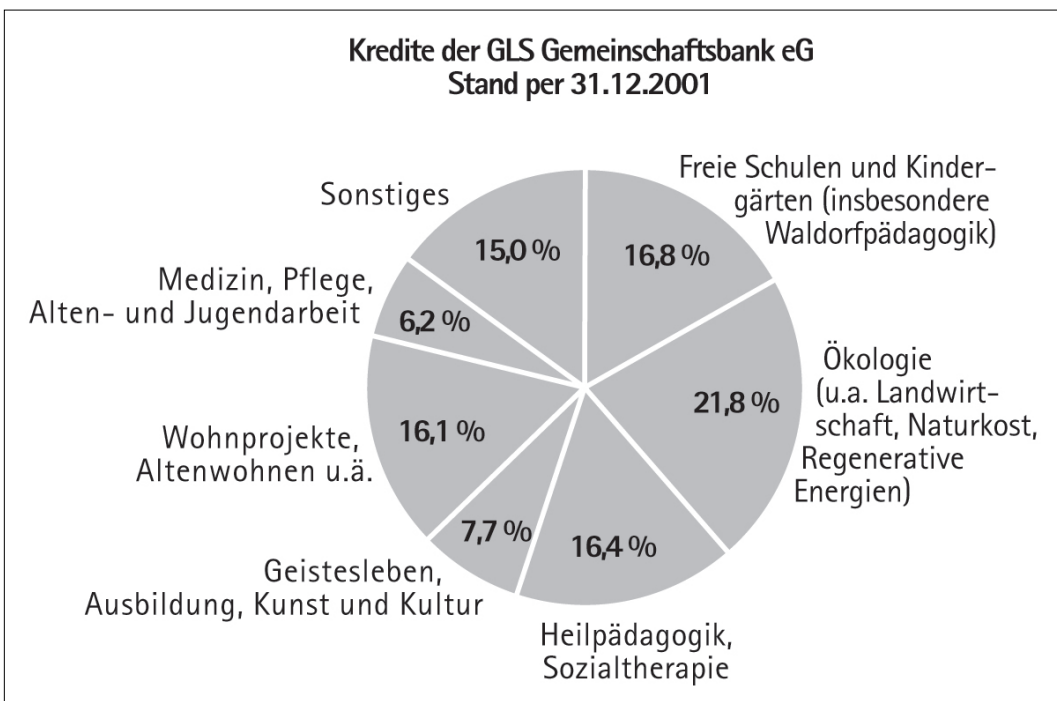
und Stiftungsangebote (Beratung, Verwaltung und Weitergabe von Erbschaften, Schenkungen oder auch Legate von Einzelpersonen).

Wichtig ist: in allen drei Bereichen arbeiten die Bank bzw. ihre Partner nach dem Prinzip des gesellschaftlichen Nutzens und der Transparenz. Das Motiv, anders mit Geld umzugehen, muss die sinnvolle Verwendung der Mittel sein.

7. Das Wachstum der Bank

Die Entwicklung der GLS-Bank ist beeindruckend: Von ca. 1 Mio. Euro (1974) wuchs die Bilanzsumme der GLS-Bank in Fünfjahresschritten wie folgt: 21 Mio. Euro (1980), 42 Mio. Euro (1985), 50 Mio. Euro (1990), 100 Mio. Euro (1995) und bereits 188 Mio. Euro (2000). In den Jahren 2001 und 2002 gelangen weitere Wachstumsschübe" auf 223 bzw. (vorläufig geschätzt) 255 Mio Euro.

Im Jahr 2003 wird die GLS-Bank durch die Übernahme der Ökobankgeschäfte mit einer Bilanzsumme von schätzungsweise ca. 380 Mio.



Euro zur größten ethisch-ökologischen Bank Deutschlands mit dann ca. 42.000 Mitgliedern, Kundinnen und Kunden. Der finanzielle und gesellschaftliche Gestaltungsspielraum der Bank erweitert sich damit weiter. Im Vergleich zu den Global Players wie etwa der Deutschen Bank mit einer Bilanzsumme von ca. 750 Milliarden Euro mag die GLS recht klein erscheinen. Gleichwohl ist aus dem einstigen 'Winzling' ist eine stattliche mittelgroße Bank geworden mit etwa 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

8. Die Gemeinnützige Treuhandstelle und das Schenkungsgeld bei der Bank

Die GTS ist eigentlich ein Zusammenschluss von über 320 gemeinnützigen Vereinen mit sozialen, ökologischen und kulturellen Zielsetzungen. Mit insgesamt 14 Mitarbeiter/innen verwaltete die GTS im Frühjahr 2002 über 100 Stiftungsvermögen. Die Aufgaben der Stiftungen werden in Zusammenarbeit mit den Stiftern, mit Partnerorganisationen und Fachleuten umgesetzt. Neben anderen Treuhandstellen in Hamburg, Pforzheim und Überlingen/Bodensee eröffnete die GTS im April 2002 zudem eine Filiale in Berlin. Die GTS verfügt über vielfältige Erfahrungen bei der Gestaltung von Schenkungen, Sondervermögen sowie in Testaments- und Erbschaftsfragen. Im Rahmen der GTS werden neben Sondervermögen auch unselbständige Stiftungen geführt, u.a. in den Bereichen Landwirtschaft, Aus- und Fortbildung, Entwicklungshilfe, Bildung, Gesundheit und Energie. Die Bilanzsumme betrug per 31. 12. 2001 über 40 Mio. Euro, was einem Wachstum von 16% gegenüber dem Vorjahr entsprach.

Auch innerhalb der GLS Gemeinschaftsbank eG gibt es 'versteckt' einen Schenkungsbereich, was sicherlich eine Einzigartigkeit in der deutschen Bankenlandschaft darstellt: durch die Leih- und Schenkungsgemeinschaften, die gebildet werden, leistet die Bank einen erheblichen Beitrag zur Vorfinanzierung von Schenkungen, die sonst nicht möglich wären. Ein anderes konkretes Beispiel ist der "Fonds neue Arbeit". Hier hat die Bank zusammen mit anderen Institutionen für junge arbeitslose Menschen einen Fonds eingerichtet, damit diese Menschen durch Kleinkredite in die Lage kommen, innovative Geschäftsideen umzusetzen und so der Arbeitslosigkeit zu entfliehen. Ursprünglich im Land Brandenburg gestartet, ist das Projekt inzwischen so erfolgreich, dass nun Pläne bestehen, das Modell in andere Bundesländer zu exportieren. –

Alles in allem gehört die GLS sicherlich zu den innovativen und fortschrittlicheren Unternehmen in Deutschland. Zwar kann auch die GLS nicht zaubern, dennoch aber vieles und Beeindruckendes bewegen. Die Finanzmärkte agieren heute fast vollständig unabhängig vom tatsächlichen wirtschaftlichen Geschehen. Wo Geld mit Geld verdient wird, steht der Rendite häufig kein echter Mehrwert mehr gegenüber – ein irrealer Markt also. Die GLS versucht, Transparenz und Sinn in diesen Markt zu bekommen. Damit ist sie erfolgreich und hofft, dass sich in den nächsten Jahren weitere Menschen auf diesen Weg begeben.

Weitere Informationen und Unterlagen können direkt bei der GLS Gemeinschaftsbank eG, Oskar-Hoffmann-Str. 25, 44789 Bochum, angefordert werden. Die Internetadresse: www.gemeinschaftsbank.de.

Geld als soziales Medium

"Wir sehen Geld nicht als Selbstzweck des Wirtschaftens, auch nicht als Ware, sondern als ein Werkzeug, ein soziales Medium. ... Geld hat heute eine beunruhigende Eigendynamik entwickelt. Es geht darum, das Bewusstsein für Geldprozesse zu schärfen. Die Kälte in unserer Gesellschaft rührt nicht zuletzt daher, dass man es dem Geld nicht ansieht, was mit ihm gemacht wird."

Gerhard Waterstradt und Paul Mackay, in: Bankspiegel Nr. 3/2002, S. 10.

Roland Geitmann:

Bürgerstiftungen – wozu?

Bürgerstiftungen sprießen zur Zeit wie Pilze aus dem Boden. In Dresden, Hamburg, Hannover, Mannheim, München, Nürnberg und Stuttgart, aber auch in kleineren und mittelgroßen Städten wie Eberbach, Offenburg und Schramberg wurden in den letzten Jahren solche Stiftungen gegründet; an vielen Orten sind sie in Vorbereitung. Im Unterschied zu den bestehenden rund 10.000 zum Teil sehr alten Stiftungen in der BRD, die in der Regel von Einzelstiftern für einen bestimmten Zweck initiiert wurden, verfolgen Bürgerstiftungen eine breite Palette gemeinnütziger Zwecke und werden, oft unterstützt durch die jeweilige Kommune, von Menschen gestartet, die auf viele Zustifter hoffen.

Entsprechend dem amerikanischen Vorbild der Community Foundations sind Bürgerstiftungen ein Servicezentrum für gemeinnützige Stiftungs- und Schenkungsbereitschaft. Indem sie neben Zustiftungen auch laufende Spenden akquirieren, eigene Projekte durchführen und hierfür "Zeit-Spender" einspannen, können sie sich zu einer Zentrale für breites bürgerschaftliches Engagement und kulturelle und soziale Aktivitäten entwickeln.

Die Offenheit der Zweckbestimmung, die in der Regel nahezu alle steuerlich als gemeinnützig anerkannten Felder umfasst, von Kultur, Bildung, Erziehung und Völkerverständigung bis Umweltschutz, Heimatpflege, Soziales und Sport, macht Bürgerstiftungen sehr flexibel; sie ist aber auch ein gewisses Handicap, indem mangels erkennbaren Profils der Anreiz zum Zustiften zunächst schwach bleibt. Dies können die für die Stiftung Aktiven durch überzeugende Startprojekte ausgleichen und dadurch, dass gemäß der jeweiligen Satzung Zustiftungen (z.B. ab 5.000 Euro) an einen bestimmten Zweck gebunden werden können und dann Unterstiftungen, Fonds oder Sondervermögen innerhalb der Bürgerstiftung bilden.

Eine Bürgerstiftung soll wirtschaftlich, politisch und konfessionell unabhängig sein. Die Dominanz einzelner Stifter, Unternehmen, Par-

teien oder der kommunalen Organe ist unerwünscht. Das Aktionsgebiet ist geografisch ausgerichtet und bezieht sich in der Regel auf eine Stadt und evtl. ihr nahes Umland oder gelegentlich auch auf einen Landkreis (z.B. Fürstentum).

Die Organisation einer Bürgerstiftung ist i.d.R. gekennzeichnet durch gewisse vereinsrechtliche Elemente, in dem neben einem geschäftsführenden Vorstand und einem kontrollierenden Stiftungsrat eine Stifterversammlung besteht, in der alle Zustifter ab einer in der Satzung bestimmten Summe für eine zumeist begrenzte Zeit Sitz und Stimme haben.

Anders als bisher übliche Stiftungen baut sich das Kapital einer Bürgerstiftung schrittweise auf, aus dessen Erträgen dann die gemeinnützigen Zwecke gefördert werden, sobald sie den eigenen Geschäftsaufwand übersteigen. Um diesen Punkt rasch zu erreichen, ist ein Startkapital von ca. 500.000 Euro erforderlich; denn der Aufwand für Werbung und erste Projekte ist erheblich, zumal sich die Organisations- und Kommunikationsaufgaben einer Bürgerstiftung auf Dauer kaum rein ehrenamtlich bewältigen lassen.

Die Hauptschwierigkeit liegt deshalb im Start, für den sich genügend engagierte, fähige und Vertrauen weckende Menschen zusammenfinden und ein schlüssiges Konzept erarbeiten müssen. Denn anzupfandende Geld- und Sachvermögen gibt es genug, die in Billionen-Höhe vor dem Erbfall stehen und deren Besitzer zum Teil auf ein solches Dienstleistungsangebot positiv reagieren könnten, zumal die steuerlichen Bedingungen hierfür deutlich verbessert wurden.

Das Einwerben entsprechender (Zu-)Stiftungen wie auch von Spenden zur Deckung der laufenden Kosten oder für bestimmte Projekte ist eine der sich stellenden Hauptaufgaben. Eine zweite ist die Öffentlichkeitsarbeit, eine dritte das Entwickeln und Durchführen eigener Projekte und die Auswahl zu fördernder Initiativen. Eine nicht unwesentliche Aufgabe ist aber auch die Verwaltung und möglichst gewinnträchtige Anlage

des angesammelten Vermögens. Hierbei werden nicht nur das Gebot strikter Solidität eine Rolle spielen, sondern auch ökologische und soziale Maßstäbe, die in neuerer Zeit unter dem Stichwort "Ethisches Investment" entwickelt wurden, also z.B. keine Geldanlagen in Rüstungsfirmen oder Atomkraftwerke erlauben.

Dennoch bleibt die Tatsache: Auch und gerade eine Bürgerstiftung lebt von Zinsen und ist insofern ein Kind des Kapitalismus. Deshalb stellt sich die Frage, was daran im Sinne der Bestrebungen dieser Zeitschrift positiv sein soll. Wird hier nicht den als zerstörerisch erkannten Mechanismen unseres Geldsystems ein Schleier der Gemeinnützigkeit übergelegt? Wird kapitalistisches Denken nicht geradezu zementiert, mit der Wirkung, wie sie bei Verwaltern und Profiteuren kirchlicher Kapitalanlagen zu beobachten sind? Werden sich nicht gerade Stiftungen vehement gegen einen Wandel des Zinssystems sträuben, weil sie dann nur noch von der Substanz lebend rasch dahinschwänden würden?

Diese Bedenken sind nicht von der Hand zu weisen. Doch könnte es sein, dass man in die "Haut des Drachens" schlüpfen muss, um ihn von innen her zu besiegen, d.h. dass man sich kapitalistischer Instrumente bedienen kann, um den Kapitalismus zu überwinden? In solchen Perspektiven könnten Stiftungen eine sinnvolle Übergangsform sein, weil sie das Zinsezinsensystem durchbrechen und Zinseinnahmen nicht weiterer Verzinsung zuführen, sondern gemeinnützigen Zwecken und damit richtigerweise dem Konsum.

Bürgerstiftungen fördern das Schenken und neutralisieren Vermögen. Deshalb ist die Stif-

tung auch als Unternehmensform ein Fortschritt, weil das Unternehmen nun sich selbst gehört und nicht betriebsfremden Aktionären und Geldanlegern. Im Unterschied dazu sind Parteistiftungen eigentlich keine Stiftungen; sie tun zwar nützliche Dinge, verwalten aber kaum nennenswertes eigenes Vermögen, sondern leben von laufenden staatlichen Zuwendungen. Eine Bürgerstiftung hingegen hat durch ihre Form der Kapitalverwertung, an der sich zudem viele Menschen beteiligen können, in der zerstörerischen Dynamik unseres Geldwesens eine tendenziell positiv lindernde Wirkung und kann diesen Effekt durch ihre inhaltliche Arbeit wesentlich verstärken. Warum sollte eine sozial innovative Bürgerstiftung nicht aufklärende Bildungsarbeit über das Geldwesen betreiben und Leihgemeinschaften, örtliche Tauschringe und Verrechnungssysteme bis hin zu regionalen Zweitwährungen initiieren oder Seniorengenossenschaften, die Pflegestundengutschriften verrechnen?

Wenn sich die richtigen Menschen zusammenfinden, kann eine Bürgerstiftung Mittelpunkt und Auslöser für heilsame Veränderungen sein. Denn der notwendige erste Schritt ist es, wie so oft, sich von blockierenden Ablagerungen zu befreien, insbesondere von überflüssigem Geld. Bürgerstiftungen regen dazu an und verwandeln wuchernde Privatvermögen in segensreiches Gemeinwohlvermögen und können bei richtiger Handhabung ein Instrument heilsamer gesellschaftlicher Metamorphose sein.

Literaturhinweis:

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Handbuch Bürgerstiftungen. Ziele, Gründung, Aufbau, Projekte. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2002.

"Die Logik des Krieges droht verallgemeinert zu werden. ...

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus muss die strukturellen Ursachen für seine Entstehung thematisieren und Strategien zu ihrer Beseitigung entwickeln. Das gilt auch für die globalen Strukturprobleme wie die ungleichen Machtverhältnisse in der Weltwirtschaft. Eine langfristige Strategie muss ihren Blick auch auf die gesellschaftlichen Widersprüche des Modernisierungsprozesses und auf die versäumte Demokratisierung in den arabischen Staaten richten. ... Wir brauchen Strategien, um den gemäßigten Islamisten zu politischen Artikulations- und Partizipationsmöglichkeiten und selbst Hardlinern zu einer politischen Stimme in den Demokratisierungsprozessen zu verhelfen."

Bruno Schoch, Reinhard Mutz u.a. (Hg.), Friedensgutachten 2002, Münster 2002, S. 5-9. Internet: www.lit-verlag.de

B E R I C H T

"Zielone Brygady"/"Grüne Brigaden" in Polen

Während der Wende in Mittel- und Osteuropa ist in Polen eine unabhängige und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation "Zielone Brygady"/"Grüne Brigaden" entstanden. Ihren Hauptsitz haben die "Grünen Brigaden" in Krakow/Krakau, wo eine "Stiftung für die Unterstützung Ökologischer Initiativen" Büroräume und -ausstattungen zur Verfügung stellt.

Die Leitbilder der "Zielone Brygady" entstammen der polnischen Bürgerrechtsbewegung und der ökologischen Ethik. Ihre Tätigkeiten erstrecken sich auf die Gebiete Verkehrspolitik, ökologische Landwirtschaft, regenerative Energie, Abfallwirtschaft, Tierrechte, Dritte Welt und Friedenspolitik sowie Bildung und Kultur. Seit 1995 koordinieren die "Zielone Brygady" außerdem das "Polnische Grüne Netz", das zehn ökologische NGOs aus ganz Polen miteinander verbindet. Außerdem baut es eine "Karpatische Brücke" mit Menschen aus der Ukraine und aus der Slowakei auf.

In enger Zusammenarbeit mit Mitarbeiter/innen der Jagiellonen-Universität in Krakow und anderer polnischer Universitäten führen die "Grünen Brigaden" Tagungen durch. Seit 1989 geben sie regelmäßig die Monatszeitschrift "Zielone Brygady" heraus, die seit Beginn des Jahres 2002 sogar zweimal im Monat erscheint. Daneben wurden 28 Bücher herausgegeben, darunter auch fremdsprachige Übersetzungen, um u.a. die polnisch-deutsche Verständigung zu fördern.

Im Rahmen des Projekts "Alternative Gesellschaftsentwürfe" werden gegenwärtig drei Bücher übersetzt: 1. das Buch "Politik für das dritte Jahrtausend" von Henryk Skolimowski, Professor für ökologische Philosophie an der Universität Lodz; 2. das Buch "Auf der Suche nach alternativen Formen des Zusammenlebens" von Lech Ostasz, Professor für Philosophie und Psychologie an der Universität Gdansk/Danzig; 3. das Buch "Geld ohne Zinsen und Inflation" von der Professorin Margrit Kennedy, die gerade an der TU Hannover emeritiert wurde. Mit diesen drei Büchern und ihren übrigen Publikationen wollen die "Zielone Brygady" dem

"allübergreifenden Einfluss der Ökonomie" entgegenwirken. "Die Gefahr, die mit solcher Weltanschauung zusammenhängt, ist speziell in Osteuropa groß. Dort sieht man den Kapitalismus als eine allheilende Medizin für Schäden in der Gesellschaft, Ökonomie und Natur, die vom Kommunismus verursacht waren."

Mit Andrzej Zwawa, dem Redakteur der Zeitschrift, besteht seit einigen Monaten ein reger Gedanken- und Materialaustausch. Mit besonderem Dank nahm er polnische Übersetzungen mehrerer Texte von Silvio Gesell, Dieter Suhr, Roland Geitmann und Fritz Andres entgegen, die bereits in den frühen 1990er Jahren entstanden, als mit dem "Offenen Brief von die Reformer/innen in Osteuropa" von Werner Onken erstmals versucht wurde, Kontakte nach Polen, Russland, Tschechien und Ungarn zu knüpfen. Andrzej Zwawa koordiniert ebenfalls eine informelle Diskussion über 'zinsfreies Geld' im Internet. Derzeit gibt es Bestrebungen innerhalb der "Zielone Brygady", nach dem Beispiel der Tauschringe und Let-Systeme auch in Polen lokale Ökonomien mit einem "non-interest business" ins Leben zu rufen. Wer hierzu Sachverstand und praktische Erfahrungen beisteuern möchte, kann Kontakt mit Andrzej Zwawa aufnehmen.

Postanschrift:

Slawkowska 12 (III p), PL-31-014 Krakow

E-Mail: zb@eco.pl

Internet in deutscher Sprache:

www.zb.eco.pl/verlag.htm

Internet in polnischer Sprache: www.zb.eco.pl

Red.

B Ü C H E R

Grünes Geld

In den letzten Jahren ist an den Finanzmärkten ein Phänomen zunehmend in Erscheinung getreten, das in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur Ökologisierung von Unternehmen und Institutionen leisten könnte. In der umweltpolitischen Diskussion findet es jedoch bislang keine angemessene Würdigung. Gemeint ist der Markt für ökologische Geldanlagen - Geldanlagen also, die explizit Projekten und Unternehmen zugute kommen, die Vorbild- bzw. Pioniercharakter im Bereich Umweltschutz haben.

Mittlerweile gibt es eine beachtliche Anzahl von Unternehmen (Banken, Rating-Agenturen, Kapitalanlagegesellschaften u.a.), die sich auf ökologische Finanzprodukte spezialisiert haben. In den Medien finden sich immer häufiger Artikel über grüne Investments. Inzwischen gibt es auch eine jährlich stattfindende Messe mit dem Namen "Grünes Geld". Die letzte hat kürzlich im November 2002 in Düsseldorf stattgefunden (www.gruenes-geld.de) Auch an Buchveröffentlichungen fehlt es nicht. Nachfolgend werden zwei Bücher vorgestellt, die mit unterschiedlichem Fokus das Thema der ökologischen Geldanlagen beleuchten.

Stephan Rotthaus Grüne Geldanlagen

Niedernhausen: Falken Verlag, 2001. 160 Seiten.

Das Buch "Grüne Geldanlagen" gehört zu den 'klassischen' Veröffentlichungen im Bereich der ethisch-ökologischen Geldanlagen. Es beschreibt im wesentlichen die einzelnen Anlageformen und deren Anbieter.

Zu Anfang gibt das Buch einen Überblick über die Entwicklung und Bedeutung des Marktes für grüne Geldanlagen. Anhand einiger Beispiele wird verdeutlicht, "was grünes Geld bewegen kann" (S. 31ff). So hat beispielsweise die Gemeinde Schönau im Südschwarzwald in einer bemerkenswerten Pioniertat als erste Gemeinde Deutschlands das lokale Stromnetz dem regionalen Strommonopolisten abgekauft und eine eigene Gesellschaft gegründet (die EWS – Elektrizitätswerke Schönau/www.ews-schoenau.de), die Strom ausschließlich aus regenerativen Energien anbietet. Finanziert wurde dieser Kauf durch die Kampagne einer Bürgerinitiative sowie einen Beteiligungsfonds, den die GLS-Bank aufgesetzt hat. Recht ausführlich erläutert Stephan Rotthaus sodann die einzelnen Geldanlageformen im Hinblick auf Rendite, Risiko, Laufzeit und ökologische Wirkung. So bekommen die Leser einen guten Überblick über die gesamte Produktpalette der ökologischen Geldanlagen.

Ein kurzes Kapitel über innovative Anlageformen zeigt auf, wie vielfältig die Möglichkeiten sind, mit Umweltschutz Geld zu verdienen, so zum Beispiel durch eine Beteiligung an einem Wiederaufforstungs- und Waldnutzungsfonds. Nach einem ausführlichen Überblick über die Anbieter und Produkte

(z.B. Aktien, Investmentfonds, Beteiligungsfonds, Lebensversicherungen u.a.) beschreibt Stephan Rotthaus schließlich die seiner Meinung nach interessantesten Trendbranchen der Zukunft. Hierzu zählt er die Solar- und Windenergie, Brennstoffzellen, den Ökolandbau sowie grüne Finanzdienstleister.

Das Buch von Stephan Rotthaus über die grünen Geldanlagen ist gerade für Einsteiger sehr empfehlenswert. In kurzen Kapiteln wird das Wesentliche zum Thema dargestellt. Eine umfassende Darstellung aller Produkte und Anbieter bietet das Buch zwar nicht; es enthält jedoch ausreichend Tipps und (Internet-) Adressen für weitergehende Informationen.

Johannes Hoffmann und Gerhard Scherhorn Saubere Gewinne – So legen Sie Ihr Geld ethisch-ökologisch an

Freiburg: Herder Verlag, 2002. 192 Seiten.

Im Gegensatz zu Rotthaus' praktischem Buch für Anleger ist der von den beiden Universitätsprofessoren Johannes Hoffmann und Gerhard Scherhorn veröffentlichte Band mit dem Titel "Saubere Gewinne" wesentlich theoretischer ausgerichtet und als ein Leitfaden für eine Geldanlage – wie der Untertitel suggeriert – eigentlich gar nicht so sehr geeignet. "Saubere Gewinne" beschäftigt sich vielmehr mit den Methoden zur ökologischen Bewertung von Wertpapieren bzw. Unternehmen (dem sog. ethisch-ökologischen Rating), mit den Wirkungen von grünen Geldanlagen (die Autoren nennen es "ethischen Wettbewerb") sowie mit der Frage, ob es einen sauberen Kapitalismus geben könne.

Das Buch ist in drei große Kapitel gegliedert. Zwei davon beschäftigen sich mit dem bereits angesprochenen Rating-Verfahren. Mittels eines solchen ethisch-ökologischen Ratings können Anleger ein Unternehmen hinsichtlich seiner ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit beurteilen. So kann eine Auswahl stattfinden, die bei den bewerteten Unternehmen einen ethischen Wettbewerb auslösen können. Unternehmen können zum Beispiel ihr Umweltmanagement optimieren, um somit eine bessere Bewertung durch das Öko-Rating zu erhalten. Dadurch wird ein Wettbewerb um die Position des Klassenbesten ("best-of-class") innerhalb einer Branche angestoßen, der zu permanenten ökologischen Innovationen führt, so zumindest die Theorie.

Eine inzwischen international anerkannte Grundlage des ethisch-ökologischen Ratings ist der u.a. von den Autoren entwickelte "Frankfurt-Hohenheimer Leitfaden", ein Bewertungskatalog mit zahlreichen Kriterien zur ökologischen, sozialen und kulturellen Klassifizierung von Investments, der im übrigen von Bankmanagern der Deutschen Bank (!) angeregt wurde.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der allgemeinen Frage nach der Möglichkeit eines "sauberen Kapitalismus" und unterscheidet sich im Inhalt wesentlich von den beiden anderen. Bemerkenswert ist dabei die Deutlichkeit, mit der auf bestimmte Fehlentwicklungen unseres Wirtschaftssystems hingewiesen wird. So stehe zum Beispiel hinter dem Shareholder-Value-Prinzip eine nicht explizit artikuliert Theorie des Kapitalismus, die den Vorrang des Wirtschaftskapitals vor den Produktionsfaktoren Boden und Arbeit postuliere. Letztere gehorchten den zyklischen Gesetzen des Lebens (Werden und Vergehen), während das Kapital darauf angelegt sei, "in alle Ewigkeit exponentiell zu wachsen", da es dem Gesetz der Zinseszinsrechnung gehorche. Der Motor des Kapitalismus sei "nicht der Wettbewerb, sondern das im Zinsmechanismus angelegte Streben nach Vermehrung des Kapitals." (S. 114-116) Ähnlich prononciert wird die "Tabuisierung" des Umverteilungsproblems in der neoklassischen Wirtschaftstheorie beschrieben. So beruhe die Verteilung der Faktoren nicht auf der Leistung (Neoklassik), sondern auf der Privilegierung des Kapitals, also auf Macht. Scherhorn, der dieses dritte Kapitel verfasst hat, nimmt damit eine dezidiert monetärtheoretische Position ein.

Ein sauberer Kapitalismus bedeute "die verantwortliche Ausübung des Privateigentums an Kapital" (S. 127) Sozial- und Naturbindung begrenzten in einem solchen System das Verfügungsrecht über das Kapital, wie es zum Beispiel auch im Gemeinschaftseigentum der mittelalterlichen Allmende der Fall war. In weiteren Ausführungen wird das Phänomen der Sättigung angesprochen, das wie die Umverteilungsfrage in den Wirtschaftswissenschaften kaum thematisiert werde. Für eine nachhaltige Wirtschaftsweise sei jedoch zweierlei Einsicht nötig: Erstens müsse akzeptiert werden, dass Knappheit sich nicht aus der Endlichkeit der Ressourcen ergebe, sondern aus der Unbegrenztheit der Güter-

wünsche. Zweitens müsse erkannt werden, dass Güterwünsche (Nicht-Sättigung) gesellschaftlich produziert seien. (S. 140f)

Das Buch "Saubere Gewinne" ist weniger ein Ratgeber für Anleger als vielmehr eine große Orientierungshilfe im Bereich des Öko-Ratings und es gewährt sehr gute Einblicke in ökonomischen Fehlentwicklungen. Beide Themenbereiche stehen inhaltlich weit auseinander und sind in diesem Buch leider etwas unglücklich und künstlich zusammengefasst. Wünschenswert wäre deshalb eine jeweils eigenständige Veröffentlichung sowie eine weit ausführlichere Abhandlung insbesondere des sehr interessanten dritten Kapitels über einen sauberen Kapitalismus gewesen. Gleichwohl ist dieses Buch sehr empfehlenswert.

Thomas Lang

Antje Schneeweiß Kursbuch Ethische Geldanlage – Aktien, Fonds, Beteiligungen

Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 2002. 232 Seiten.

Antje Schneeweiß vom "Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene" in Siegen geht von der Tatsache aus, dass im Jahr 2001 in Deutschland mehr als 3,5 Billionen Euro angelegt waren. Bei den allermeisten Anlageentscheidungen auf den deutschen wie auch auf den internationalen Finanzmärkten spielte noch keine Rolle, welche Folgen das Anlageverhalten auf die Bereiche Frieden, Ökologie, soziale Gerechtigkeit und Lebenschancen von Frauen hat. Gleichwohl ist es einer steigenden Zahl von Menschen nicht länger gleichgültig, ob mit ihrem Geld die Produktion von Rüstungsgütern, Landminen und Atomstrom finanziert wird oder ob es mithilft, die Herstellung von Bioprodukten und Solaranlagen zu ermöglichen.

Mit ihrem "Kursbuch Ethische Geldanlagen" möchte Antje Schneeweiß weiteren Menschen Mut machen, ihr Geld in solchen Bereichen anzulegen, "wo für eine lebenswerte Zukunft gearbeitet wird." Analog zur Macht der Verbraucher sieht sie eine zunehmend bewusst werdende Macht von Geldanlegern, verantwortungsvoller mit Ersparnissen umzugehen und Geld sozial- und umweltverträglich anzulegen, statt nur auf die herkömmlichen Anlagekriterien Sicherheit, Rendite und Verfügbarkeit zu achten.

Das "Kursbuch Ethische Geldanlagen" bietet vielfältige Informationen über ethische Geldanlagen bei konventionellen und alternativen Banken. Allerdings thematisiert es nicht den Umstand, dass sich die Konflikte zwischen Ethik und Rentabilität unter den Rahmenbedingungen kapitalistischer Marktwirtschaften zwar mittels ethischer Geldanlagen durchaus tendenziell entschärfen lassen, dass sie aber dadurch noch nicht ganz aufgelöst werden. Hierüber hinwegsehend, schreibt Ernst Ulrich von Weizsäcker im Vorwort zu diesem Kursbuch, "dass "Geldbesitz und hohe Kapitalrendite nicht automatisch negative Folgen" hätten. Doch bleibt auch zumindest bei höheren Renditen ethischer Geldanlagen zu fragen, wer sie erarbeiten muss. Nachhaltig auflösbar dürfte dieser Konflikt zwischen Rentabilität und Ethik erst mit einer Reform der Geldordnung werden, welche die Dominanz des Rentabilitätsprinzips überwindet und dem Wirtschaftlichkeitsprinzip bei einem durchschnittlichen Zinsniveau von nahe Null zur Geltung verhilft. –

Zwei weitere Bücher zu dieser Thematik sind im IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation in Frankfurt erscheinen:

Hans Albert Schneider "**Ethisches Rating – Begründung – Bewertungsmöglichkeit – Evaluation**", 2001. 330 Seiten.

Peter Griebler "**Ethisch-ökologische Geldanlage – Einflussmöglichkeiten durch Beachtung von ethisch-ökologischen Gesichtspunkten bei der Anlage von Geld**", 2001. 390 Seiten.

Nähere Einzelheiten: www.iko-verlag.de

Red.

Andreas Eschbach Eine Billion Dollar

Bergisch Gladbach: Lübbe Verlag, 2001. 734 Seiten.

Andreas Eschbach hat – gefördert durch die "Arno-Schmidt-Stiftung für schriftstellerisch hoch begabten Nachwuchs" – bereits einige Romane veröffentlicht. Bekannt wurde er vor allem durch den 1998 erschienenen Thriller "Das Jesus-Video", der in der Taschenbuchausgabe zum Bestseller wurde. In seinem neuen Roman "Eine Billion Dollar" werden die Probleme unserer Geldordnung angesprochen – lebensnah, sachlich zutreffend und zugleich spannend. Eschbach beschreibt die Geschichte einer Erbschaft, die ein florentinischer Kaufmann Anfang des 16. Jahrhunderts für den jüngsten Nachkom-

men seiner Familie ausgesetzt hat, der 500 Jahre später lebt. Über Generationen hinweg wird diese Erbschaft von einer Notarsfamilie verwaltet, die es durch eine geschickte Verteilung auf viele tausend Konten in der Welt schafft, das Vermögen zu erhalten und mit durchschnittlich vier Prozent pro Jahr zu vermehren. Durch laufende Umschichtungen und Verlagerungen gelingt es sogar, die Einlagen weitgehend den zwischenzeitlichen Entwertungen und Zusammenbrüchen zu entziehen. Auf diese Weise kommt schließlich in unseren Tagen ein Pizzafahrer in New York zu einem Vermögen, dessen Ursprungswert von etwa 10.000 Dollar bis heute auf eine Billion Dollar angewachsen ist. Allein sein jährlicher Zugewinn ist fast so groß wie der Besitz der reichsten Dollarmilliardäre unserer Tage.

Was sich an angenehmen, aber auch lästigen und problematischen Folgen aus dieser Erbschaft ergibt, beschreibt der Autor detailliert. Als studierter Luft- und Raumfahrttechniker logischem Denken zugewandt, schildert Eschbach die vielfältigen Entwicklungen, Komplikationen und Gefahren nicht nur in fesselnder, sondern ebenso in realistischer und aktualitätsnaher Weise. Dies gilt auch für seine präzisen Recherchen zu allen eingeleiteten Tagesfragen und Vorgängen im Geldwesen. Auch wenn der Autor den Geldfaden schließlich aus der Hand verliert und der Schluss des Buches enttäuschend sein mag, so ist das Buch insgesamt durchaus ein geeignetes Medium, um das Problemfeld Geld in unterhaltsamer Weise kennen zu lernen.

Helmut Creutz

Kristina Brake Die Freiland-Siedlung Gildenhall – Kunsthandwerk, Lebensreform, Sozialutopie

Frankfurt/M.: Peter Lang Verlag, 2001. 228 Seiten.

In der Weimarer Zeit gab es nicht nur Inflation, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, sondern auch vielfältige Konzeptionen und Initiativen zur Überwindung der sozialen Probleme. Die Siedlung Gildenhall bei Neuruppin war einer jener Orte, in denen der Aufbruchgeist der damaligen Zeit hoffnungsvolle Gestalt annahm. Ursprünglich als Tochter-siedlung der Genossenschaftssiedlung Eden bei Oranienburg entstanden, verbanden die Siedler die Ideen der englischen Gartenstadt- und der Genos-

senschaftsbewegung, der Boden- und Lebensreformbewegung sowie die künstlerischen und architektonischen Ziele des Deutschen Werkbundes und des Bauhauses. Ziel der Siedlung Gildenhall war es, im lokalen Rahmen das Bodenmonopol durch die Vergabe von Erbbaurechten an gemeinschaftlichem Boden aufzuheben, nach gemeinschaftlichen Prinzipien zu siedeln und zu arbeiten, Formen eines nicht oder nur wenig industrialisierten Handwerks zu entwickeln und modernes Kunsthandwerk herzustellen.

In knapp 50 Siedlungshäusern lebten die verschiedensten Handwerker mit ihren Familien. Ihre Produkte wurden in Berlin und auf Leipziger Herbstmessen verkauft. Das Buch von Kristina Brake vermittelt einen guten Überblick über diese Siedler und ihre politischen wie künstlerischen Ziele, über ihre Verbindungen zum Bauhaus, über die Architektur der Siedlung, über die einzelnen Werkstätten und die Vermarktung ihrer Erzeugnisse. Schließlich musste im Laufe der großen Weltwirtschaftskrise ein Betrieb nach dem anderen seine Tätigkeit einstellen. Einige Handwerker und Kunsthandwerker aus Gildenhall gingen danach als Lehrkräfte an künstlerische Hoch- und Fachschulen. *Red.*

Christof Karner Katholizismus und Freiwirtschaft – Das Lebensreformprogramm von Johannes Ude

Frankfurt/M.: Peter Lang Verlag, 2002. 425 S. (Europäische Hochschulschriften Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; Bd. 928)

Die sozioökonomische Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit muss man als Musterbeispiel für eine Ansammlung verhängnisvoller Ereignisse gelten lassen. Der verheerende Inflationsprozess nach Kriegsende konnte zwar 1922 gestoppt werden, doch die Stabilisierungskrise 1923 und die Kette der Bankenzusammenbrüche ab 1924 kündeten davon, dass die Wirtschaft des kleinen Landes nicht so rasch zur Ruhe kommen würde. Hohe Arbeitslosenraten waren bereits ein Merkmal der 1920er Jahre. Jede Hoffnung auf eine baldige Verbesserung der ökonomischen Situation wurde in der Weltwirtschaftskrise, die 1930 über Österreich hereinbrach, zerstört. Ein "wirtschaftspolitisches Analphabetentum" sorgte dafür, dass geeignete Krisenbekämpfungsmaßnahmen unterblieben, und

die 1930er Jahre fortwährend unter dem Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges standen.

Als ein Ausdruck der krisenhaften Situation der Zwischenkriegszeit trat auch ein gewisser Messianismus auf, der politisch sowohl eine "rechte" als auch eine "linke" Ausprägung annehmen konnte. Der nicht nur in seinem kirchlichen Herkunftsbe- reich unbequeme "Rebell in Christo" Johannes Ude steht in mancherlei Hinsicht exemplarisch für dieses Phänomen im Österreich der Zwischenkriegszeit. Als Priester und Hochschullehrer trat Ude für eine umfassende Lebens- und Sozialreform ein. Als Wirtschaftsethiker geißelte er die sozialen Ungleichgewichte, die er dem modernen Kapitalismus anrechnete. In inhaltlicher Nähe zu Karl Freiherr von Vogelsang und Anton Orel beklagte Ude besonders die tristen Wohn- und Lebensverhältnisse in den Industriegebieten. In seinen programmatischen Überlegungen bezog sich Johannes Ude auf die Vorstellungen der Bodenreformer, wie sie in Deutschland etwa von Adolf Damaschke vertreten wurden, und auf die Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells. Das moderne Bodenbesitzrecht sollte durch ein Nutzungsrecht ersetzt werden, um einen bedarfsgerechten Zugang zum Faktor Grund und Boden sicherzustellen. Mit den freiwirtschaftlichen Reformen sollte die tauschdynamisch bedingte Überlegenheit des Geldes auf dem Markt und seine Folgewirkung, das Zinssyndrom, ausgeschaltet werden. In mehreren Reformschritten hoffte Ude, eine ständische Planwirtschaft verwirklichen zu können, die ein harmonisches Miteinander in der Gesellschaft garantieren sollte. Ergänzend zu seinen wirtschaftsverändernden Ansätzen vertrat Ude einen radikalen Pazifismus und er betonte die ethisch-religiöse Dimension der vegetarischen Lebensweise, die er auch mit einer Alkohol- und Tabakgegnerschaft verknüpfte. Mit viel agitatorischem Geschick und über zahlreiche vereinspolitische Aktivitäten gelang es Ude, eine nicht unbeachtliche Zahl von Anhängern um sich zu scharen.

Seine Techniksepsis und sein Eintreten für die Verwirklichung einer ständischen Sozialverfassung weisen Ude als einen grundsätzlich konservativen Denker aus. Ude war überzeugt, dass eine friedliche Beendigung des Klassenkampfes möglich ist, wenn es gelingt, über einen religiös fundierten Erneuerungsprozess das Solidaritätsprinzip mit korporati-

vem Vorzeichen in der Gesellschaft zu verankern. Im "real existierenden Ständestaat" in Österreich (1934-1938) sah Ude allerdings nicht die Verwirklichung seiner Ansätze, zu sehr war dieses Gebilde für ihn noch von "kapitalistischen" Elementen durchsetzt. Diese Enttäuschung scheint Ude bewegen zu haben, kurzfristig auch auf die braune Karte zu setzen. Unter der NS-Herrschaft kamen jedoch wieder seine rebellischen Seiten zum Vorschein, was ihn in der Folge in arge Bedrängnis brachte.

Christof Karner geht von einer Darstellung der sozialen und politischen Situation Österreichs in der Zwischenkriegszeit aus und er versucht das Wirken Udes als eine Reaktion auf die Vielzahl der sozioökonomischen Ungleichgewichte zu beschreiben. Einbezogen wird auch die geistesgeschichtliche Ebene, wo verschiedene für Udes Haltung relevante Einflussbereiche erkennbar werden (Lebens-

reform, Vegetarismus, Bodenreform, Pazifismus). Wesentlich erscheinen jene Kapitel, in denen über Gegensätze und Übereinstimmungen Udes mit den Lehren anderer Vertreter des Konservativismus (von Karl Vogelsang bis Othmar Spann) berichtet wird. Nach einer ausführlichen Beschreibung und Analyse der Reformansätze Udes wird die Arbeit mit einer Wirkungsgeschichte abgerundet. Die Untersuchung besticht dadurch, dass so gut wie alle Facetten des Ude'schen Wirkens eingehend behandelt werden. Vor allem der Versuch Udes, die Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells in das Projekt einer allumfassenden gesellschaftlichen Neuordnung einzufügen, ist bei Karner sehr eindrucksvoll auseinandergesetzt und beschrieben. Das Buch stellt daher nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Aufarbeitung der Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung einen wichtigen Meilenstein dar. *Gerhard Senft*

VERANSTALTUNGEN

Energie – Umwelt – Gesellschaft

Ringvorlesung an der FU-Berlin für Hörer/innen aller Fachbereiche mit Beiträgen von Prof. Dr. Fritz Vilmar, Prof. Dr. Hans H. von Arnim, Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Prof. Dr. Bernd Senf, Prof. Dr. Johannes Heinrichs, Dr. Gerhard Danzer, Prof. Dr. Klaus Kisker und Dr. Hermann Scheer jeweils mittwochs von 18.15 bis 20.00 Uhr im Hörsaal in der Takustraße 6.

Nähere Auskünfte: Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin
Tel.: 030-611 55 55 | eMail: t.betz@web.de

Das Geld im Kreislauf der Volkswirtschaft

Grundlagenkurs des Seminars für freiheitliche Ordnung am 8. und 9. Februar 2003 in der Tagungsstätte des Seminars in Boll bei Göppingen mit Fritz Andres, Eckhard Behrens und Jobst von Heynitz.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:
Sekretariat des Seminars | Badstr. 35, 73087 Boll
Tel.: 071 64 - 35 73 | Fax: 071 64 - 70 34
eMail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

Neue Wege zu nachhaltigem Planen und Handeln in Wirtschaft und Politik

33. Mündener Gespräche am 5. und 6. April 2003 in der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen mit Prof. Dr. Gerhard Senft "Jenseits des

Technokratentums – Wege in eine andere Moderne", Prof. Dr. Roland Geitmann "Global denken, lokal handeln. Was können lokale Agenda-21-Prozesse leisten?", Dr. Hans Diefenbacher "Nachhaltigkeitsberichte und Projekte für die Agenda 21".

Nähere Auskünfte und Anmeldung: Ekkehard Lindner
Behrensener Str. 18, 37186 Moringen

Tel.: 055 03 - 32 05 | eMail: SG.Lindner@t-online.de
Internet:
www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Für eine Landwirtschaft im Dienst von Mensch und Natur

9. CGW-/INWO-Tagung am 1.-4. Mai 2003 in Birkenwerder mit Cornelia Roeckl "Die gegenwärtige Situation der Landwirtschaft und die Perspektiven einer Agrarwende", Marcin Wawrzyn "Die Folgen der EU-Osterweiterung für die polnische Landwirtschaft", Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen "Welternährung, Subsistenzperspektive und die Kleinlandwirtschaft in Stadt und Land, Nord und Süd".

Nähere Auskünfte und Anmeldung:
Werner Onken, Steenkamp 7, 26316 Varel
Tel.: 044 51 - 8 57 14 oder 95 64 80 (mit AB)
eMail: redaktion-onken@web.de
Internet: www.sozialoekonomie.info